

# NEUE ZEIT

JANUAR 1985

1

auf-  
genomm.

Institut der Zeitgeschichte der DDR  
„Hans-Jochen Rüdiger“  
1501 Plötzin, Ortst. Friesow 2  
Postfach 600  
Fachbibliothek

MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK

# 1985

ZUM  
NEUEN JAHR,  
DEM JAHR  
DER 40. WIEDERKEHR  
DES GROSSEN  
SIEGES!



14159 1  
151 396 347  
ZOLLVERW-BI  
1500 9003 1529  
PLES

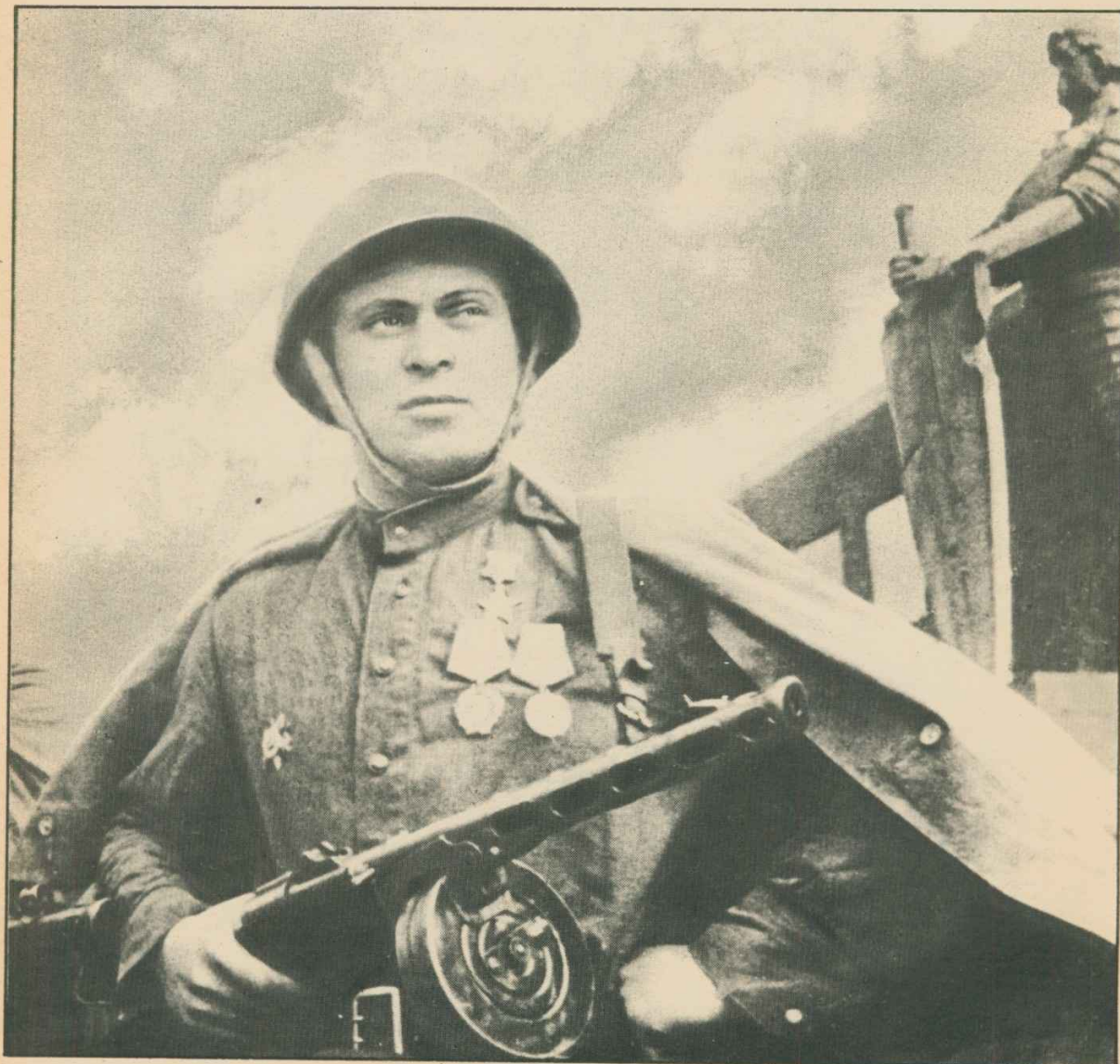




Ein Sujet kann man ändern, eine Erzählung umschreiben, auf einem dokumentarischen Foto aber kann man weder etwas hinzufügen noch wegnehmen. Verschiedene Geschmacksrichtungen und Meinungen haben keinen Einfluß darauf. Packend ist seine Wahrheitstreue, besonders jetzt, wo viele den Krieg irgendwie anders sehen möchten, weil sie offenbar vergessen haben, was nicht vergessen werden darf. Der von der Kamera festgehaltene Augenblick einer blutigen Schlacht, eine Marschkolonne, der Gram einer Mutter, schwere Verluste und der Siegesjubiläum werden den nach uns kommenden Generationen immer ein authentisches Zeugnis bleiben.

Wir sind nicht unsterblich.

Aus den Zeitungen der Kriegszeit kennen wir die Namen vieler Bildberichterstatter. Von diesem Heft an veröffentlichen wir Fotos, die sie unter feindlichem Beschuß gemacht haben. Die einen sind bereits in die Schatzkammer der internationalen Kunst eingegangen, die anderen erscheinen erstmalig. Aber jedes legt Zeugnis von menschlicher Tapferkeit ab. Zusammen geben sie ein Bild vom Krieg, wie ihn das Volk erlebt hat: unbeschönigt und in keiner Weise versimpelt.



Das letzte, vierte Kriegsjahr erlebte der Bildberichterstatter Major Redjkin schon in Polen, im befreiten Wroclaw. Fröhlich sah er in einer alten Straße einen Soldaten mit dem Goldenen Stern an der Feldbluse.

„Wofür ist dir der Held der Sowjetunion verliehen worden?“, fragte Redjkin und griff nach der Kamera.

„Für die kürzlichen Kämpfe.“

„Wie heißt du?“

„Iwan Gawrisch.“

Nach einem kurzen Gespräch trennten sie sich. Nach dem Krieg arbeitete Gawrisch wahrscheinlich in Kramatorsk, danach verloren sich seine Spuren. Vor einigen Tagen bekam Redjkin von Jungpionieren einen Brief, in dem sie ihn nach dem Schicksal des Kriegsveteranen Garde-Obersergeant Gawrisch fragten und um ein Foto von ihm baten.

Hier ist es.



# EINE WENDE HERBEIFÜHREN

Kalender können verschieden sein, und in den verschiedenen Ländern hat man verschiedene Methoden der Zeitrechnung. Unveränderlich aber ist das verständliche Bestreben der Menschheit, auf ihrem Weg Marksteine zu setzen, um nicht irrezugehen. Der Markstein zu Neujahr ist der herkömmlichste, seine Aufstellung wird nicht von ungefähr festlich begangen.

Skeptiker mögen sagen, wozu denn feiern, wenn die Welt so viele Probleme hat, wenn in verschiedenen Weltgegenden durch Verschulden der imperialistischen Kräfte Blut fließt und die Gefahr einer Nuklearkatastrophe unstreitig größer wird. Was könnte es der Menschheit aber helfen, wenn sie ihr Haupt mit Asche bestreuen und auf das Hereinbrechen der nuklearen Katastrophe warten würde? Das biblische Gleichnis wird jetzt von US-Politikern schon herangeholt.

Unter den moralischen Werten, die der Sozialismus geschaffen hat, ist einer, an den man zu Neujahr besonders denken sollte. Es ist der geschichtliche Optimismus.

Die sowjetischen Menschen, die Bürger der Länder der sozialistischen Gemeinschaft und ihre ideologisch Gleichgesinnten überall auf der Welt gründen ihre Zukunftssicht auf die wissenschaftliche Analyse der Menschheitsgeschichte. Diese Analyse, die nicht heute entstand und die seit Erscheinen des "Manifests der Kommunistischen Partei" ihre Richtigkeit immer wieder bewiesen hat, spricht davon, daß sich die Gesellschaft objektiv und unausweichlich zu neuen, höheren Formen der gesellschaftlichen Beziehungen, zu neuen Eigentumsformen bewegt, die soziale, politische und andere Unterdrückung verneinen.

Doch wir wollen unsere Augen nicht davor verschließen, daß ein solcher Prozeß weitaus nicht allen gefällt. Offenbar fiel es einer Gruppe namhafter westlicher Politiker, die kürzlich gemeinsam den Bericht des Aspen-Instituts abfaßten, gar nicht leicht, zu dem Schluß zu kommen: "Wir erwarten nicht, daß der fundamentale Gegensatz zwischen Ost und West sich auflösen wird. Unsere Gesellschaftssysteme sind von prinzipieller Verschiedenheit... Wir erwarten nicht, daß sich die beiden Systeme aufeinander zu bewegen, sich einander annähern. Es geht auch gar nicht um solche Annäherung... Wir aber sollten nicht mit einem Spiegelbild dieser Illusion leben. Die UdSSR wird nicht verschwinden."

Doch leider hat diese Illusion auch heute noch

ihre Anhänger. Wir wollen uns zum Jahresanfang nicht die Stimmung mit einer Ansammlung von Zitaten aus dem Standardvokabular führender Politiker der US-Administration aus den 80er Jahren verderben lassen, mit Zitaten, die den wahnsinnigen Rüstungswettlauf rechtfertigen sollen, über den ein kluger Amerikaner einmal sagte: "Das Ziel ist unerreichbar, die Mittel sind untauglich und die Kosten sind entsetzlich." Ähnliches läßt sich zum antikommunistischen Kreuzzug insgesamt sagen, der von der jetzigen US-Administration lautstark verkündet und von den konservativen Kräften anderer westlicher Staaten unterstützt wurde. Ergebnis ist eine nie dagewesene Zunahme der Spannungen, jetzt, zu Beginn des Neuen Jahres.

Doch eine Prognose wollen wir wagen: Die Spannungen können abgebaut werden, wenn derartige Wahnsinnsziele aufgegeben werden. Dann kann 1985 zum entscheidenden Jahr für eine grundlegende weltpolitische Wende werden. Braucht man ja nach Mitteln, um die Weltlage zu verbessern, nicht lange zu suchen. Sie wurden, wie Konstantin Tschernenko kürzlich betonte, schon vor langem erarbeitet und haben sich bewährt. Das sind die Prinzipien der friedlichen Koexistenz der unterschiedlichen Gesellschaftssysteme, die Prinzipien der Gleichheit und der gleichen Sicherheit.

1985 ist ein besonderes Jahr — und das kann die Sache des Friedens voranbringen. Es ist das Jahr der 40. Wiederkehr der Zerschlagung des Hitlerfaschismus, des 40. Jahrestages des Sieges der freiheitsliebenden Völker im Kampf gegen diejenigen, die nach der Weltherrschaft griffen. Nicht von ungefähr hat die UNO ihre Mitglieder aufgerufen, den 8. und den 9. Mai zum gemeinsamen Fest des Sieges zu erklären, zu Tagen des Kampfes für die Bewahrung des so schwer errungenen Friedens, zu Tagen des Kampfes gegen den Nazismus.

Der 40. Jahrestag des Sieges ist ein außerordentliches Ereignis. Er vereint die überwiegende Mehrheit der Erdbevölkerung im Streben nach Ächtung des Krieges als Mittel zur Lösung sozialer Streitfragen. Wollen wir nicht über jene reden, die die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges immer noch nicht akzeptieren wollen. Lassen wir diese Herrschaften allein mit ihrer revanchistischen Nostalgie, doch vergessen wir nicht die Lehren der Geschichte.

Für das Sowjetland ist ein Jahr des Stolzes angebrochen. Des Stolzes auf unseren schweren und verdienten Sieg, den nicht der Zufall, sondern unsere Gesellschaftsordnung gebracht hat, auf die es der Imperialismus in Hitlers Gewand abgesehen hatte. Niemand darf vergessen, daß vor 40 Jahren der Versuch, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, eine vernichtende Niederlage erlitten hat. Um so mehr Anlaß haben alle ehrlichen Menschen, eine Wiederholung dieser Politik zu verhindern. 1985, das Jahr der 40. Wiederkehr des Sieges im letzten Krieg, kann — nein, muß! — zum Jahr des Sieges über die schwelende Kriegsgefahr werden.



# MARSCHALL DER SOWJETUNION DMITRI USTINOW

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, das Präsidium des Obersten Sowjets und der Ministerrat der UdSSR geben in tiefer Trauer bekannt, daß Marschall der Sowjetunion Dmitri Ustinow, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Minister für Verteidigung der UdSSR, Deputy der Obersten Sowjets der UdSSR, Held der Sowjetunion, zweifacher Held der sozialistischen Arbeit, eine hervorragende Persönlichkeit der Kommunistischen Partei und des Sowjetstaates, nach schwerer Krankheit am 20. Dezember 1984 im Alter von 76 Jahren verstorben ist.

Der von den führenden Repräsentanten der Kommunistischen Partei und des Sowjetstaates, namhaften sowjetischen Militärs, führenden Funktionären der Partei-, Staats- und Massenorganisationen unterzeichnete Nachruf hat folgenden Wortlaut:

Am 20. Dezember 1984 verstarb im Alter von 76 Jahren nach schwerer Krankheit das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, der Minister für Verteidigung der UdSSR, der Deputy der Obersten Sowjets der UdSSR, der Held der Sowjetunion und zweifache Held der sozialistischen Arbeit Marschall der Sowjetunion Dmitri Ustinow. Mit ihm haben die Kommunistische Partei, das sowjetische Volk und die Streitkräfte der UdSSR einen hervorragenden Funktionär der KPdSU und des sowjetischen Staates verloren.

Dmitri Ustinow hat ein erfülltes und ruhmreiches Leben gelebt. Im Auftrag der Partei leitete er verantwortungsvolle Abschnitte des staatlichen Aufbaus und der Volkswirtschaft, bekleidete er hohe Funktionen in zentralen Organen von Partei und Staat und war einer der großen Organisatoren der Verteidigungsindustrie und Führer der Streitkräfte der UdSSR. Mit seinem Namen war in den Jahren des Großen Vaterländischen Krieges die Versorgung der Sowjetarmee und Flotte mit Waffen und Kampftechnik verbunden. Er leistete einen bedeutenden Beitrag zur Entwicklung der Raketentechnik und zur Erschließung des Weltraums.

Dmitri Ustinow wurde 1908 in Kulbyschew in einer Arbeiterfamilie geboren. 1922 trat er als Freiwilliger in die Rote Armee ein. Nach dem Armeedienst absolvierte er eine technische Berufsschule, arbeitete als Schlosser und als Maschinist für Dieselmotoren in den Städten Balachna und Iwanowo. 1927 wurde er Mitglied der Kommunistischen Partei.



Nachdem er 1934 das Militärmechanische Institut in Leningrad beendet hatte, war Dmitri Ustinow als Ingenieur in einem Forschungsinstitut tätig. Ab 1937 arbeitete er als Konstruktionsingenieur, fungierte als stellvertretender Chefkonstrukteur und abschließend als Direktor des Leningrader Werkes "Bolschewik". Hier trat sein Talent als Konstrukteur und Organisator der Produktion zutage.

Im Juni 1941 wurde Dmitri Ustinow zum Volkskommissar für Waffenproduktion der UdSSR ernannt. In den Jahren des Großen Vaterländischen Krieges leitete er die Einführung und massenhafte Produktion von Waffen und leistete somit viel für den Sieg über den Hitlerfaschismus und den japanischen Militarismus.

Von 1946 bis 1957 war Dmitri Ustinow Minister für Verteidigungsindustrie der UdSSR. Danach wurde er zum Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, im März 1963 zum Ersten Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR und Vorsitzenden des Obersten Rates für Volkswirtschaft der UdSSR ernannt. 1965 wurde Dmitri Ustinow zum Sekretär des ZK der KPdSU gewählt.

Auf dem XIX., XX. und XXII. bis XXVI. Parteitag wurde Dmitri Ustinow zum Mitglied des Zentralkomitees der KPdSU gewählt. 1965 und 1966 war er Kandidat des Präsidiums des ZK der KPdSU, von 1966 bis 1976 Kandidat des Politbüros des ZK der KPdSU. Seit 1976 war Dmitri

Ustinow Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU. Dmitri Ustinow war Deputy der Obersten Sowjets der UdSSR der 2. und 4. bis 11. Legislaturperiode und Deputy der Obersten Sowjets der RSFSR der 5. und 7. bis 10. Legislaturperiode.

Im April 1976 wurde Dmitri Ustinow zum Minister für Verteidigung der UdSSR ernannt. In dieser Funktion verwirklichte Dmitri Ustinow fest und unbeirrbar die Politik der Partei bei der Sicherung der Verteidigungsfähigkeit des sowjetischen Staates. Ihm gebührt ein großes Verdienst bei der Erhöhung der Kampfbereitschaft der Armee und Flotte sowie bei der Ausbildung und Erziehung des Personals der Streitkräfte. Dmitri Ustinow festigte aktiv die Kampfgemeinschaft der Streitkräfte der UdSSR mit den Armeen der Mitgliedsstaaten des Warschauer Vertrages.

Als Minister für Verteidigung der UdSSR leitete er eine umfangreiche gesellschaftspolitische Arbeit und hatte enge Verbindung zu Arbeits- und Soldatenkollektiven sowie zu Parteiorganisationen. Er hatte Gespür für das Neue, ging schöpferisch an die Arbeit heran und verstand es, die Menschen für die Lösung großer und verantwortungsvoller Aufgaben zu mobilisieren, was sich in seiner Tätigkeit zur Stärkung der Verteidigungsmacht unserer Heimat deutlich zeigte. Hohe Prinzipientreue, Ergebenheit gegenüber der Partei, Bescheidenheit und Offenherzigkeit brachten ihm die Liebe und hohe Achtung der sowjetischen Menschen ein. Er war für sie ein Vorbild des selbstlosen Dienstes an der Heimat und der Treue zu den kommunistischen Idealen.

Die großen Verdienste Dmitri Ustinows wurden von Partei und Staat hoch gewürdigt. Ihm wurden der Titel eines Helden der Sowjetunion und zweimal der eines Helden der sozialistischen Arbeit verliehen. Er wurde mit 11 Lenin-Orden, dem Suworow-Orden 1. Klasse, dem Kutusow-Orden 1. Klasse, mit Medaillen der Sowjetunion sowie mit hohen Auszeichnungen vieler Staaten geehrt. Er war Träger des Lenin- und des Staatspreises der UdSSR.

Die Angehörigen der Streitkräfte der UdSSR und alle sowjetischen Menschen werden das leuchtende Vorbild des Kommunisten-Leninisten, des flammenden Patrioten und Internationalisten, des hervorragenden militärischen Führers Dmitri Ustinow immer im Gedächtnis bewahren.



Ich möchte Charles Bell aus den USA, der meint, der "Durchschnittsamerikaner" glaubt, daß die UdSSR die Völker unterjochen will", ein paar Worte sagen. Gleich nach dem Sieg der sozialistischen Revolution in Rußland verhielt sich die westliche Bourgeoisie, auch die US-amerikanische, unverhohlen feindselig zum ersten Arbeiter- und Bauernstaat. Die "freie" Presse suchte ihre Leser mit der "roten Gefahr" zu schrecken, und die Regierungen der kapitalistischen Länder ließen ihre Armeen gegen Sowjetrußland aufmarschieren. Zu den 14 Ländern, die an der Intervention teilnahmen, gehörten auch die USA.

Wir erinnern uns aber auch an anderes: an das Zusammenwirken unserer Länder im Kampf gegen den Faschismus. Jeder kennt die Verluste der UdSSR im zweiten Weltkrieg: 20 Millionen Tote, von der Wolga bis an die Westgrenze Tausende eingescherte Städte und Dörfer. Am Kriegsende waren die USA der UdSSR im Volumen der Industrieproduktion um ein Vielfaches voraus. Dennoch schreckte die "freie" Presse den Spieß wieder mit der "sowjetischen Gefahr", und bei den Stäben heckte man Pläne für einen Atomkrieg gegen die UdSSR aus. Und nun zu den letzten Jahren: Die Besetzung Grenadas durch die USA, der Beschuß des Libanon und ihre Vorbereitungen zu einer Aggression gegen Nicaragua. Die Aufrufe zu einem Kreuzzug gegen den Sozialismus kommen ja auch aus den USA.

Wer will die Völker also wirklich unterjochen, Mr. Bell? Sie schreiben, daß die Vergrößerung der nuklearen Arsenale auch positiv gesehen werden könne. Ich finde, die Erde ist nicht nur für Nukleargefechte, sondern auch für das Wettrüsten zu klein. Entweder wir gehen zusammen zugrunde, oder wir werden zusammen leben. Ein Drittes gibt es nicht. Also nicht ein Aufstocken der Waffenbestände, sondern ein positives Reagieren auf unsere Friedensinitiativen wären eine Garantie für Ihr und unser Leben.

**J. NARISHNIAK**

Kriwoi Rog, Ukrainische SSR.

Unlängst saßen die Bewohner unseres Landes wie gebannt vor dem Fernseher und sahen den Film "Der Tag danach". Er schildert die Tragik eines mit Kernwaffen verheerten Landes. Wir waren starr vor Grauen. Der Film gibt unverkennbar zu verstehen, daß es für den Frieden auf Erden keine vernünftige Alternative geben kann. Wir hoffen innig, Präsident Reagan wird endlich einsehen, wie wertvoll der Frieden ist und wie sehr ihn die Menschen brauchen. Ich bin überzeugt, daß die meisten Amerikaner ebenso wie die sowjetischen Menschen Frieden wollen.

**Isao ASHIBA**  
Tokio, Japan

# NEUE ZEIT

MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK

Nr. 1 JANUAR 1985

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW (Stellv. Chefredakteur), J. GUDKOW (Verantw. Sekretär), V. GU-  
STSCHIN, A. PIN, B. PISTCHIK (Stellv. Chefredakteur),  
W. RUBZOW, I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur), M. TSCHERNOUSSOW, D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe:  
**R. KRESTJANINOW**

Gestaltung: A. Garanin

## IN DIESEM HEFT:

Elne Wende herbeiführen (Wort des Redakteurs)	1
Antwort Konstantin Tschernenkos auf Schreiben des BRD- Gewerkschaftsfunktionärs Julius Lehlbach	4
W. Sagladin — Ein bedeutsames Jahr	5
Biographisches: Dumagijn Sodnom	7
L. Jelin — Doppelte Kandare (Kommentar)	7
I. Titow — UdSSR—Großbritannien. Ein konstruktiver Be- such	8
L. Makarewitsch — UdSSR—Malta. Händedruck in Moskau	8
D. Sgerski — Hilfe in schwerer Stunde (Kommentar)	9
W. Kusnezow — Zweierlei Abrüstung	10
D. Wolski — Das Phänomen Kuba	13
Notizen ♦ Glossen	16
D. Chrenkow — Zum 40. Jahrestag des Sieges. Der Nawa- Brückenkopf	18
V. Zoppi — „Respektable“ Erpressung	21
Die Tragödie von Bhopal: Multis angeklagt (Der gewöhn- liche Kapitalismus)	22
S. Polsikow — Österreich. Alte und neue Traditionen	28
V. Gustschin — Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



Wir gratulieren unseren Lesern zum neuen Jahr. Für das Sowjetvolk, ja für die ganze fortschrittliche Menschheit ist es das Jahr, in dem sich der Sieg über den Faschismus zum 40. Male jährt. Jetzt, wo die Welt wieder in Gefahr schwebt, tun energische Aktionen zur Verhütung einer Katastrophe not. Die Geschichte lehrt, daß gegen den Krieg gekämpft werden muß, ehe er ein Land nach dem anderen verheeren kann.

Titelbild: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Izvestia“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache

ANSCHRIFT DER REDAKTION: UdSSR, 103782 GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja Plostschadj. Rufnummern: 229-88-72, 209-07-67 (Auskünfte). Telex: 411164a NEWT SU, 411164b NEWT SU, 411164c NEWT SU, Telegrammadresse: Neue Zeit, Puschkinskaja Plostschadj, Moskau.



# ANTWORT KONSTANTIN TSCHERNENKOS AUF SCHREIBEN DES BRD- GEWERKSCHAFTSFUNKTIONÄRS JULIUS LEHLBACH

Gewerkschaftsfunktionär der Bundesrepublik Deutschland Julius Lehlbach hatte in einem Schreiben an Konstantin Tschernenko tiefe Besorgnis darüber zum Ausdruck gebracht, daß auf westdeutschem Territorium viele Tausend Tonnen amerikanischer Giftstoffe gelagert werden, und daß die Gefahr des Ausbruchs eines chemischen Kriegs in Europa besteht. Julius Lehlbach wandte sich an die Sowjetunion mit der Bitte, die Idee der Schaffung einer von chemischen Waffen freien Zone in Europa zu unterstützen.

In dem Antwortschreiben Konstantin Tschernenkos heißt es:

Geehrter Herr Lehlbach,

Sie berühren in Ihrem Schreiben ein recht aktuelles Thema. Die chemischen Kampfstoffe stellen als Massenvernichtungswaffe neben den Kernwaffen eine immense Gefahr für die Menschheit dar. Es ist nur natürlich, daß breite Schichten der Bevölkerung der BRD über das Vorhandensein umfangreicher Vorräte an amerikanischen chemischen Waffen auf westdeutschem Territorium, die nach allem zu urteilen durch die besonders gefährlichen binären Gefechtsköpfe weiter aufgestockt werden sollen, sehr besorgt sind.

Diese Besorgnis, die auch in Ihrem Schreiben deutlich zum Ausdruck kommt, ist umso verständlicher, als die Lage in der Bundesrepublik seit Dezember vorigen

Jahres gewissermaßen einmalig in Westeuropa geworden ist. Nur auf ihrem Territorium wurden amerikanische ballistische Pershing-2-Raketen und amerikanische C-Waffen konzentriert. Die gefährlichen Folgen, die sich aus dieser Situation für die BRD selbst und ihre Nachbarn ergeben, liegen auf der Hand.

Ihnen dürfte bekannt sein, daß die Sowjetunion seit langem vorschlägt, die chemischen Waffen zu ächten und sie aus den Arsenalen der Staaten zu entfernen. Wir sind bereit, dieses Problem sowohl global als auch teilweise zu lösen. Die UdSSR und die anderen sozialistischen Staaten haben im Januar 1984 vorgeschlagen, als einen der ersten Schritte die Befreiung Europas von allen Arten chemischer Waffen zu vereinbaren. Eine Vereinbarung darüber würde den Abschluß einer Konvention über das weltweite Verbot der chemischen Waffen zweifellos beschleunigen, was das Endziel der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages war und bleibt.

Sie sind bereit, mit den NATO-Ländern und anderen interessierten europäischen Staaten zu jedem Zeitpunkt einen Meinungsaustausch zur Frage der Befreiung Europas von den chemischen Waffen zu führen.

Die NATO-Länder, einschließlich der BRD, die sich gegen ein vollständiges Verbot der chemischen Waffen stemmen, lehnen allein schon die Erörterung der

Vorschläge ab, die den europäischen Kontinent betreffen.

Unter diesen Bedingungen kommt der aktiven Haltung aller Verfechter eines schnellstmöglichen Verbots der chemischen Waffen besondere Bedeutung zu. Es ist unsere gemeinsame Pflicht, keine Anstrengungen zu scheuen, um die Erde von dieser barbarischen Waffe zu befreien.

Was die Sowjetunion betrifft, so wird sie auch künftig alles in ihren Kräften stehende tun, um zur Schaffung einer von chemischen Waffen freien Zone in Europa beizutragen. Sie wäre bereit, die Verpflichtung zu übernehmen, den Status einer solchen Zone zu achten, darunter im Rahmen der Schritte, die zwischen den interessierten Seiten abgestimmt werden könnten und real zu dem genannten Ziel führen würden. Es ist nur verständlich, daß der Status einer solchen Zone nur dann zuverlässig garantiert werden kann, wenn auch die Vereinigten Staaten und andere Staaten, die Streitkräfte auf dem Territorium dieser Zone haben, ähnliche Verpflichtungen eingehen.

Ich wünsche Ihnen, Herr Lehlbach, Erfolge in Ihrem edlen Wirken für die Festigung des Friedens und der europäischen Sicherheit.

Mit Hochachtung

K. TSCHERNENKO

## IN KÜRZE

Am 21. Dezember brachte die sowjetische Presse eine Mitteilung über eine turnusmäßige Sitzung des Politbüros des ZK der KPdSU. Es billigte die Aussprache Konstantin Tschernenkos mit Mengistu Haile Mariam, Generalsekretär des ZK der Arbeiterpartei Äthiopiens und Vorsitzender des Provisorischen Militärischen Verwaltungsrates. Das Politbüro erörterte und billigte die Ergebnisse der Moskauer Verhandlungen einer Delegation der KPdSU unter Konstantin Tschernenko und einer Delegation der KP Japans unter Kenji Miyamoto, Vorsitzender der KPJ. Erörtert und gebilligt wurden die Resultate der Verhandlungen Nikolai Tichonows sowie der Aussprachen Konstantin Tschernenkos und Andrej Gromykos mit Dominic Mintoff, Ministerpräsident der Republik Malta. Das Politbüro nahm eine Information Boris Ponomarew über das Prager Treffen, dessen Gegenstand die Tätigkeit der Zeitschrift "Probleme des

Friedens und des Sozialismus" war, entgegen. Es erörterte ferner einige andere Fragen der Innen- und Außenpolitik sowie des Kampfes für Völkerfrieden und Völkerverständigung.

Am 21. Dezember endete der offizielle Besuch einer von Michail Gorbatschow geführten Delegation des Obersten Sowjets der UdSSR in Großbritannien (S. 8).

Vom 21. bis zum 23. Dezember verhandelten in Peking Iwan Archipow, Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, und Yao Yilin, Stellvertreter des Premiers des Staatsrates der VR China. Sie tauschten ihre Meinungen über die weitere Entwicklung der Zusammenarbeit der beiden Länder in Handel, Wirtschaft, Wissenschaft und Technik aus. Auch erörterten sie den Abschluß eines Abkommens über wirtschaftliche und technische Zusammen-

arbeit, eines weiteren über wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit und eines Abkommens über die Bildung einer sowjetisch-chinesischen Kommission für wirtschaftliche, kommerzielle, wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit und erzielten zu diesen Fragen Übereinkunft. Ferner kamen sie überein, im ersten Halbjahr 1985 ein langfristiges Abkommen über Waren- und Zahlungsverkehr für 1986–1990 zu schließen. Auch tauschten sie ihre Meinungen über die bilateralen Beziehungen aus. Am 23. Dezember wurde Iwan Archipow von Zhao Ziyang, Mitglied des Ständigen Komitees des Politbüros des ZK der KP Chinas, Premier des Staatsrates der VR China, empfangen. Iwan Archipow lud den stellvertretenden Premier des Staatsrates der VR China ein, der UdSSR 1985 einen Gegenbesuch abzustatten. Die Einladung wurde mit Dank angenommen.



# EIN BEDEUTSAMES JAHR

Wadim SAGLADIN

Mancher wird gegen die Überschrift vielleicht Einwände haben, denn es handelt sich ja um ein neues, erst beginnendes Jahr — man könne doch nicht wissen, ob es bedeutsam sein wird.

Gewiß, es handelt sich um das beginnende Jahr. Trotzdem bin ich überzeugt, daß es bedeutsam sein wird. Wieso? Weil man schon jetzt ganz sicher sagen kann, daß es wichtige Ereignisse bringen wird, die in der Geschichte unseres Landes und der ganzen Menschheit bestimmt eine Spur hinterlassen werden. Eine Übertreibung? Nein. Aber urteilen Sie selbst.

Das neue Jahr beginnt mit dem **80. Jahrestag der russischen Revolution von 1905--1907**. Das war in der Epoche des Imperialismus die erste Volksrevolution, der Prolog oder die Generalprobe der Großen Oktoberrevolution. Das Jubiläum bietet uns und allen Freunden des Sozialismus und der Arbeiterbewegung Gelegenheit, gedanklich Rückschau auf die ruhmreichen revolutionären Traditionen unseres Volkes zu halten und die Bedeutung der revolutionären Klassenpolitik des Proletariats nochmals zu schätzen, dieser einzigen Politik, die eine wirkliche soziale Erneuerung der Gesellschaft im Interesse der arbeitenden Menschen gewährleistet.

Für uns sowjetische Menschen aber hat dieses Jubiläum noch eine besondere Bedeutung. In den Kämpfen der ersten russischen Revolution entstanden die Sowjets der Arbeiter-, Bauern- und Soldatendeputierten als Frucht des Schöpferturns der Massen und ihrer Initiative. Die Massen selbst schufen Machtorgane, die dem Gemeinschaftsgeist der proletarischen Revolutionäre entsprachen und fähig waren, die Erwartungen der arbeitenden Menschen auszudrücken, ja in die Tat umzusetzen.

Heute bilden die Sowjets der Volksdeputierten die politische Grundlage unserer Gesellschaft. In den seither verflossenen acht Jahrzehnten hat diese Form der sozialistischen Volksmacht eine harte Probe sowohl in Tagen friedlicher Arbeit wie in schwerer Kriegszeit bestanden. Diese Form der Volksmacht hat ihre Lebensfähigkeit und Schöpferkraft restlos unter Beweis gestellt.

Das Vertrauen der sowjetischen Menschen zu den Sowjets, ihr Glaube an die Fähigkeit des Sowjetsystems, ihre ureigenen Bestrebungen zu verwirklichen, wurden voriges Jahr bei den

Wahlen zum Obersten Sowjet der UdSSR nochmals aufs nachdrücklichste vor Augen geführt. Dieses Jahr werden die Wahlen zu den Obersten Sowjets der Unions- und der Autonomen Republiken sowie zu den örtlichen Sowjets aller Stufen zweifellos ein neuerlicher überzeugender Beweis für die Stärke des sowjetischen Systems sein. Zugleich aber auch eine neue Stufe auf dem von der Partei auf dem Plenum des ZK der KPdSU vom April 1984 abgesteckten Weg zur weiteren Hebung der Aktivität der Sowjets, dazu, daß in ihrer Tätigkeit die Prinzipien der sozialistischen Selbstverwaltung, des Systems zur Erledigung der Angelegenheiten der Gesellschaft und des Staates, das nicht nur für, sondern auch durch die Werktätigen selbst funktioniert, zur Geltung kommen.

Kein Wunder, daß der 80. Jahrestag der Revolution von 1905--1907 für uns alle nicht nur ein Jubiläum, sondern auch ein politisches Ereignis von eminenter grundsätzlicher Bedeutung sein wird.

Später, im Mai, haben wir wieder ein Jubiläum, auf das wir uns jetzt schon tatkräftig vorbereiten: den **40. Jahrestag des Sieges über den Faschismus, des Sieges der Sowjetunion im Großen Vaterländischen Krieg**.

Über die Lehren aus diesem Sieg ist schon viel gesagt worden. Im Jahr des Jubiläums wird man noch mehr darüber sagen, wird auch unsere Zeitschrift über diese Lehren schreiben, und nicht von ungefähr haben die an sich schon bedeutungsvollen Lehren des zweiten Weltkriegs, des Vaterländischen Kriegs, jetzt, wenn man so sagen kann, neue Maßstäbe und einen neuen Klang angenommen.

Der zweite Weltkrieg war der größte und blutigste in der Geschichte der Kriege. Und obwohl in diesem Krieg noch nicht die Waffen eingesetzt wurden, die man gewöhnlich Massenvernichtungswaffen nennt, hat er Lenins Voraussicht voll und ganz bestätigt. Lenin schrieb vor fast 70 Jahren, daß Kriege unter Einsatz neuester Erkenntnisse von Wissenschaft und Technik die Lebensbedingungen der menschlichen Zivilisation selbst in Frage stellen können.

In den 40 Jahren seit Kriegsende sind vom Imperialismus ununterbrochen neue, noch verheerendere Waffen entwickelt und gebaut worden. Dieser ungeheuerliche Todeslauf setzt keinen Augenblick

aus — der Militär-Industrie-Komplex, vor allem der der USA, ist pausenlos an der Arbeit. Heute kommen die Völker, die die Lehren aus der Vergangenheit ziehen und die Gegenwart im Auge haben, zu dem Schluß, daß jetzt, daß schon heute gegen den Krieg gekämpft werden muß, ehe er angefangen hat. Man darf denen, die darauf orientiert sind, die in der Welt existierenden Gegensätze durch einen Krieg zu beheben, keinen Vorschub leisten. Das zu tun, wäre ein Verbrechen.

Der Vaterländische Krieg erteilt aber nicht nur diese Lehre. Er lehrt auch, daß in der jetzigen Epoche des Übergangs der Menschheit zu neuen, höheren, sozialistischen Formen des gesellschaftlichen Lebens, in der Epoche, in der sich der von der Oktoberrevolution hervorgebrachte Sozialismus zu einer mächtigen Kraft entwickelt hat und die Völker zum hochsinnigen Kampf für das Leben übergegangen sind, jeder Versuch des Imperialismus, den sozialen Fortschritt aufzuhalten, zum Scheitern verurteilt ist. Der Imperialismus und sein aggressiver Kern sind fähig, die Welt in die Gefahr einer Katastrophe zu bringen, sie sind aber unfähig, den Sozialismus zu besiegen und den sozialen Fortschritt ungeschehen zu machen.

Unser Land, die Sowjetunion, bringt diese Schlußfolgerung in ihrer politischen Praxis zum Ausdruck. Das ist eine Politik entschlossenen Kampfes für Frieden, für die Verhütung eines nuklearen Weltkrieges. Gerade durch das Streben nach diesem hohen Ziel sind die neuen Initiativen unseres Landes veranlaßt, vor allem der Vorschlag, mit den USA neue Verhandlungen über den ganzen Fragenkomplex aufzunehmen, der die Verhinderung der Militarisierung des Kosmos und den Abbau der Nuklearwaffen, sowohl der strategischen als auch derjenigen mittlerer Reichweite, betrifft.

Die Zusammenkunft des sowjetischen Außenministers mit dem Außenminister der USA zur Erörterung des Gegenstands und Charakters der von uns vorgeschlagenen neuen Verhandlungen findet buchstäblich in den ersten Tagen des neuen Jahres statt. Natürlich kann niemand voraussagen, wie die Zusammenkunft enden und was für Ergebnisse sie haben wird — während diese Zeilen geschrieben werden, streitet man sich in Washington noch immer darüber, welche Haltung der US-Vertreter dabei annehmen



soll. Was aber die UdSSR will, ist eindeutig klar. Sie hat den Willen zur Einstellung des tödlichen Wettrennens und der Konfrontation. Unser Land ist bereit, auf diesem Wege weit zu gehen — so weit, wie unsere Partner zu gehen bereit sein werden. Das Endziel der UdSSR besteht darin, einen Kernwaffenkrieg zu verhüten und die Kernwaffen restlos zu verbieten und zu vernichten. Die Bedeutung dieser Zielsetzung, ihre Dringlichkeit sind nochmals in der gemeinsamen Erklärung über die Verhandlungen zwischen Delegationen der KPdSU und der KP Japans nachdrücklich betont worden, die nach der kürzlichen Zusammenkunft Konstantin Tschernenkos, des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, mit Kenji Miyamoto, dem Vorsitzenden des ZK der KP Japans, veröffentlicht worden ist.

Die 40 Jahre seit Kriegsende waren Jahre eines vom Imperialismus entfesselten fieberhaften Wettrüstens. Und dennoch waren das Jahre, in denen die Menschheit den Weltfrieden bewahren und den Ausbruch eines neuen Weltkriegs verhüten konnte, obwohl er von gewissen westlichen Kräften immer geplant wurde und noch jetzt geplant wird. Ebenso wie im Vaterländischen Krieg, als der Hauptfaktor bei der Zerschmetterung des Faschismus der Sozialismus und unser sowjetisches Heimatland waren, ist der Sozialismus in den Nachkriegsjahren der entscheidende Faktor beim Durchkreuzen der Pläne der aggressiven westlichen Kreise.

Damit wollen wir die Rolle der anderen Völker, Kräfte und Länder keineswegs herabsetzen, weder derjenigen, die im zweiten Weltkrieg gegen den Faschismus kämpften, noch derjenigen, die gegen die Kriegsgefahr gekämpft haben und noch jetzt kämpfen. Niemandes Verdienste sind vergessen. Aber die große, die einmalige Rolle des Sozialismus und unseres Landes kann auf keinen Fall geleugnet oder auf den zweiten Platz verwiesen werden. Es geht nicht nur und nicht so sehr um elementare Gerechtigkeit. Den Hauptfaktor beim Verhüten eines Krieges zu ignorieren hieße, den Kampf gegen den Krieg abzuschwächen. Und das darf nicht geschehen!

Im neuen Jahr erwartet uns noch ein Jubiläum: **Der 30. Jahrestag der Gründung des Warschauer Verteidigungsbündnisses der sozialistischen Länder.** Dieses Bündnis spielt seit seines Bestehens eine Rolle, die nicht hoch genug veranschlagt werden kann. Es ist der wichtigste Friedensfaktor, ein sicheres Bollwerk des Friedens.

Unser Bündnis, das erfolgreich 30 Jahre

durchlebt hat, ist echt sozialistisch, ein Bündnis wirklich gleichgestellter Partner. Es ist wohl das einzige Bündnis der Geschichte, dessen Partner schon bei seinem Abschluß erklärten, daß sie alle Militärbündnisse aufgelöst sehen wollen und zur Selbstauflösung bereit seien, falls es die anderen auch so hielten. Es ist ein Militärbündnis, aber eines, das in erster Linie den Friedenskampf führt und immer neue Friedensinitiativen ergreift und Friedensvorschläge macht.

Im Westen geben sich offizielle Kreise Mühe, diese unbeachtet zu lassen. Was aber gewisse Regierungen nicht bemerken oder nicht hören wollen, wird von den Völkern sehr wohl gehört und geschätzt. Die Friedensvorschläge des Warschauer Vertrags sind von Millionen Friedenskämpfern in allen Ländern schon vielfach in ihr Rüstzeug aufgenommen worden. Sie waren bestimmend für die Hauptdebatten internationaler Gremien. Es ist doch bestimmt kein Zufall, daß in der vor Neujahr zum Abschluß gelangten 39. UNO-Vollversammlung die meisten gefaßten Resolutionen den Ideen, die von den Warschauer Vertragsstaaten verfochten werden, durchaus entsprechen, daß alle Vorschläge unseres Landes von der Weltöffentlichkeit so energisch unterstützt worden sind.

Wenn diese Vorschläge aber solches Gewicht und solchen Einfluß haben, dann vor allem deshalb, weil sie auf der Autorität und Macht des Sozialismus, auf dessen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Errungenschaften und moralischen Werten fußen. Die Außenpolitik der sozialistischen Ländergemeinschaft hat in der Tat ein festes Fundament!

Uns sowjetischen Menschen liegen Großmachtideen oder Geringschätzung für andere Völker und Länder völlig fern. Doch legen wir uns mit berechtigtem Stolz Rechenschaft darüber ab, daß der Kern der Macht des Sozialismus die Kraft und Stärke unseres Landes, unseres in der Oktoberrevolution geborenen Staates ist. Wir wissen sehr wohl, daß jeder erfolgreiche Schritt auf dem Entwicklungsweg unseres Landes, auf dem Weg seines Fortschritts und Gedeihens ein Schritt zum festen Frieden, ein Beitrag zum sozialen Fortschritt der ganzen Menschheit ist.

Das neue Jahr wird auch von diesem Standpunkt aus eine sehr bedeutende Rolle spielen, nicht nur (obwohl das natürlich sehr wichtig ist), weil es das letzte Jahr des 11. Planjahrhüfts sein wird, das Jahr, das, wie wir hoffen, dieses Planjahrhüft gut zu Ende bringen und vieles erreichen wird, was seine Vorgän-

ger nicht schafften, und bei vielen Kennziffern die Planaufgaben überbieten wird.

Vor allem ist das ein Jahr direkter Vorbereitungen zum XXVII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, zu dem Parteitag, der eine neue Fassung des Parteiprogramms anzunehmen haben wird; zum Parteitag, der die Schwerpunkte der Entwicklung unseres Landes für das 12. Planjahrhüft und weiter bis zum Jahr 2000 zu bestätigen haben wird; zum Parteitag, der Änderungen am Statut der KPdSU vornehmen wird, darauf ausgerichtet, die demokratischen Grundlagen ihres Lebens zu festigen, die Parteidisziplin zu straffen und damit der Partei im Leben des Volkes und Landes eine noch größere Rolle anzuweisen.

Schon jetzt sehen alle den Parteitagsbeschlüssen entgegen. Obwohl an der neuen Fassung des Parteiprogramms noch gearbeitet wird, schreiben Tausende von Werktätigen unseres Landes bereits an die Parteiorganisationen, äußern ihre Ideen, machen Vorschläge und schildern, wie sie sich das grundlegende Parteidokument vorstellen. Das will viel heißen. Die Werktätigen, sowohl die Mitglieder der KPdSU als auch die Parteilos, die wissen, welche Rolle die Partei spielt und wie sie für das Volk sorgt, sorgen ihrerseits für die Partei und bemühen sich darum, daß ihr Leninsches Banner auch künftig ein Banner des Aufbaus, ein Banner beachtlicher Erfolge bei der Vervollkommenheit unserer Gesellschaft sein wird.

Auch im Ausland sieht man dem Parteitag entgegen. Schon jetzt wird im Westen manchenorts ein Rätselraten darüber angestellt, was der Parteitag beschließen wird und wie. Da wird so allerlei geredet. Der gemeinsame Nenner aber lautet: Es besteht für die Beschlüsse des kommenden Parteitags ein stetig zunehmendes Interesse. Unsere Freunde und auch unsere Feinde sind sich darüber klar, daß die Beschlüsse des XXVII. Parteitags der KPdSU das Weltgeschehen weitgehend beeinflussen werden.

Natürlich soll man, was den Inhalt der Parteitagsbeschlüsse betrifft, nicht vorgehen. Doch eins steht zweifelsfrei fest: Das Jahr 1985 wird mit Vorbereitungen zum Parteitag ausgefüllt sein. Es wird in seinem Zeichen stehen. Was bedeutet das? Das bedeutet, daß es im Zeichen einer allseitigen Perfektionierung unserer Tätigkeit, im Zeichen einer noch tatkräftigeren Erfüllung der bereits gefaßten Parteibeschlüsse, im Zeichen höherer Verantwortung aller und eines jeden für seine Arbeit und für die gemeinsame



Sache stehen wird.

Eine gute Einleitung zum Jahr vor dem Parteitag war der vor Neujahr veröffentlichte Artikel Konstantin Tschernenkos "Auf das Niveau der Anforderungen des entwickelten Sozialismus. Einige aktuelle Probleme der Theorie, Strategie und Taktik der KPdSU". Die sowjetischen Menschen sehen darin einen konzentrierten Ausdruck dessen, worüber sich die Partei Gedanken macht, was für Probleme die Parteiführung beschäftigen. Zweifellos empfinden sie beim Lesen eine tiefe Befriedigung: Die Partei orientiert die Menschen auf eine ehrliche, realistische Einstellung sowohl zu unseren Leistungen als auch zu unseren Aufgaben. Eine solche Einstellung entspricht dem Sinn und Trachten jedes sowjetischen Menschen.

Unsere Freunde im Ausland überzeugen sich nochmals davon, daß die KPdSU eine Partei des Volkes und der Tat, eine dynamische Partei ist. Sie ist eine Partei, deren Ziel es ist, die gewaltigen und schwierigen Aufgaben zur Vervollkommenheit des entwickelten Sozialismus zu erfüllen. Keinerlei Phantasien, sondern eine nüchterne Analyse der Lage und die daraus folgenden klaren Schlüsse. Und alles im Interesse des Volkes und jedes einzelnen.

Unsere Feinde werden hoffentlich noch deutlicher erkennen, daß unser Volk und unsere Partei von ihrem Weg nicht abweichen werden, so gern das gewisse

Kreise auch möchten. Die Fortentwicklung des Sozialismus und das Vorwärtkommen zum Kommunismus — sie sind unser Ziel. Darauf halten wir zu, lernen unterwegs, experimentieren, greifen manchmal schon Geleistetes wieder auf, um es noch besser zu machen, ziehen die Erfahrungen anderer Länder und Völker zu Rate, und alles für unsere Ziele, für unsere vom Volk erwählten Perspektiven.

Über 67 Jahre sind seit der Oktoberrevolution vergangen, und in jedem dieser Jahre haben wir etwas dazugelernt, sind wir um etwas reicher geworden. Alle diese Jahre und jedes einzelne berechtigen uns zu der Schlußfolgerung, daß unsere Gesellschaft nur durch Arbeit wachsen und gedeihen und ihre Ziele erreichen kann, eine immer effektivere, für die Gesellschaft und für jeden einzelnen nützlichere, immer qualifiziertere und ersprießlichere Arbeit, die die Grundlage unserer Stärke und unseres Reichtums, die Gewähr für die Erfüllung unserer Pläne ist.

Wünschen wir einander also Erfolg bei der Arbeit im neuen Jahr, bei der Arbeit für das Wohlergehen des Heimatlandes, unseres Volkes, natürlich auch unserer selbst und unserer Freunde und Verwandten. Allen unseren Freunden im Ausland wünschen wir neue Erfolge, vor allem im Kampf für Frieden und für das höchste Recht des Menschen: sein Recht auf das Leben.

NZ

KOMMENTAR

## DOPPELTE KANDARE

Die Pakistaner, die am Referendum vom 19. Dezember teilnahmen, standen vor folgender Wahl: für die Islamisierungspolitik Präsident Zia ul-Haq oder gegen sie zu stimmen. Im ersten Fall bliebe dieser noch 5 Jahre an der Macht. Also hätte sich ein Pakistaner, der gegen den Präsidenten stimmte, zum Gegner des Islam erklärt. Man kann sich vorstellen, was das bedeutete. Der Islam ist ja in Pakistan Staatsreligion, 95% der Bevölkerung sind Moslems. Es gehörte also viel Mut dazu, nicht mit Ja zu stimmen, um so mehr, als sich Islamabad rückversichert hatte: Es hatte einen Boykott des Referendums verboten. Auf Überretung des Verbots standen bis zu 3 Jahren Freiheitsentzug und bis zu 500 000 Rupien Geldstrafe. Einige Führer der oppositionellen Bewegung für die Wiederherstellung der Demokratie, die sich doch zum Boykott entschloß, wurden verhaftet. Der Präsident drohte, falls sich die Pakistaner nicht hinter ihn stellen sollten, hätten sie "große Unannehmlichkeiten" zu gewärtigen. Spezielle "Vertreter der Öffentlichkeit" und "Helfer" achteten genau darauf, wer stimmt und wofür. Und schließlich ist das Eingeständnis des Informationsministers aufschlußreich, daß selbst eine Niederlage die Militärregierung nicht zum Rücktritt zwingen werde.

Mit Ach und Krach und allerlei Tricks erreichte Islamabad, daß eine Mehrheit mit Ja stimmte. Am Referendum beteiligte sich aber nur die Hälfte der Wahlberechtigten. Der Präsident hatte sich gleichsam der Möglichkeit versichert, die Islamisierungspolitik fortzusetzen. Was kann sie aber für ein Land bedeuten, in dem über 70 Moslemsekten und verschiedene Auffassungen vom Begriff der Islamisierung und vom Koran selbst bestehen! Typisch ist, daß nach dem Referendum ein friedlicher Schiitenumzug von der Polizei attackiert wurde. Die von Zia erlaubte Rückkehr zur öffentlichen Auspeitschung, zum Abhacken von Händen und zum Steinigen brauchte man offenbar, um das Land an eine doppelte, nämlich die militärische und die religiöse Kandare zu nehmen. Der Islam ist aber nur Mittel zum Zweck. Die Militärregierung, die seit dem Umsturz von 1977 besteht, droht jetzt, mindestens noch 5 Jahre am Ruder zu bleiben — falls wenn die "religiöse Gaunerei", wie das Referendum von der Opposition genannt wird, der Regierung nicht doch zum Schaden ausschlägt.

L. JELIN

## BIOGRAPHISCHES

### VORSITZENDER DES MINISTERRATS DER MONGOLISCHEN VOLKSREPUBLIK DUMAGIJN SODNOM



Dumagijn Sodnom wurde am 14. Juli 1933 im Somon Urgun, Ostgobi-Aimak, als Sohn eines Araten — eines Viehzüchters — geboren. 1950 absolvierte er ein Finanz- und Wirtschaftstechnikum. 1950–1954 war er Inspektor und danach Buchhalter im Finanzministerium der MVR.

Nachdem er 1958 die Finanz- und Wirtschaftshochschule in Irkutsk absolviert hatte, war er Wirtschaftsexperte und Abteilungsleiter im Finanzministerium der MVR. 1963 wurde er zum Finanzminister ernannt.

1969–1972 erster Stellvertreter des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission und Minister. 1972 Ernennung zum Vorsitzenden dieser Kommission, ab 1974 zugleich stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats der MVR.

1954 trat er der Mongolischen Revolutionären Volkspartei bei und wurde

auf deren XV.—XVIII. Parteitagen ins ZK der MRVP gewählt. Deputierter des Großen Volkshurals der 5.—10. Legislaturperiode.

Das Plenum des ZK der MRVP vom Dezember 1984 wählte ihn ins Politbüro des ZK, und die 6. Tagung des Großen Volkshurals ernannte ihn zum Vorsitzenden des Ministerrats.

Dumagijn Sodnom war mehrmals als Mitglied von Partei- und Regierungsdelegationen in der UdSSR und nahm 1984 am Wirtschaftsgipfel der RGW-Länder in Moskau teil.



# EIN KONSTRUKTIVER BESUCH

Der Besuch einer Delegation des Obersten Sowjets der UdSSR unter Michail Gorbatschow, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU, Vorsitzender der Kommission für Auswärtige Angelegenheiten des Unionssowjets des Obersten Sowjets der UdSSR, in Großbritannien stand im Zeichen guten Willens.

Dort hatte man diesem Besuch mit regem Interesse entgegengesehen. Selbst Blätter, die sonst nicht allzu freundschaftlich zur UdSSR stehen, äußerten die Hoffnung auf einen Erfolg der Verhandlungen.

Die Gäste tauschten mit der britischen Führung ihre Meinungen zu vielen weltpolitischen Problemen und solchen der bilateralen Beziehungen aus. Das Hauptaugenmerk galt der Erhaltung des Friedens und der Verhütung einer neuen Runde des Wettrüstens.

Michail Gorbatschow überreichte Margaret Thatcher, der Ministerpräsidentin Großbritanniens, ein persönliches Schreiben Konstantin Tschernomkos, in dem er hervorhebt, daß in der jetzigen Situation eine gewisse Verständigung zwischen der UdSSR und Großbritannien sowie ihre Einstellung zur Herabminderung der Nuklearkriegsgefahr und zur Erhöhung der europäischen wie der globalen Sicherheit von großer Tragweite sind.

Michail Gorbatschow und Margaret Thatcher nahmen für stabile, sachliche Beziehungen der beiden Länder Stellung. Im Gespräch mit Geoffrey Howe, dem Außenminister und Minister für Commonwealth-Angelegenheiten, stellte Michail Gorbatschow fest, daß die Zügelung des Wettrüstens, die Verhütung einer Militarisierung des Kosmos und ein radikaler Abbau der Kernwaffen nach dem Grundsatz der Gleichheit und gleichen Sicherheit im Sicherheitsinteresse aller Staaten läge. Der Chef der sowjetischen Delegation wies seine britischen Gesprächspartner auf die Friedensinitiativen der UdSSR, der anderen sozialistischen Länder, auf ihre Vorschläge zur Festigung des Vertrauens und der Zusammenarbeit zwischen Staaten verschiedener Gesellschaftsordnung hin. Er betonte die Bedeutung der Vereinbarung zwischen der UdSSR und den USA, neue Verhandlungen über den Fragenkomplex aufzunehmen, der die Nichtmilitarisierung des Kosmos und den Abbau der Kernwaffen — sowohl der strate-

gischen als auch der Mittelstreckenwaffen — betrifft. Gorbatschow sagte, daß die UdSSR radikale Vereinbarungen anstrebe, die es gestatten würden, dem restlosen Verbot und schließlich der Vernichtung der Kernwaffen näherzukommen.

Handelsminister Paul Channon sagte bei einem abschließenden Essen, das im Lancaster-Haus zu Ehren der Gäste gegeben wurde, im Namen der britischen Regierung, von den verschiedenen herkömmlichen Verbindungen zwischen England und der UdSSR sei der Handel mit eine der ältesten. Der beiderseitige Wunsch nach besseren Lebensverhältnissen der Völker beider Länder liege ihren Handelsbeziehungen zugrunde. Der Minister bedauerte, daß der bilaterale Handel in den letzten Jahren nicht so schnell wie erwünscht angewachsen sei. Der jetzige Besuch werde zum Ausbau der nützlichen Wirtschaftsbeziehungen beitragen.

Es ist kein Zufall, daß die britischen Geschäftskreise für den Besuch besonderes Interesse gezeigt haben. Großbritannien hat einen stark entwickelten Außenhandel. Es hat die Auslandsmärkte stets genau beobachtet und ist weitgehend von ihnen abhängig. Deshalb bemühten sich britische Geschäftsleute um Gespräche mit dem sowjetischen Delegationschef. Dieser traf mit Vertretern der Londoner Industrie- und Handelskammer, der britisch-sowjetischen Handelskammer und des britischen Industriellenverbandes, mit den Leitern großer Industrie- und Handelsfirmen sowie Kommerz- und Finanzorganisationen zusammen. Er betonte, daß die sowjetisch-britische Beziehungen auf einen neuen, positiven Weg gebracht werden müssen. Das gilt auch für den Handel und die Wirtschaftsbeziehungen. Eine Diskriminierung im Handel schade vor allem denen, die sich ihrer befleißigen, weil sie dadurch günstige Bestellungen verlören. Infolge einer solchen Politik ging der Warenverkehr zwischen der UdSSR und Großbritannien 1982 gegenüber 1979 um fast 20 % zurück. Großbritannien, das einst im Handel mit der UdSSR einen der ersten Plätze unter den Industriestaaten einnahm, befand sich 1983 an siebenter und 1982 an neunter Stelle.

## UdSSR--MALTA

# HÄNDEDRUCK IN MOSKAU

In der sowjetischen Hauptstadt freute man sich über den Besuch Dominic Mintoffs, der eine Regierungsdelegation der Republik Malta führte. Die recht intensiven Verhandlungen im Kreml ermöglichten den beiden Seiten einen Vergleich ihrer Standpunkte zu einem weiten internationalen Fragenkreis. Es wurde festgestellt, daß die Positionen in vieler Hinsicht einander nahekamen bzw. übereinstimmen.

Besondere Beachtung wurde dem Mittelmeer- und dem Nahostraum gewidmet. In Moskau wie in Valletta wird besorgt konstatiert, daß die Situation im Mittelmeergebiet äußerst gespannt ist. Die UdSSR vertritt die Meinung, daß die Hauptverantwortung dafür die USA und ihre NATO-Verbündeten tragen, die ihre militärischen Aktivitäten dort verstärken. Die auf Sizilien, in Maltas unmittelbarer Nähe, stationierten

nuklearen Erstschlagsraketen können nicht nur das Territorium der UdSSR erreichen, sondern bedrohen auch die Staaten Nordafrikas und des östlichen Mittelmeerraums.

Explosiv ist die Lage im Nahen Osten, wo schon seit gut 40 Jahren ein gefährlicher Kriegsherd schwelt. Die sowjetische Führung sieht den Hauptgrund für die Spannungen in Washingtons Versuchen, den Nahostraum unter seine militärpolitische Kontrolle zu nehmen und die andauernde Aggression Tel Avivs gegen die arabischen Länder und Völker zu eigenen Zwecken zu benutzen.

Bei den Verhandlungen erinnerte die sowjetische Führung erneut an ihre Vorschläge, die darauf abzielen, die mediterrane Region in eine Zone von Frieden und Zusammenarbeit zu verwandeln. Die Vorschläge sehen





Michail Gorbatschow bei Margaret Thatcher

Foto: TASS

Die politischen, kommerziellen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der UdSSR und Großbritannien hatten ihre Aufschwünge und Niedergänge. Die Schuld an ihrem zeitweiligen Erkalten liege nicht bei der UdSSR. In der jetzigen zugespitzten Weltlage ist der Realitätssinn, den manche westliche Spitzenpolitiker zeigen, besonders wichtig. Das sind auch bilaterale Kontakte zur Verhütung einer Nuklearkatastrophe. Das britische Geschäftsblatt "Financial Times" schreibt,

der sowjetische Besuch werde als Antwort darauf angesehen, daß die britische Regierung nach den Parlamentswahlen von 1983 ihre Außenpolitik einer gewissen Umwertung unterzogen habe. Zur Bekräftigung führt das Blatt die Erklärung Margaret Thatchers an, daß die Ost-West-Beziehungen dann über den toten Punkt hinweggebracht werden können, wenn die Westmächte ihre Politik der UdSSR gegenüber nicht nach subjektiven Wünschen, sondern nach der wirklichen Sachlage gestalten werden. Der Londoner "Daily Telegraph" schrieb, Michail Gorbatschow habe aus Moskau eine Botschaft des Friedens und guten Willens mitgebracht. Er und Margaret Thatcher hätten sich — so die "Times" — für stabile Geschäftsverbindungen ausgesprochen.

Die Zusammenkünfte können eine Grundlage für gegenseitiges Vertrauen ergeben, das eine gute Voraussetzung für eine Rüstungskontrolle wäre. Diese Ansicht vertritt ein Programmleiter des ITV-Fernsehens.

Der Besuch der sowjetischen Delegation hat nicht nur die britische Presse aufmerken lassen. Darüber berichteten regelmäßig die Medien der ganzen Welt. Die Einstellung der UdSSR zu dem Besuch ist bei diesem völlig klargestellt worden: Moskau ist für eine Ausweitung des politischen Dialogs und der beiderseitig vorteilhaften Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu allen Ländern des Westens, also auch zu Großbritannien.

I. TITOW

## HILFE IN SCHWERER STUNDE

In der zweiten Dezemberhälfte besuchte Mengistu Haile Mariam, der Staatschef Äthiopiens, die UdSSR, Bulgarien und die DDR. In den sozialistischen Ländern fand er volles Verständnis und Unterstützung für seine junge Republik in schwerer Stunde. Seine Besuche haben gezeigt, daß Äthiopien an der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern zuverlässige Freunde hat. Am 17. Dezember hatte Konstantin Tschernenko im Kreml mit dem hohen Gast eine Aussprache. Dieser dankte der Regierung und dem Volk der UdSSR für die uneigennützigste Hilfe an das Volk seines von Dürre heimgesuchten Landes.

Die Naturkatastrophe stellte Äthiopien auf eine harte Probe. Dürre und Hungersnot erfaßten ein Gebiet mit mehr als 7 Millionen Bewohnern. Erschwerend ist, daß die Ausschreitungen der Separatisten in den Provinzen Tigre und Eritrea kein Ende nehmen. Außerdem ist im Westen eine Verleumdungskampagne zu dem Zweck aufgezogen worden, die revolutionäre Regierung zu diskreditieren und ihre Autorität beim Volk zu erschüttern.

Unter diesen Umständen ist die Hilfe der sozialistischen Länder besonders wertvoll. Sie unterstützen die Maßnahmen der Regierung dazu, das Volk dieses Landes ein für allemal vor den verheerenden Folgen solcher Naturkatastrophen zu bewahren und der wirtschaftlichen Entwicklung einen Impuls zu geben.

Sehr wichtig ist da das im September 1984 unterzeichnete langfristige Programm für die wirtschaftliche Zusammenarbeit der UdSSR und Äthiopiens, was bei der Aussprache konstatiert wurde.

Es hat sich gezeigt, daß die Staatschefs der beiden Länder zu einem weiten Kreis weltpolitischer Probleme einer Meinung sind. Konstantin Tschernenko und Mengistu Haile Mariam betonten die Notwendigkeit gemeinsamer energischer Bemühungen aller Friedenskräfte zur Abwehr der Ränke des Imperialismus, zur Verhütung eines Kernwaffenkriegs und zur Festigung des Friedens auf der Erde. Es wurde festgestellt, daß eine Erklärung Afrikas zur kernwaffenfreien Zone sehr wichtig wäre. Der Führer des Sozialistischen Äthiopiens pflichtete den Friedensinitiativen der UdSSR rückhaltlos bei.

D. SGRSKI

vor, dort die militärischen Aktivitäten der Seestreitkräfte anderer Staaten zu begrenzen, die Anlegung fremder Militärstützpunkte und die Stationierung von Kernwaffen nicht zuzulassen, keine Gewalt anzudrohen und sich nicht in die inneren Angelegenheiten der Länder der Region einzumischen sowie die kernwaffentragenden Schiffe von dort abzuziehen. Die UdSSR setzt sich ferner dafür ein, daß sich die Nuklearmächte verpflichten, keine Kernwaffen gegen Mittelmeerstaaten einzusetzen, die die Stationierung solcher Waffen auf ihrem Territorium nicht zulassen.

Ebenso konkret sind die sowjetischen Initiativen zum Nahostproblem. Dieser Knoten läßt sich, wie man in Moskau denkt, nur durch Anstrengungen aller interessierten Seiten, einschließlich der PLO, entwirren. Die Einberufung einer internationalen Konferenz wäre ein wichtiger Schritt zur praktischen Lösung des Problems.

Bei einem Gespräch mit Dominic Mintoff wies Konstantin Tschernenko auch auf die jüngsten sowjetischen Vorschläge zum ganzen Komplex

von Fragen um die Nuklear- und Weltraumwaffen hin. Erörtert wurde ferner die Stockholmer Konferenz, an deren Erfolg sowohl die UdSSR als auch Malta interessiert sind.

Der Moskaubesuch des Ministerpräsidenten der Republik Malta war das erste Gipfeltreffen beider Staaten. Verständlicherweise bildeten die bilateralen Beziehungen einen wichtigen Tagesordnungspunkt. Der sowjetische Regierungschef Nikolai Tichonow stellte mit Genugtuung fest, daß das im Frühjahr 1984 unterzeichnete Dokument über den gegenseitigen Handel eine fünffache Steigerung des Warenaustausches binnen drei Jahren ermöglicht.

In der UdSSR achtet man die Politik der Neutralität und Nichtpaktgebundenheit, die von der Regierung Mintoff durchgeführt wird, und deren Bemühungen um eine größere internationale Sicherheit. Gerade das bietet nach Ansicht Moskaus das weiteste Feld für die Tätigkeit und Zusammenarbeit großer und kleiner, insularer und kontinentaler Staaten.

L. MAKAREWITSCH



# ZWEIERLEI ABRÜSTUNG

Wladlen KUSNEZOW

Das neue Jahr beginnt mit neuen Verhandlungen: allumfassende sowjetisch-amerikanische Gespräche über Kern- und Weltraumwaffen. Schon jetzt wird das Jahr 1985 in der Öffentlichkeit Europas und der ganzen Welt mit Genugtuung als Jahr großer Möglichkeiten und sogar als Jahr der Abrüstung bezeichnet. Doch wir wollen mit Urteilen und Prognosen nichts überstürzen. Die Verhandlungen, ihre Probleme sind kompliziert. Starken Widerstand leisten ferner jene, die diese Verhandlungen sich ins Uferlose auszuwachsen und lange Jahre hinziehen sehen möchten. Das würde ja der Öffentlichkeit, vor allem der Antiraketenbewegung, so schön ein "Licht am Ende des Tunnels" vorgaukeln und zugleich der militärischen Produktion keinen Abbruch tun.

Wie das neue Jahr wird, wie produktiv sich die Verhandlungen gestalten, hängt nicht nur von der UdSSR und den USA ab. Auch die europäischen und anderen Völker, die Antiraketenbewegung müssen ihr gewichtiges Wort sagen. Es war ja die Position von Millionen und Abermillionen, die nicht zuletzt die Reagan-Administration auf die sowjetische Initiative eingehen und den Verhandlungsvorschlag akzeptieren ließ.

Was ist an dem zu behandelnden Komplex neu?

Vor allem ist es das Problem der Nichtmilitarisierung des Weltraums. Davon, ob und wie dieses für den ganzen Verlauf der Abrüstungsverhandlungen und vielleicht für die Geschehnisse des Friedens wichtigste Problem gelöst wird, hängt es ab, ob es gelingt, bei der Begrenzung und Reduzierung der Kernwaffen einen Fortschritt zu erzielen. Ein waffenfreier Weltraum wäre vom größten Nutzen für die Menschheit, militarisiert dagegen wäre er die größte Bedrohung.

Zweitens soll nicht ein einzelnes Problem, sondern ein ganzer Komplex von Problemen besprochen werden: Weltraum-, strategische und Mittelstreckenwaffen. Sie bilden eine eng verklammerte Triade. So würde das Wettrüsten im Raum unweigerlich das auf der Erde beschleunigen und zugleich die Möglichkeiten für die Begrenzung und Reduzierung der Waffen durchkreuzen.

Drittens müssen diese Verhandlungen in Wesen, Herangehen und Geist neu sein, denn die UdSSR hat aus dem Verlauf und den traurigen Erfahrungen der früheren Verhandlungen in Genf ihre Schlüsse gezogen: Dort ging es der US-Seite nur darum, offensichtlich unannehmbare, auf militärische Vorteile abzielende Vorschläge vorzulegen, durch die

Verhandlungen aber ihre militaristischen Vorbereitungen zu tarnen und die Öffentlichkeit irrezuführen. Jetzt wird in den USA die Idee der "umbrella talks" lanciert. Es fragt sich, ob dort nicht die Absicht besteht, Verhandlungen über Verhandlungen zu führen, dasselbe im Kreis zu wiederholen und immer wieder zu Abstraktionen vom Schlage "gemeinsamer Ziele und Interessen der Seiten" Zuflucht zu nehmen.

Wenn man neue Verhandlungen aufnimmt, lohnt es sich, zurückzublicken und zu untersuchen, was die früheren Verhandlungen gefördert hat und was nicht.

Anfang der 70er Jahre schlossen die UdSSR und die USA ein Abkommen über die Verhütung eines Kernwaffenkrieges und untermauerten es durch zwei auf die praktische Realisierung dieses Abkommens gerichtete Dokumente: den Vertrag über die Begrenzung von Raketenabwehrsystemen und das Zeitweilige Abkommen über einige Maßnahmen auf dem Gebiet der Begrenzung der strategischen Offensivwaffen vom 26. Mai 1972 (SALT I). Ihn folgte der SALT-II-Vertrag, der am 18. Juni 1979 in Wien unterzeichnet wurde.

Es gab wohl nicht viele Menschen in der Welt, die diese Urkunden für ideal und optimal gehalten hätten. Doch die überwiegende Mehrheit wurde sich über die wirkliche historische Bedeutsamkeit dieses angefangenen Werks klar. Bis dahin galt ja die Aufgabe, Kernwaffen zu begrenzen und abzubauen, als utopisch, unerfüllbar, praktisch undurchführbar. Die UdSSR und die USA bewiesen, daß dem nicht so ist. Die öffentliche Meinung in der ganzen Welt verstand es, die wahre Bedeutung des Prozesses der Begrenzung und Reduzierung von Kernwaffen einzuschätzen, und sah darin zu Recht den Weg zur Festigung der strategischen Stabilität nicht nur in unseren beiden Ländern, sondern auch auf der ganzen Erde. Den Weg auch zur Festigung des Weltfriedens und der Sicherheit, zur Verminderung der Gefahr des Ausbruchs eines Nuklearkrieges. Es war ein ermunternder Gedanke, daß sich die Signatäre der Abkommen verpflichteten, nach Maßnahmen zur weiteren Begrenzung und Reduzierung strategischer Waffen zu suchen. Eine passende Grundlage sei dazu geschaffen worden. Meinte man.

Warum konnte etwas scheinbar Unerfüllbares nun doch erreicht werden? Vor allem dank der Treue zum Prinzip der Gleichheit und der gleichen Sicherheit. Ferner dank der Bereitschaft, bei der Entwicklung neuer strategischer Offensivwaffen Zurückhaltung zu üben; dank der

Erkenntnis, daß ein Nuklearkrieg für die ganze Menschheit verheerende Folgen hätte. In diesem Zusammenhang sagte Konstantin Tschernenko auf Fragen des NBC-Korrespondenten M. Kalb: "Das Wichtigste — nämlich das Bewußtsein, daß das Wettrüsten niemandem Sicherheit gewährleisten kann, die Bereitschaft, die Beziehungen untereinander auf der Grundlage der Gleichheit und unter Berücksichtigung der legitimen Interessen des anderen und ohne Beeinträchtigung der Interessen von Drittländern durch konkrete Taten zu gestalten."

Die Befolgung all dieser Teilprinzipien des vereinbarten Herangehens an die Begrenzung und Reduzierung von Kernwaffen versprach Erfolge auch für die Zukunft. Aber im weiteren mußte die UdSSR ein anderes, "besonderes" Herangehen ihres Verhandlungspartners erleben. Was geschieht, wenn eine Seite mitten in den Verhandlungen über den Abbau von Kernwaffen und entgegen dem SALT-II-Vertrag diese Waffen aufstockt und außerdem dicht an den Grenzen der anderen Seite stationiert? So geschehen während der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen in Genf über den Kernwaffenabbau! Unter diesen Umständen wird die Verhandlungsbasis in ihren Grundfesten erschüttert, die Verhandlungen selbst verlieren jeden Sinn. Das wirkte sich unausbleiblich auch auf die anderen START-Verhandlungen in Genf aus.

Daß die USA an die mit der UdSSR gemeinsamen Bemühungen um ein Abbremsen des Wettrüstens anders herangegangen waren, kam auch darin zum Ausdruck, daß einseitig folgende Verhandlungen eingestellt wurden:

- über Antisatelliten,
- über das vollständige und allgemeine Verbot der Kernwaffentests,
- über den Abbau der militärischen Aktivitäten im Indischen Ozean und
- über die Begrenzung des Handels mit konventionellen Waffen.

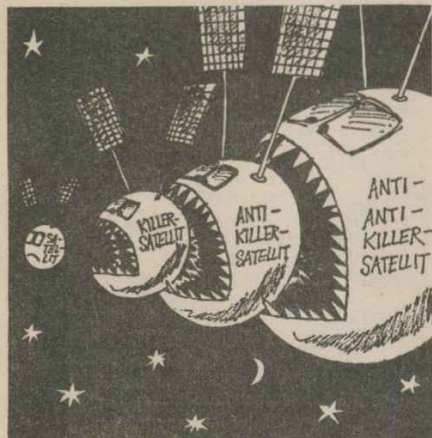
Als Folge der gleichen Obstruktionspolitik landeten auch die längsten Ost-West-Verhandlungen — die Wiener Truppenabbaugespräche — in einer Sackgasse. Aus demselben Grund gibt es seit langer Zeit keinen Fortschritt im Sinne wichtiger Beschlüsse auf der Stockholmer Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und über die Abrüstung in Europa und auf der Genfer Abrüstungskonferenz.

Hier das Ergebnis: Die gegenwärtige US-Administration hat mit der UdSSR bis jetzt kein einziges Abkommen über die Rüstungsbegrenzung geschlossen.

Das ist noch nicht alles. Beunruhigend und befremdend ist die nihilistische Haltung zu den früher abgeschlossenen Abkommen im Bereich der Abrüstung. Wer andere nicht von seiner Bereitschaft zu überzeugen sucht, Erreichtes zu pflegen, läuft Gefahr, bei der Ausarbeitung neuer Abkommen das Vertrauen zu sich zu erschüttern. Die USA haben SALT II nicht ratifiziert. Ebenso wenig den Vertrag über die Begrenzung der unterir-



dischen Kernwaffentests (1974) und über die unterirdischen Kernexplosionen zu friedlichen Zwecken (1976). Es wird versucht, SALT I und den Vertrag über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme auszuhöhlen: damit nichts die Militarisierung des Weltraums, die Realisierung der "star war"-Strategie hindert. Schon jetzt reagieren sie allergisch auf das Verhandlungsthema Weltraum. Zugleich spielt man durchsichtig darauf an, man



So sieht der Karikaturist der "Frankfurter Rundschau" [BRD] den "Sternenkrieg"

würde bei der militaristischen Erschließung des Weltraums gewisse "Spielregeln" akzeptieren. Sie wollen lediglich die Weltraum- und sonstigen Waffen kontrollieren — anstatt sie abzubauen.

Es geht soweit, daß auf hoher Ebene erklärt wird: "Wir werden den Vertrag über die Raketenabwehrsysteme umgehen und revidieren müssen." Und zwar so revidieren, daß in diesem Dokument "ein kosmisches Raketenabwehrsystem seinen Platz findet". So ist das also. Und da wird von der UdSSR ein Entgegenkommen erwartet! Dabei versteht man in den USA selbst, daß es nicht korrekt ist, der UdSSR vorzuschlagen, wie David Ignatius im "Wall Street Journal" schreibt, "den Vertrag über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme modifizieren zu helfen, daß er die Stationierung von Weltraumwaffen erlaubt, und sie dann zu bitten, ihre eigene Verteidigung so zu beschneiden, daß die Verteidigung im Geiste der Sternenkriege ganz sicher funktioniert". Offenbar ist nicht der Vertrag zu modifizieren, sondern es sind die Ansichten und Absichten, die nichts gemein haben mit der Respektierung und Einhaltung internationaler Verpflichtungen und mit dem deklarierten Streben nach der "Rüstungskontrolle".

Dabei gibt es gelinde gesagt etliches, was zu modifizieren wäre.

Beispielsweise das Ersetzen des beliebigen Vereinbarungen über die Abrüstung grundlegenden Prinzips der Gleichheit und der gleichen Sicherheit durch Versuche, einseitige militärische

Vorteile zu erlangen. Seinen Niederschlag findet das u. a. im folgenden Postulat eines weiteren hochgestellten Vertreters der Washingtoner Administration, des Pentagon-Chefs Weinberger: "Die Möglichkeit, den Frieden zu erhalten, kann nur durch eine militärische Überlegenheit gegeben werden, ähnlich der, über die die USA in den 50er und den 60er Jahren verfügten." Es wäre aber doch wohl besser, den Frieden auf der Basis des strategischen Gleichgewichts zu erhalten, zumal die UdSSR, die ein solches Gleichgewicht um ihrer Sicherheit willen hergestellt hat, seine Störung nicht dulden wird. Gewisse Leute können sich nicht mit der unabänderlichen Realität abfinden, auch nicht mit dem Gedanken, daß die Zeiten der einstigen militärischen Unverwundbarkeit endgültig vorbei sind. Diese Unverwundbarkeit ist nicht zurückzuholen, auch nicht durch eine lange und beschwerliche Jagd nach einer angeblich lückenlosen Raketenabwehr. Gegen einen "absoluten" Schild wird sich immer ein "absolutes" Schwert finden. Noch nie hat es jemand fertiggebracht, das Leben zu überlisten.

Ein weiteres Beispiel wäre das Ersetzen des wahren Ziels der Verhandlungen — Senkung des Niveaus der militärischen Konfrontation durch etwas völlig anderes. Der Chef der amerikanischen Behörde für Rüstungskontrolle und Abrüstung sagte in diesem Zusammenhang: "Die Verhandlungen über die Rüstungsbegrenzung sind eine Finte, zu der wir einfach greifen müssen, um das amerikanische Volk und die europäischen Bündnispartner zu beruhigen." Man könnte einwenden, diese Äußerung sei viel zu odios, um ihr Bedeutung beizumessen, aber widerspiegelt sie nicht die wahre Sachlage, wenn vielleicht auch in entstellter Form? Die Finte hat kaum jemanden betrogen, dafür aber beim Abbruch der Genfer Verhandlungen ihre Rolle gespielt. Für solche "Verhandlungen" eignet sich die UdSSR nicht. Was das amerikanische Volk und die europäischen Bündnispartner angeht, so haben die Finten jener Kräfte, die keine fairen Vereinbarungen in Genf wünschten, sie keineswegs beruhigt.

Nun, mit solchen Vorstellungen bringt man es nicht weit. Es ist höchste Zeit, die überlebten Vorstellungen, die den Realitäten des nuklearen Zeitalters und der weltweiten Konstellation nicht entsprechen, abzulegen.

Seinerzeit sagte Albert Einstein, wir stünden vor einer Krise, aber jene, die die Macht und die Befugnis hätten, die Entscheidungen zum Guten oder zum Bösen zu treffen, hätten es noch nicht erkannt. Die freigesetzte Atomenergie habe alles verändert — mit Ausnahme unseres Denkens, und so schreiben wir allmählich auf eine präzedenzlose Katastrophe zu. Dieses Urteil trifft auch heute sehr genau für die Situation zu, in der wir uns alle befinden. Auch sie hängt in hohem Maße vom Stand des politischen Denkens in den einen oder anderen Staaten, davon ab, ob dieser Stand den Realitäten und Imperativen des nuklearen Zeitalters entspricht oder nicht.

"Es gibt kein höheres Ziel als die Erhaltung des Menschengeschlechts. Keine wichtigere Aufgabe, als dafür zu arbeiten, daß die Sehnsucht nach dauerhaftem Frieden, nach Wohlergehen und Gedeihen der Menschen nicht nur eine schöne Utopie bleibt." Das ist die von Konstantin Tschernenko dargelegte Haltung Moskaus. Untermauert wurde sie durch die von uns feierlich übernommene unilaterale Verpflichtung, niemals und unter keinen Umständen einen atomaren Erstschlag zu führen, auf das Streben nach militärischer Überlegenheit über wen auch immer zu verzichten und ständig dazu bereit zu sein, auf der Basis der Gegenseitigkeit, des Prinzips der Gleichheit und der gleichen Sicherheit die tödlichsten und alle anderen Waffen faktisch einzufrieren, zu begrenzen, abzubauen und völlig zu liquidieren.

Entspricht ein solches Herangehen an die internationalen Angelegenheiten, Beziehungen und Probleme, ein solches politisches Denken nicht voll und ganz den Verhältnissen und Bedürfnissen des nuklearen Zeitalters?

Leider wird das realistische und verantwortungsvolle Herangehen an die Geschichte von Frieden und Sicherheit im nuklearen Zeitalter bei weitem nicht überall praktiziert. Mängel des politischen Denkens spiegeln sich in Entscheidungen, praktischen Schritten, in der Art, die internationalen Angelegenheiten zu behandeln, in der Gestaltung der Beziehungen zu anderen Staaten wider. Wer glaubt, militärische Gewalt stehe in unserer Welt über alles, auch über die Vernunft, der jagt dem Schemen der militärischen Überlegenheit nach und peitscht das Wettrüsten an. Die "Politik von der Position der Stärke aus" ist die Wurzel des Übels in der heutigen internationalen Situation. Diese Politik, die zur endlosen Hochrüstung und zu einer ebenso unendlichen Jagd nach dem Titel "Militärmacht Nr. 1" führt, wird nun ostentativ als die höchste Staatsklugheit, der einzig mögliche und einzig produktive Kurs unseres Zeitalters gepriesen, ja zum "faktischen besten Mittel der Erhaltung des Friedens" hochstilisiert.

Die UdSSR lebt von mehr als 1500 ausländischen Militärobjekten und -stützpunkten umkreist, die hauptsächlich in der Nähe ihrer Grenzen liegen. Gibt es auf der Erde einen anderen Staat in solcher Lage? Offenbar hat die UdSSR weit mehr Gründe als sonst jemand, von "Verteidigungslücken", einer "Bedrohung von außen" und ähnlichen Dingen zu sprechen, zumal sie als das Ziel eines "Kreuzzuges" und "das Reich des Bösen" bezeichnet wurde und als man sogar die Absicht verkündete, sie "auf den Müllhaufen der Geschichte" zu befördern.

Selbstverständlich muß die UdSSR unter diesen Verhältnissen an ihre Sicherheit denken. Sie tut es. Doch nur im Rahmen der notwendigen Verteidigung, nicht weniger, aber auch nicht darüber hinaus.



Zurückhaltung in den militärischen Anstrengungen ist die ständige Linie der UdSSR. Trotz der ersten Zuspitzung der Weltlage in den letzten Jahren hat sie in dieser Zeit ihre Verteidigungsausgaben nicht erhöht. Diese Zurückhaltung wurde im Westen verkannt, dort schraubte man die Militärausgaben noch höher, da die Zurückhaltung als "Zeichen der Schwäche" gedeutet wurde und man offenbar glaubte, die UdSSR "totrützen" zu können. Dazu wäre höchstens zu sagen: Die UdSSR wird niemandem gegenüber klein beigeben und keine militärische Überlegenheit über sich zulassen. Offenbar erlauben es die Denkschemata aus der Zeit, als die USA den Taumel des Atommonopols und der militärischen Überlegenheit auskosteten, nicht zu verstehen, daß sich das Wettrüsten heute nicht gewinnen läßt. Es läßt sich nur verlieren. Verlierer wird die ganze internationale Gemeinschaft sein.

Jetzt muß es nicht um den Sieg im Wettrüsten und erst recht nicht im Krieg, in dem es ja keinen Sieger geben kann, gehen, sondern um die Sicherheit, die Sicherheit für alle. Für einen solchen Gewinn bedarf es entgegen der Meinung der Anhänger von Verhandlungen von der Position der Stärke aus — keiner militaristischen "Trümpfe". Not tun dagegen guter Wille und die Bereitschaft zur Waffenbegrenzung und -reduzierung. Und auch das ist noch zu wenig, es bedarf vor allem eines Abrüstungsprogramms.

Die UdSSR hat ein solches Programm: Es ist radikal, beinhaltet die vollständige und allgemeine Abrüstung, was selbstverständlich Teilmaßnahmen auf dem Wege zu einer weniger gefährlichen Welt nicht ausschließt. Hat die andere Seite ein solches Programm?

Die UdSSR bewies durch Taten ihre Bereitschaft, praktische Maßnahmen zur Begrenzung und Reduzierung der Rüstungen zu ergreifen. Auf ihre Initiative wurden ja die meisten internationalen Abkommen in diesem Bereich geschlossen. Es gibt keinen anderen Staat, der so viele konstruktive Ideen, Projekte und Vorschläge zur Senkung des militärischen Konfrontationsstandes vorgelegt hätte wie die UdSSR. Keine einzige der anderen Kernwaffenmächte hat sich feierlich und verpflichtend bereit erklärt, auf den nuklearen Erstschlag zu verzichten. Das tat nur die UdSSR. Sie übernahm auch eine andere Verpflichtung: niemals Kernwaffen gegen Staaten einzusetzen, die auf die Produktion und den Erwerb solcher Waffen verzichten und sie nicht auf ihrem Territorium haben. Wiederholt ergriff die UdSSR auch unilaterale Maßnahmen und reduzierte ihre Streitkräfte — ohne daß ihrem Beispiel vom Westen gefolgt worden wäre.

Es war nicht die UdSSR, die in all den Nachkriegsjahren im Wettrüsten führte. Nicht sie ergriff und ergreift die Initiative zur Entwicklung neuer Waffensysteme. Nicht sie trägt die Schuld und Verantwortung für immer neue Runden und Richtungen im Wettrüsten. Sie erwiderte jede Herausforderung, hat aber selbst niemanden je militaristisch provoziert.

Moskau hätte andere Gegenmaßnahmen vorgezogen als diejenigen, die es treffen mußte, um eine Störung der europäischen und globalen strategischen Parität als Folge der "Nachrüstung" der NATO mit nuklearen Raketen zu verhindern. Moskau hätte jene Gegenmaßnahmen vorgezogen, von denen Konstantin Tschernenko in Moskau bei seinem Gespräch mit Neil Kinnock, Vorsitzender der britischen Labour Party, sprach.

Wie man weiß, sieht das Programm dieser Partei im Bereich der Verteidigung und Sicherheit die Schaffung eines Verteidigungssystems auf nichtnuklearer Grundlage vor, wobei alle Kernwaffen vom britischen Territorium zu entfernen sind. Könnte dieses Programm realisiert werden, so würde sich die UdSSR verpflichten, gegen Großbritannien keine Kernwaffen einzusetzen, und wäre bereit, eine Anzahl der Mittelstreckenraketen in ihrem europäischen Teil, entsprechend der Anzahl der auf britischer Seite zu liquidierenden nuklearen Raketen, zu vernichten.

Die britischen Labours stehen nicht allein da, wenn es um die Suche nach einem zuverlässigeren Sicherheitsmodell als jetzt geht. Man denkt daran auch in Australien, wo eine Partei für nukleare Abrüstung entstanden und mittlerweile erstarkt ist, in Neuseeland, wo beschlossen wurde, die Häfen für US-Schiffe mit Kernwaffen an Bord zu sperren, und in vielen anderen Ländern. In den NATO-Staaten wird darüber diskutiert, wie man "die Kernwaffenabhängigkeit schwächt". Wer die Wege zu einer solchen Abschwächung, zur Verminderung und Beseitigung der nuklearen Kriegsgefahr sucht, kann nicht nur mit dem Verständnis, sondern auch mit realer Hilfe der UdSSR rechnen.

In den USA befürchtet man, die neuen Verhandlungen mit der UdSSR könnten für das militärische NATO-Potential abträglich sein, und die Washingtoner Administration versäumt keine Gelegenheit, die Westeuropäer wegen ihres "ungenügenden Beitrags zur Verteidigung" des Blocks zu monieren. Indem Washington Verhandlungen mit der UdSSR über einen Abbau der Rüstungen aufnimmt, verlangt es von der NATO ihre Aufstockung. Ein Widerspruch? Ein Paradox? Freilich, aber nicht für die Anhänger einer "Neuaufrüstung Amerikas", bei denen auch nicht ein Schatten von Zweifel aufkommt. Sie spekulieren auf die Vereinbarung über die Verhandlungen, um den neuen aufgebrauchten Militäretat und neue militaristische Programme durch den Kongreß sowie aggressive Konzeptionen, etwa den Rogers-Plan, und umfangreiche Projekte zur Beschleunigung des Wettrüstens durch die NATO-Organen durchzupeitschen.

All das sei notwendig, meint der führende NATO-Staat, um die "Position der Stärke" zu sichern und zu den Verhandlungen mit der UdSSR Trümpfe zu sammeln. Von den Partnern wird viel verlangt. Wo bleibt da die Gegenseitigkeit? Die Bündnispartner hatten voller

Ungeduld darauf gewartet, daß Außenminister Shultz sie auf der im Dezember abgehaltenen NATO-Ratstagung in Brüssel in die Geheimnisse der US-Strategie bei den bevorstehenden Genfer Verhandlungen einweihe. Nichts dergleichen. Es steht nicht fest, ob Shultz das wirklich nicht konnte oder einfach nicht wollte, als er sich darauf hinausredete, der Aktionsplan sei noch nicht ausformuliert. Er teilte ihnen grosso modo nur das mit, was sie schon wußten bzw. ahnen oder annehmen konnten. Schließlich sahen sie sich gezwungen, etwas gutzuheißen, wovon sie nicht einmal eine klare Vorstellung hatten. Die Vertreter der Niederlande und Belgiens mußten sogar erneute Vorhaltungen der Abgesandten Washingtons über sich ergehen lassen: Der Aufschub des endgültigen Beschlusses über die Stationierung oder Nichtstationierung der nuklearen US-Raketen werde die Position der USA, ja des ganzen Westens bei den Verhandlungen mit Moskau schwächen. So verrät man in Washington seine Angst davor, daß diese Verhandlungen die Westeuropäer und ihre Antiraketenbewegung dazu ermuntern werden, ihre Forderungen nach der Einstellung oder wenigstens Aussetzung der Stationierung, nach dem Einfrieren der Militärausgaben und dem Abbremsen des Wettrüstens zu verstärken.

Das Leben selbst, die harten Gegebenheiten des nuklearen Zeitalters fordern, daß Ost und West in den Schlüsselfragen von Krieg und Frieden entgegenkommen. Das Bedürfnis nach Verständigung und Kooperation ist dermaßen groß und wird von den weitesten öffentlichen Kreisen dermaßen herbeigesehnt, daß selbst in den NATO-Ländern die Aufforderung zur "Sicherheitspartnerschaft" mit der UdSSR und den anderen Warschauer Vertragsstaaten gesprochen wird. Die UdSSR ist zu einer solchen Partnerschaft, und zwar mit allen Staaten, bereit. Ein neuer Beweis dafür sind die Worte, die in Moskau dem Vorsitzenden der britischen Labours gesagt wurden.

Der Weg zur Sicherheitspartnerschaft führt auch über Genf. Diesen Weg schlugen die UdSSR und die USA Anfang der 70er Jahre ein, als sie ein Abkommen über die Begrenzung und Reduzierung von Kernwaffen schlossen, ein Abkommen, das die ganze Welt begrüßte. Dieser Weg ist frei. Doch dürfen sich die neuen Verhandlungen nicht an alten Hindernissen tofrennen, von denen oben die Rede war, an den Illusionen und Dogmen, Beschlüssen und Schritten, die dazu geführt haben, daß die US-Administration ihre Versprechen gegenüber dem amerikanischen Volk, "mit der Reduzierung von Kernwaffen zu beginnen", durch nichts untermauern kann. Nur strikte Einhaltung des bei beliebigen Verhandlungen fundamentalen Prinzips der Gleichheit und der gleichen Sicherheit, der Verzicht auf Versuche, für sich einseitige Vorteile zu erhandeln oder die Debatten als spanische Wand für weitere militaristische Vorbereitungen zu benutzen, können den neuen Verhandlungen einen Erfolg bringen.



# DAS PHÄNOMEN KUBA

Von unserem Sonderberichterstatfter Dmitri WOLSKI

Sonntags fliegt von Moskau nicht ein gewöhnliches Flugzeug nach Havanna ab, sondern ein Aerobus, der mit seinen Treppen und Bullaugen wie eine schmucke Jacht wirkt. Diese Maschine fliegt sanft, scheinbar ohne Eile dahin. Es gibt zwei Zwischenlandungen — in dem noch im Dezember grünen Irland und einem schneeerwehten Neufundland, wo Andenken aus Walroßbein offeriert werden —, und nach weiteren 4 Stunden betritt man den glühenden Asphalt des Flughafens "Jose Marti". Ja, die Welt schrumpft zusammen, ist aber bei weitem nicht so gemühtlich, wie das während eines solchen sonntäglichen Lustflugs scheinen könnte. Irgendwo tief unten ragen die "Euroraketen" empor, liegt das amerikanisch-kanadische strategische NORAD-System, und Kampfschiffe durchfurchen die Karibik.

Die Welt ist nicht nur kleiner, sie ist auch sehr verwundbar geworden. Selbst Ländern, die viel größer und industriell viel weiter sind als das von den USA lange Jahre beinahe kolonial beherrschte Kuba, fällt es nicht leicht, in dieser Welt einen würdigen Platz zu finden. Das neue Kuba hat ihn gefunden.

Wahrscheinlich war ihm auch in Washingtons Modellen der Welt ein bestimmter Platz zugedacht. Noch heute verraten die Hotels, Kabarets und einstigen Casinos, die, wie hier erzählt wird, nicht ohne Dazutun der US-Mafia entstanden waren, Spuren eines präventösen Luxus, und zwar mit europäischem Einschlag. Die amerikanischen Globetrotter hatten für so etwas eine Schwäche. Riesige nostalgische Spiegel in verschnörkelten vergoldeten Rahmen, Bronzelampen, Stuckarbeit an den Wänden: All das war auf einen bestimmten Geschmack orientiert und verfolgte ein bestimmtes Ziel: Kuba mit seinem ewig warmen Meer, seinem Sandstrand, seinen exotischen Palmen und ebenso exotischen Mulattinnen in einen Ort der Unterhaltung und des gedankenlosen Amüsements für sehr reiche und nicht ganz so reiche, aber gestrebte Amerikaner zu verwandeln.

Vielleicht hätte das einer gewissen Schicht der Kubaner den Lebensunterhalt gesichert, besonders in Verbindung mit Zucker, dessen Export damals von niemandem blockiert und dessen Preis von niemandem heruntergedrückt wurde. Allerdings verankerte eine solche Rolle die halbkoloniale Abhängigkeit Kubas und die Einseitigkeit seiner Wirtschaft. Mehr noch, sie verstärkte unweigerlich die soziale Polarisierung, vor allem aber

kränkte sie das Volk in seiner nationalen Würde, ein Volk, dessen freiheitsliebende Traditionen, die noch im Kampf gegen die spanische Krone geschmiedet worden waren, es nicht erlaubten, die von Washington aufgezwungene sklavische Rolle zu dulden.

## Die "I"-Tüpfelchen

Vor 26 Jahren, am 1. Januar 1959, setzte der Sieg der Volksrevolution unter Fidel Castro das Tüpfelchen auf jedes i. Noch einige Jahre später entschied sich Kuba endgültig für den Sozialismus. Es ist wirklich ein Phänomen, dieses Kuba mit seinen 10 Millionen Einwohnern und ohne besondere Naturreichtümer, das trotzdem seit mehr als einem Vierteljahrhundert die Aufmerksamkeit von Hunderten Millionen auf sich lenkt. Offenbar damit erklärt sich, daß allein in Havanna ständig über 90 ausländische Korrespondenten akkreditiert sind. Kubas Kurs beeinflusst die gesamte internationale Situation. Er ist heute ein wichtiger Faktor der Weltpolitik, auf den Willen des kubanischen Volkes müssen heute auch seine Feinde Rücksicht nehmen. Es können nicht alle das revolutionäre Kuba mögen, aber alle achten es.

"Kuba ist ein ernstes Problem", sagt der US-Verteidigungsminister. Selbstverständlich ist es eins — für die Imperialisten. Was haben sie alles gegen das revolutionäre Kuba unternommen,

und alles kehrte sich gegen sie selbst. Was bewirkte, sagen wir, die von Washington verhängte wirtschaftliche und politische Blockade? Gewiß, eine Warenverknappung, gewisse wirtschaftliche Schwierigkeiten, aber auch ein Arbeitselan, der im halbkolonialen Land undenkbar gewesen wäre. Sie führte zum Abbruch der Beziehungen washingtonhöriger latein-amerikanischer Regimes zu Havanna, aber auch zu einem raschen Wachstum des Prestiges des mutigen Kuba in Lateinamerika und in der weiten Welt. Im Zentrum Havannas und in seinen Straßen sieht man häufig Teilnehmer von internationalen Konferenzen, Symposien und Ausstellungen. Beratung der Justizminister der sozialistischen Länder, internationale Treffen von Kinderärzten und Bildberichterstatftern, die Ausstellungen der CSSR und Argentiniens — diese Liste ließe sich mühselos fortsetzen. Mit besonderem Stolz erinnern die Kubaner daran, daß im November in ihrer Hauptstadt eine turnusmäßige RGW-Tagung unter Teilnahme vieler Regierungschefs der Mitgliedsländer stattfand. Außerdem war Kuba mehrere Jahre der Koordinator der Bewegung der Nichtpaktgebundenen. Auch jetzt spielt es darin eine wichtige Rolle.

Als ich die kühle Halle des sachlichen Gebäudes des Außenministeriums betrat, mußte ich beiseite treten: Am Haus fuhr eine Limousine mit einem Minister eines der afrikanischen "Frontstaaten" vor. Der Gast und seine Begleiter hatten einen feierlichen, aber etwas besorgten Gesichtsausdruck. Das war zu verstehen — angesichts der politischen, militärischen, vor allem aber moralischen Autorität, die der internationalistische Kurs Kubas im Süden Afrikas hat.

"Worin sehen Sie die Ursachen für Kubas hohes internationales Ansehen?" frage ich den Ersten Stellvertreter des Außenministers, Jose Viera, der so lie-

Kubas Jugend

Fotos: TASS





benswürdig war, mir ein Interview zuzusagen.

"Kuba ist das erste sozialistische Land der westlichen Hemisphäre, und das ist schon an sich bemerkenswert. Die Wahl, die Kuba getroffen hat, löst bei den USA stets eine feindselige Reaktion aus", sagt Jose Viera. "Seit einem Vierteljahrhundert steuert Washington einen aggressiven Kurs gegenüber unserem Land. Alle Formen von Aggression wurden benutzt, um dem kubanischen Volk die Souveränität streitig zu machen und es am sozialistischen Aufbau zu stören. Das wäre ad eins. Das andere sind die großen Erfolge in der sozialökonomischen Entwicklung, der steigende Lebensstandard, die immer bessere Lebensqualität. Die Kombination dieser zwei Faktoren hat hochgradig Kubas wichtige internationale Rolle bedingt. Beim Schutz der friedlichen Zukunft und der Unabhängigkeit der Völker Zentralamerikas und der Karibik kommt es jetzt darauf an, eine friedliche Lösung für die politischen Probleme zu finden, und zwar auf dem Verhandlungswege. Wir unterstützen die Bemühungen der Contadora-Gruppe. Kuba ist für konstruktive Verhandlungen über Fragen, die die Situation in El Salvador und Nikaragua betreffen. Was den Süden Afrikas angeht, so unterstützt Kuba die Vorschläge aus dem Schreiben des angolanischen Präsidenten dos Santos an die UNO. Sie gründen sich auf die bekannte Resolution 435 des UNO-Sicherheitsrates über Namibias Unabhängigkeit, die den Abzug der RSA-Truppen aus Angola und Namibia vorsieht. Die RSA muß sich verpflichten, Angolas Unabhängigkeit und territoriale Integrität zu respektieren. Die RSA und die USA müssen die Hilfe für die konterrevolutionären Banden in Angola einstellen. All das würde Bedingungen herbeiführen, unter denen es möglich wäre, die kubanischen internationalistischen Truppen aus Angola abzuziehen."

Zum bevorstehenden 25. Jahrestag der diplomatischen Beziehungen zwischen der UdSSR und Kuba sagt Jose Viera:

"Die kubanische Außenpolitik gründet sich auf die brüderlichen Beziehungen zur UdSSR. Sie sind beispielgebend für Beziehungen zwischen einem kleinen Land und einer Großmacht. Die UdSSR war in schweren Zeiten und auch in Zeiten des Erfolgs auf Kubas Seite. Sie hilft uns in allen Wirtschaftszweigen."

## Die Quellen der Freundschaft

An der Wiege der sowjetisch-kubanischen Freundschaft standen hervorragende Persönlichkeiten. Dem Bericht eines von ihnen, des im ganzen Land bekannten Severo Aguirre del Cristo, der gegenwärtig der Kubanischen Bewegung für Frieden und Souveränität der Völker vorsteht, lauschte ich im Empfangszimmer dieser auf Kuba populären Massenorganisation.

"Raten Sie mal, wann ich das erste Mal in der UdSSR war! Im Jahre 1933!" erzählt Severo Aguirre. "Ich war damals 19 und

hatte ein 'Mandat' mit dem Gesuch, den kubanischen kommunistischen Jugendverband in die Kommunistische Jugendinternationale aufzunehmen. Im Jahre 1934 war ich erneut in Moskau und wurde ins Exekutivkomitee der KJL gewählt. Die UdSSR beeindruckte mich tief, besonders der Optimismus ihres Volkes."

Das Land machte unsägliche Schwierigkeiten durch, aber der Wille seines Volkes, den Sozialismus aufzubauen, war unerschütterlich", setzt Severo Aguirre fort. Auch er trug zu diesem Werk bei, als er beim Bau der ersten Strecke der Moskauer Metro freiwillige Einsätze leistete. "Natürlich hätte ich damals nicht ahnen können, daß ich vier Jahrzehnte später wieder nach Moskau komme, und dies in einer hohen und ehrenvollen Mission, schon als Botschafter des freien Kuba. Diesmal beeindruckte mich die UdSSR durch ihren Fortschritt. Das tut sie auch jetzt..."

Die Menschen der jungen Generation wundern sich nicht, die Errungenschaften der UdSSR sind für sie selbstverständlich. Ebenso wie die sowjetisch-kubanische Zusammenarbeit, wovon ich mich schon bei den im wahrsten Sinne des Wortes ersten Schritten in der Republik überzeugen konnte. Die junge dunkelhäutige Zollbeamtin konnte es nicht fassen, daß ein Ankömmling aus Moskau kein "Spezialist" war und zu keinem Unternehmen oder Bauvorhaben wollte. Das war kein Zufall. Jose Viera hatte recht: Im Grunde gibt es auf Kuba keinen einzigen Wirtschaftszweig, in dem die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder keine Hilfe erwiesen hätten. Die große Entfernung, der Klimawechsel, die Spezifik des jeweiligen Landes — all das kann natürlich Probleme schaffen, aber sie werden stets konstruktiv gelöst. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit unserer beiden Länder ist ein Thema für sich. Hier sei nur soviel gesagt, daß es sowjetische Erzeugnisse gibt, für die die Kubaner eine besondere Vorliebe haben. Auf den kubanischen Land- und Stadtstraßen verdrängen die Moskvich- und Lada-Wagen, darunter private, allmählich die scheppernden, mehr schlecht als recht zusammengeschweißten Fords und Chevrolets aus den 50er Jahren. Seinerzeit hatten ihre früheren Besitzer, die es bei ihrer Flucht in die USA nicht eilig genug haben konnten, diese Wagen für ein Butterbrot abgestoßen oder einfach dagelassen. Die verrosteten Metallfiguren an den Kühlern der uralten Klapperkisten setzen der Zeit der Washingtoner Herrschaft ein eigenes Monument.

Ein weiteres aus der Reihe solcher Monumente ist ein Riesenhaus, das im Kurort Varadero den DuPonts gehörte. Der mit Ebenholz getäfelte Palast stand fast immer leer, nur selten mal stellte sich jemand von den DuPonts hier ein. Nunmehr steht er allen offen, diesem Erbe gegenüber bezeugte die Volksmacht keine übermäßige Pietät. Ein weit bescheideneres Haus eines anderen Amerikaners aber, die so oft geschilderte Casa Hemingway bei Havanna, ist heute ein

liebvoll gepflegtes Museum. Eifrig restaurieren die kubanischen Museumsmitarbeiter die Bücher, die der berühmte Schriftsteller einst las, seine Gewehre und ich glaube sogar die Flaschen, aus denen er bei der Zubereitung eines Daiquiri Rum schöpfte. Jetzt ist dieser Cocktail eine Spezialität der altherwürdigen Florida-Bar, zu deren Stammkundschaft Hemingway gehörte. Das erste, was man hier sieht, sobald sich die Augen an das schummrige Licht gewöhnen, ist eine Büste des Schriftstellers über seinem Lieblingsplatz an der Theke. Große alte Plakate mit der Aufschrift "Papa Hemingway" und andere dem Gedenken des Schriftstellers gewidmete Raritäten schmücken viele öffentliche Einrichtungen.

Der hervorragende Amerikaner liebte Kuba, und Kuba antwortete ihm mit rührender Anhänglichkeit. Die Kubaner sind überhaupt sehr impulsiv und aufgeschlossen, besonders wenn man ihnen mit einem offenen Herzen entgegentritt. Die Revolution machte es möglich, die besten Eigenschaften des nationalen Charakters aufzuzeigen und Probleme zu vermeiden, die sich unter anderen Umständen gefährlich auswachsen könnten.

Ein Beispiel. Die Rassenurteile waren, wie mir die hiesigen Freunde erzählten, dem kubanischen Volk stets fremd. Die Kreolen (in den lateinamerikanischen Kolonien geborene Spanier), die Nachkommen der hierher verkauften Negerklaven, der Chinesen und hiesigen Indianer lebten friedlich nebeneinander. Nicht von ungefähr gibt es im Lande so viele Mulatten und so wenig "rassereine" Einwohner. Unter der US-Vorherrschaft wurde auch der Rassismus auf die Insel eingeschleppt. Die US-Besitzer einiger Firmen und Banken verweigerten Menschen mit dunkler Haut die Einstellung, die örtliche Bourgeoisie ahmte das nach, es entstanden Klubs "Nur für Weiße". Selbst der Diktator Batista, der bekanntlich Mulatte war, wurde in einen solcher Klubs nicht aufgenommen, wenn er sich auch später die Mitgliedschaft in einem anderen kaufte. Aber gegen die Diktatur kämpften die Menschen unabhängig von der Hautfarbe Schulter an Schulter, und die Revolution brachte allen die Befreiung. Heute sieht man Schwarze und Weiße nebeneinander, und das nicht nur an der Werkzeugmaschine in der Fabrik oder am Schreibtisch im Amt, sondern auch im Freundeskreis, auf der Straße, auf dem Gelände des berühmten Kais von Havanna, dem Treff verliebter Pärchen.

Das Rassenproblem ist auf Kuba im Abnehmen, ohne daß es sich richtig eingewurzelt hätte. Der sozialistische Weg schuf Bedingungen für die volle Gleichberechtigung aller Menschen. Ist das nicht ein Beispiel für viele Staaten, darunter für solche, die Kuba zu belehren versuchen? Erhöht das nicht seine Autorität?

Nach einem Besuch auf Kuba versteht





In Havanna

man, daß diese Autorität u. a. auf seine Errungenschaften im sozialökonomischen Bereich zurückgeht, der für die lateinamerikanischen, ja für alle Entwicklungsländer so relevant ist. Das Land hat seine Schwierigkeiten, sie werden keineswegs verheimlicht: In den Geschäften sind die Regale bei weitem nicht immer überfüllt, die Rationen bei einigen Waren recht bescheiden, wenn man auch vieles im Konsum kaufen kann. Wichtiger ist etwas anderes, wichtiger sind Fakten, die niemand bestreiten kann. Während das Bruttosozialprodukt in anderen lateinamerikanischen Ländern pro Kopf der Bevölkerung sinkt, die Arbeitslosigkeit bedrohlich anwächst und die Schulden nie dagewesene Ausmaße annehmen, kennt Kuba nichts von diesen Unbilden. Hier trifft man keine obdachlosen alten Leute, keine Kinder mit Schubbürsten in den Händen. Dagegen sieht man bunte Kinderspielflächen und Sportanlagen, sie schmücken viele Stadtviertel, nicht unbedeutend die schönsten. Mädchen und Jungen in schmucker gelbweißer Uniform mit Pionierhalstüchern — das ist hier der wirklich privilegierte Stand.

Die Kindersterblichkeit, diese Geißel der dritten Welt, ist jäh gesunken. In den Jahren vor der Revolution starben auf Kuba mehr als 70 Säuglinge von 1000. Schon im ersten Jahrzehnt nach der Revolution konnte diese Kennziffer auf 47–48 und bis September 1984 auf 14–15 gesenkt werden. Kuba gehört fest zu den 25 Ländern mit der niedrigsten Kindersterblichkeit.

Hier kennt man viele Kinderkrankheiten wie Diphtherie oder Poliomyelitis seit langem nicht mehr. Auch viele "erwachsene" Erkrankungen gefährden die Menschen nicht so stark wie einst. Die durchschnittliche Lebenserwartung liegt schon bei über 73 Jahren. Auf der Insel sind 20 500 Ärzte tätig, aber die Behörden meinen, daß es zu wenig ist, und bis Ende unseres Jahrhunderts soll ihre Zahl mehr

als verdreifacht werden, wobei das Augenmerk besonders den entlegenen Gebieten gilt. Selbstverständlich sehen alle ein, daß die Entwicklung von Zweigen, die den Alltag jedes Menschen angehen — Gesundheitsschutz, Bildungswesen — nicht vom allgemeinen Aufschwung der Wirtschaft, insbesondere von ihrer Diversifikation zu trennen sind. Nicht minder offensichtlich ist auch, daß dazu vor allem ein dauerhafter Frieden nötig ist.

### Verteidigungsbereit

"Vor der Revolution wurde der Friedenskampf auf Kuba rücksichtslos verfolgt, dennoch versammelten wir uns in Vororten und Privatwohnungen", erinnert sich Severo Aguirre. "Und heute! Schauen Sie sich die schönen Räume unserer Organisation an, und Sie verstehen, welche große Möglichkeiten uns zur Verfügung stehen. Aus dem Ausland hören wir freilich die Vorwürfe: Ihr werdet ja vom Partei- und Staatsapparat kontrolliert. Geht es aber darum? Die Kommunistische Partei und die Regierung Kubas betreiben eine Politik des Friedens, und unsere Verfassung verbietet die Kriegspropaganda. Als Teil des Volkes unterstützen wir natürlich einen Kurs, der in seinem Interesse liegt. Zugleich vergessen wir nicht, daß es gerechte und ungerechte Kriege gibt, daß der US-Imperialismus auf Kuba, bei Playa Giron, eine seiner ersten Niederlagen einstecken mußte und daß die kubanische Revolution zu jenen gehört, die sich zu verteidigen wissen." Kuba hat Errungenschaften, die es verteidigen kann — und leider muß. Der ständige Druck, den der US-Imperialismus auf Kuba ausübt, ist in den verschiedensten Bereichen, vom ideologischen bis zum militärischen, deutlich zu spüren. Deswegen bleibt die Freiheitsinsel wachsam.

In der Nachrichtenagentur Prensa Latina sagte man mir: "Kubas wichtige Waffe ist die Wahrheit." Schon seit einem Vierteljahrhundert verbreitet sie die wahrheitsgetreue Information über die Lage in Lateinamerika und hilft so, das Medienmonopol der USA zu brechen. In letzter Zeit hat Prensa Latina ein noch weiteres Wirkungsfeld erhalten, sie unterhält 37 Filialen und Korrespondenten in der ganzen Welt.

Der Generaldirektor Pedro Margolles sagte mir: "Unsere Nachrichtenagentur ist kein Propaganda-, sondern ein Informationsdienst, und wir wollen, daß die Völker, vor allem in der dritten Welt, objektive Informationen in ihrer wahren, ursprünglichen Form bekommen und nicht präpariert und sinnentstellend. Auf diese Weise klären wir die Lateinamerikaner seit vielen Jahren über das Geschehen im Süden Afrikas auf."

Einer der Stellvertreter des Generaldirektors präzisiert: "Einem beträchtlichen Teil der lateinamerikanischen Öffentlichkeit wurde z. B. die propagandistische Lesart von den kubanischen Internationalisten in Angola als von

'sowjetischen Söldnern' serviert. Ich glaube, Prensa Latina hat es geschafft, die Öffentlichkeit in dieser Frage in hohem Maße umzustimmen."

"Das ließe sich auch auf die Beleuchtung der Lage in Äthiopien beziehen", setzt Margolles fort. "Und selbstverständlich bemühen wir uns, die Ziele der US-Politik in Mittelamerika und den wahren Charakter der US-Aggression gegen Grenada aufzuzeigen."

Mehr als ein Jahr ist seit dieser Aggression vergangen, die Kubaner sprechen von ihr aber, als wäre sie erst gestern verübt worden. Nicht nur, weil sie den Mut einer kleinen Gruppe ihrer Landsleute aus dem Bautrupps ehren, die im kritischen Augenblick den Interventionen tapfer entgegentraten. Noch mehr Beachtung findet hier ein anderer Aspekt der Angelegenheit. Washington demonstrierte anschaulich den abenteuerlichen Charakter seiner Politik im karibischen Becken, die letztendlich vor allem gegen Kuba gerichtet ist. Im Pentagon werden ostentativ diverse Projekte einer "Neutralisierung" Kubas ausgeheckt, wobei darunter alles mögliche gemeint werden kann, von einer Blockade über Bombenangriffe bis hin zu einer direkten Intervention.

Es ist also pure Heuchelei, wenn gewisse ausländische Beobachter erstaunt fragen, wieso sich die Kubaner so sehr um ihre Verteidigung kümmern. Leider ist das eine harte Notwendigkeit, und das Volk sieht sie ein. Wenn an einem ruhigen Sonntag Frauen am sonnenüberfluteten Strand eines Kurorts Sandsäcke aufstürmen, während ihre Männer und Brüder in einiger Entfernung Waffen studieren und während Kampfflugzeuge am blauen Himmel dahinziehen, ist das etwas mehr als die psychologische Vorbereitung der Bevölkerung. Das ist ein Teil der Maßnahmen, die Kuba gemäß Fidel Castros Aufruf in eine uneinnehmbare Festung verwandeln müssen. Damit die Imperialisten eine Kraftprobe dort nicht erst wagen.

Was ist also der Ursprung des Phänomens Kuba? Es sind jene Erfolge, die Kuba auf dem sozialistischen Entwicklungsweg mit Unterstützung seitens der sozialistischen Länder erzielt hat; die Treue des kubanischen Volkes zu den Prinzipien des Internationalismus, die uneigennützigste Hilfe für die Kämpfer gegen die Unterdrückung, schließlich die Wahrheit, die dieses Volk in Wort und Tat behauptet. Es ist ferner die Fähigkeit, die Schwierigkeiten nicht zu verkleistern und Fehler zu korrigieren; die friedliebende, konstruktive Politik und die Entschlossenheit, das Recht auf Frieden mit der Waffe in der Hand zu verteidigen. Ist das wirklich ein Phänomen? Die Völker, die ebenso wie Kuba auf eine koloniale Vergangenheit zurückblicken, haben schon Gründe, Kuba als Vorbild zu betrachten — trotz des Umstands, daß das Leben der Kubaner nicht gar so wolkenlos ist wie der Himmel über ihnen.

Moskau—Havanna, im Dezember



## ENTEN SIND TRUMPF

Die "Washington Post" brachte am 12. Dezember einen umfangreichen Beitrag von Robert Gates, dem Vorsitzenden des Aufklärungsdirektorats der CIA und dem stellvertretenden CIA-Direktor für Aufklärungsangaben. Darin lobt er die Informationen des Washingtoner Hauptgeheim-

zufällig jetzt erschienen. Er ist noch ein Versuch der CIA, den Skandal herunterzuspielen, zu dem es unlängst in Washington nach dem Rücktritt David MacMichaels und John Hortons, verantwortlicher Beamter dieses Direktorats (über den letzteren s. Heft 42/84), gekommen ist. Beide haben ihre Posten aufgegeben, weil sie von ihrem Vorgesetzten gezwungen wurden, ihre Berichte so zu ändern, daß eingegangene Aufklärungsmeldungen unter den Tisch fielen. Die Beschuldigungen der beiden veranlaßten die "New York Times" zu der Feststellung, daß die Behauptungen CIA-Chef Caseys unhaltbar seien, die Beurteilungen der Aufklärungsorgane krankten weder an politischer Mache, noch sind sie tendenziös.

Der Herr hat sich ja noch gelinde ausgedrückt! Wie sich die Öffentlichkeit der USA und der Welt wiederholt überzeugen mußte, sind die Berichte der CIA nicht bloß tendenziös, sondern gröblichste Desinformationen.

Die Desinformationen beruhen auf der Absicht, erhaltene Aufklärungsmeldungen nach der bereits bekannten Meinung des Regierungschefs umzuformen, um sie ihm mundgerecht zu machen. Andernfalls haben die Leiter der CIA von höchster Stelle ein Donnerwetter zu gewärtigen. So leitete die CIA dem Präsidenten

im Frühjahr 1983 einen Bericht darüber zu, daß die UdSSR fähig ist, ihren Bedarf an Nahrungsmitteln, Industrieerzeugnissen und Know-how nicht schlechter als jedes beliebige westliche Land, vielleicht sogar besser selbst zu decken. Die Obrigkeit legte den analytischen Bericht unter den Teppich.

Seitdem soll Casey es nicht mehr wagen, Schriftstücke mit derartigen Offenbarungen nach oben zu schicken. Die Desinformation ist ein Götz, der jetzt in Washingtons Obergeschossen angebetet wird.

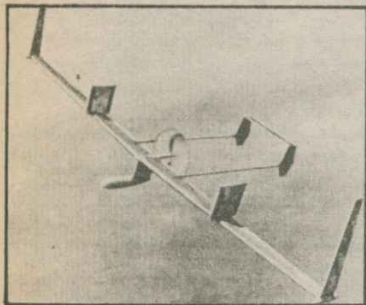
V. TSCHERNOW

## DIE SICHTUNG

Alle Mann an Bord! Im Is-U-Boot gesichtet worden! Da-  
varzeitung, störte die Ruhe d-  
Anfall der Sichtungskrankheit  
lange zusetzte und jetzt auf-

Die Symptome gleichen sich.  
das Sehrohr eines U-Boots ges-  
damit! Es ist sowjetisch!".  
Fregatte, Patrouillenboote und  
die Jagd. Sie suchten drei Ta-

"Es wird konstatiert, daß sic-  
wasserobjekt befindet", erklä-  
der dänischen Marine. Es n-  
sowjetisches U-Boot — weder



So ein "ewiges" Spionageflugzeug, das mit Sonnenenergie angetrieben wird, planen die USA in den 90er Jahren für Spionagezwecke zu verwenden.

Foto aus:  
"Der Stern" (BRD)

dienstes, die dem Präsidenten und den Regierungsmitgliedern zugeleitet werden, über den grünen Klee. Sie seien absolut genau und so weit wie überhaupt möglich objektiv.

Der Beitrag von Gates ist nicht

## "EUROPA" FÜR ASIEN

Der Sender "Freies Europa" wurde ursprünglich für Wahlpropaganda gegen die sozialistischen Länder, für deren "Aufweichung" "Losrennung" vom Kommunismus ins Leben gerufen. Da aber weder eine noch das andere gelingt, beschlossen die USA, den Sender in Asien auszuprobieren. Jetzt meldet die Wochenschrift "Viewpoint" (Pakistan) demnächst werde eine Zweigstelle des mit der CIA verbundenen Senders in Islamabad eröffnet, er werde für Afghanistan senden. Wochenschrift "Blitz" (Bombay) vermutet allerdings, daß das "Freie Europa" und die "Stimme Amerikas" jetzt auch Indien auf Korn nehmen werden.

Wie dem auch sei, den Pakistanern verspricht die Nachbarschaft "Freies Europas" nichts Gutes. "Die Erlaubnis an einen beliebigen Sender von uns aus Rundfunkprogramme auszustrahlen, ist nichts anderes als Überlassung von Stützpunkten für eine ideologische Aggression", schreibt die "Viewpoint".

Und weiter: "Solche Stützpunkte sind nicht minder wichtig als militärischen. Mit diesem Beschluß hat die Regierung Pakistans die Souveränität kompromittiert und den Status eines nichtpaktgebundenen Staates verletzt. Und das alles für lächerliche 3,2 Md. Dollar." Der Präsident zufolge ist Islamabad bereit, den USA für die gleiche Summe militärische Stützpunkte zu überlassen.

J. LW

## AMERIKA NICHT ABSCHAFFEN!

Falls es dem Weißen Haus wirklich um die Wahrung der Lebensinteressen der USA zu tun ist, wird der Zeichner der "International Herald Tribune" demnächst einen ganz hohen Regierungsposten bekommen. Vielleicht wird er auch Vertreter der USA bei der UNO werden, wenn er eigentlich noch Besseres verdient hätte.

Hier eine seiner Zeichnungen: ein Globus, unser aller Erdball, bloß ohne Inseln und Ozeane und folglich auch ohne alle Staaten außer den USA. Der werte Leser wird mir recht geben, wenn ich sage, daß da sämtliche außenpolitische Probleme der USA ebenso einfach wie rationell, endgül-

tig und genial gelöst worden sind. Nun ist man aller Sorgen ledig.

Nun brauchte man nicht mehr mit dem Kopf gegen die Wand der konservativen Kongreßleute zu rennen, um von ihnen Mittel für eine "Neutralisierung" und eine Wiederherstellung des alten Regimes in Nikaragua zu bekommen, denn Nikaragua wäre ja wegskamotiert; brauchte man nicht mehr die NATO-Partner zu überreden, immer größere Summen für die Waffenproduktion herzugeben, denn es gäbe ja keine NATO-Partner mehr; brauchte man, um die für die USA lebenswichtigen Interessen Israels in den besetzten arabischen Gebieten zu wahren,

nicht mehr Flugzeugträger ins Mittelmeer zu schicken, denn das Meer, Israel und die arabischen Lande wären verschwunden; brauchte man den Familien der durch die verbrecherische Nachlässigkeit im amerikanischen Chemiewerk in Indien ums Leben gekommenen nichts mehr zu zahlen, es gäbe ja kein Indien mehr; brauchte man den Import japanischer Autos in den USA nicht mehr zu beschränken, denn Japan hätte sich in Luft aufgelöst; brauchte man in Pakistan keine Banditen zu drillen und zu bewaffnen, um sie nach Afghanistan zu schicken, weil man so ein Land auf dem Globus vergeblich suchen würde...



Man braucht Menschheit, die abgeschafft worden erklären, wie sie brauchte man nicht



## SKRANKHEIT

... ist ein sowjetisches Mini-  
"Ekstra Bladet", eine Boule-  
Dänen mit einem neuerlichen  
ie den Schweden ziemlich  
änemark übergriffen hat.  
r Anfall kam so: "Jemand hat  
et." Das Blatt zeterte: "Weg  
gingen Minensucher, eine  
bschrauber der Marine auf  
Und?

... lse-Fjord kein Unter-  
das Operationskommando  
e so kommen, denn kein  
i noch maxi noch midi — war

in dänischen Gewässern, und das weder im Dezember noch im Juli, als Dänemark zum ersten Mal einen Anfall der Sichtungskrankheit hatte. Damals hatte ihn die Zeitung "Aktuelt" mit der Behauptung ausgelöst, am Meeresgrund seien Raupenspuren entdeckt worden — da mußte eine Unterwasseranlage gewesen sein! Man suchte und fand auch nichts.

Also sind in dänischen Gewässern keine U-Boote? O doch, bloß keine sowjetischen. Das geschah im Frühjahr 1984, als an einem bundesdeutschen "Simpson"-U-Boot das Schleppnetz eines dänischen Fischloggers hängen blieb und es mitsamt der Besatzung auf den Grund zog. Zufall? "Wir haben es satt, mit bundesdeutschen U-Booten Krieg zu spielen", sagen die dänischen Fischer. Die "NATO-Brüder" aus der BRD trainieren gern die Verfolgung eines "Gegners" und suchen sich dazu dänische Fischereifahrzeuge aus.

D. MAXIMOW

AM TAG VOR  
WEIHNACHTEN

In alten Zeiten glaubte man, sich vor Weihnachten vor bösen Geistern hüten zu müssen, die umgingen und unvorsichtigen Leuten schlimme Streiche spielen könnten. Der Dichter Gogol schildert sogar, wie der Teufel in der Weihnachtsnacht den Mond vom Himmel stahl, was viel Unheil anrichtete.

Heutzutage hört man nichts von Streichen des Teufels im Kosmos. Aber manchmal riecht es doch nach Höllenschwefel. So auch in der diesjährigen Woche vor Weihnachten. In Washington ist der bevorstehende Start eines Spionagesatelliten von einem Shuttle-Raumschiff aus bekanntgegeben worden. Er hat speziell militärische Bestimmung. Die US-Presse schreibt, daß der ganz dem Pentagon überlassene Raumflug die Krönung der schon 10 Jahre dauernden militärischen Umorientierung des amerikanischen Raumfahrtprogramms sein werde. Dafür hat man dem Pentagon ja auch 9 Md. Dollar im Jahr bewilligt. "Zweifelloos wird sich das Raumfahrtprogramm ändern, wird es allmählich die Wesenszüge des großen Experiments einbüßen und ein Teil der Rüstungsproduktion und des Krieges werden", konstatiert mit einem Anflug von Traurigkeit die TV-Gesellschaft NBC.

Warum hat sich "die Regierung Reagan ausgerechnet diese Woche dafür ausgesucht, die Sternenkriegspolitik wieder in Erinnerung zu bringen", sinniert die "New York Times". Rein zufällig? Offenbar nicht. Sie wollte vor Anbruch des Jahres 1985 zu verstehen geben, daß jeder Eintretende alle Hoffnung darauf fahren lassen solle, daß die USA ihre kosmischen Räuberpläne aufgeben würden.

In Übersee strengt man sich allerdings an, die Sache so hinzustellen, als geschehe alles zu friedlichen Zwecken. Wie sind dann aber die Worte und Taten des Präsidenten auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen? Hierzu schreibt die "New York Times": "Zwischen seinen Reden und Taten besteht kein Bindeglied. Obwohl ostentativ religiös, sieht er keinen Widerspruch zwischen dem weihnachtlichen Leitstern und seinem Sternenkriegsprogramm, zwischen der Politik der nuklearen Abrüstung auf Erden und seiner Absicht, das nukleare Wettrüsten auf den Kosmos auszudehnen." Da kenne sich der Teufel aus!

V. KOLTSCHIK

V. MASCHIN



## VORSICHT: EGI!

Ein aufmerksamer Fahrer das Verkehrszeichen sieht,  
bremst unbedingt, wenn er das im "Diario de Noticias"

gleichzeitig keine Kreuzzüge anzutreten und Sternenkriege zu führen.

Die Sache hat für den Urheber dieses Projekts aber einen Haken: Er würde nun nicht zum Vertreter bei der UNO gemacht werden, weil sie nur noch aus den USA bestünde. Es würde nie mehr Resolutionen geben, gegen die er sein Veto einlegen könnte. Aber das wäre nicht so schlimm, es fragt sich nur, was Washington so ganz allein machen würde. Würde es sich nicht überflüssig vorkommen?

Ich wollte schon unseren Zeichner bitten, ein Gegenprojekt, einen Globus ohne die USA, zu zeichnen. Aber dann erschrak ich, jemand könnte das als Beweis für eine angebliche sowjetische Drohung auffassen, die USA abzuschaffen.

J. USIN



der übrigen  
weil überflüssig,  
wäre, nicht zu  
en soll. Erst recht  
u verhandeln und



# DER NEWA-BRÜCKENKOPF

Dmitri CHRENKOW

Die Geschichte begann vor meinen Augen im Herbst 1941 — und das Ende dieser Geschichte berichtete mir, bereits im Winter, Konteradmiral Foti Krylow.

Newskaja Dubrowka ist ein Vorort von Leningrad. Heute ist es ein ruhiger Flecken an der Straße nach Petrokrepost, damals aber, im Oktober 1941, war die Newa aufgewühlt von ungezählten Geschossen und Granaten. Krylow und ich standen in einem tiefen Laufgraben, unweit der Übersetzstelle. Ständig mußten wir in Deckung gehen: Splitter überschütteten uns, die trotylgefüllte Luft verursachte Atembeschwerden, das Wasser wurde von Raketen erleuchtet.

Noch kein Monat war vergangen, seit die Soldaten der 115. Schützendivision von General Konkow auf in der Umgebung requirierten Booten die Newa überquerten und einen Brückenkopf an der Newskaja Dubrowka am linken Ufer eroberten, von wo aus sie den von Osten her anrückenden sowjetischen Einheiten entgegenzogen wollten. Bis zu ihnen war es gar nicht weit. Doch das faschistische Oberkommando erkannte die Bedeutung dieses Brückenkopfes ebenfalls. Der Blockadering, der gerade erst um Leningrad geschlossen worden war, hätte hier durchbrochen werden können — und, um dieses kleine Gelände zu erobern, wurden neue Einheiten eingesetzt. Harte, blutige Kämpfe wie nie zuvor entbrannten.

Ja, wie nie zuvor. Ob wir nicht zu oft in Gesprächen über den vergangenen Krieg die gleichen Worte verwenden? War ja auch dieser Krieg selbst präzedenzlos. Vier lange Jahre fieberten wir dem Sieg entgegen, ließen in Feldern und Wäldern, auf Straßen und an Übersetzstellen unzählige Gräber zurück, in denen die Mutigsten von uns ihre ewige Ruhe fanden. Wie sie uns heute fehlen, wie wir sie gestern brauchten, als das Land nach der Heilung der Kriegswunden den Weltraum erstürmte, das Neuland und die Reichtümer Sibiriens erschloß und die Baikal-Amur-Magistrale baute!

Erneut sehe ich meine Altersgenossen vor mir — die Freunde aus der Kompanie, deren Ausbildungslager sich im Juni 1941 an der Staatsgrenze bei der litauischen Kleinstadt Taurage befand. Im Morgengrauen des 22. Juni begann die Erde unter unseren Füßen zu beben, und wir, die wir noch nicht begriffen, was los war, erblickten plötzlich deutsche Panzer

vor uns. Das Heulen der Motoren übertönend, beschossen sie mit ihren MGs und Kanonen alles Leben. Wir aber, auf den Überraschungsangriff überhaupt nicht vorbereitet, wußten uns nur mit MPs und Handgranaten zu verteidigen.

Was für Prachtkerle dienten in unserer Kompanie! Semjon Tuchman, Absolvent der Moskauer Technischen Bauman-Hochschule, war ein geborener Erfinder, Wladimir Krassawin war ein vorzüglicher Schütze. Sein Freund Nikolai Schawkula war überaus geschickt. Er hatte eine finanzwirtschaftliche Hochschule absolviert, doch sein Talent zeigte er dabei, aus Zweigen Matten, mit denen wir den Erdboden in den Zelten belegten, zu flechten. Viel Gutes könnte man über fast jeden meiner Altersgenossen sagen...

Die Wehrmachtspanzer hatten sich bereits bis auf wenige Meter genähert. Jeden Augenblick könnten sie mit ihren Ketten über unsere Schützengräben rollen. Und da geschah etwas wie nie zuvor: Aus dem Schützengraben krochen nacheinander Tuchman und Schawkula. Die Panzerbesatzungen mit ihren Tanks blie-

dischen Krieger ein. Doch hat die Heimat namenlose Soldaten?

Das Geschehene zu Papier zu bringen, brauchte nicht wenig Zeit. Dort aber, an der Newskaja Dubrowka, mußte ich an alles denken, was ich an der Grenze durchgemacht hatte, und dabei verschmolzen Vergangenheit und Gegenwart untrennbar.

Diese erstaunliche Eigenschaft des Gedächtnisses stellt sich wieder ein, wenn wir erneut die langen Leidens- und Siegeswege unserer Soldaten gedanklich Revue passieren lassen und die helle Freude der gegenüber dem Vaterland erfüllten Pflicht erfahren. Sprechen wir über den vergangenen Krieg, so beginnen wir, uns erhabener, feierlicher Worte und Gefühle zu schämen, wohl meinend, sie hätten keinen Platz in einem solchen Krieg. Wie wir uns geirrt haben!

"Nimm es uns nicht übel", sagte mir Konteradmiral Krylow auf der Newskaja Dubrowka, "hier ist es wichtiger, nicht Korrespondenten, sondern Soldaten und Munition auf das linke Ufer hinüberzuschaffen."



Der Verfasser dieses Beitrags, Dmitri Chrenkow, war vom ersten Kriegstag an der Front. Er war Rotarmist, Politoffizier, Korrespondent der Armeezeitung, kämpfte an der Nord-West-, der Wolchow- und der Leningrader Front. Ausgezeichnet mit vielen Orden und Medaillen. Heute ist Dmitri Chrenkow Sekretär der Leningrader Schriftstellerorganisation und Autor vieler Bücher.

ben sozusagen verwirrt auf einer engen Lichtung stehen. Schawkula klopfte mit einem Granatenbündel an den Panzer. Man hörte, wie der Lukendeckel geöffnet wurde und der Landser aus dem Panzer herauschaute — und in diesem Augenblick wurde er von Krassawins treffsicherer Kugel getroffen. Schawkula warf sein Granatenbündel unter die Ketten des ersten Panzers. Tuchman erreichte noch den zweiten. Die Explosion ließ den Panzer quer zum Weg stehen. Doch aus den anderen Panzertürmen wurde wie wild gefeuert, wurden unsere Kameraden dahingemäht.

Eine purpurrote Sonne ging auf, als wir Tuchman und Schawkula direkt an der Grenze begruben, wobei wir es nicht einmal schafften, ihre Namen auf die hölzerne Grabplatte zu setzen. Und so gingen unsere Kameraden namenlos in die Geschichte des Großen Vaterlän-

Es tagte. Durch die Verbindungsgräben lief eine Sanitäterin.

Der Beschuß nahm etwas ab, und da sah ich auf der Newa ein Boot. Gesteuert wurde es von einem geschickten, kräftigen Ruderer, und die Sanitäterin eilte gerade auf diesen Kahn zu. Sie behielt ihn ständig im Auge. Eine Minute später machte das Boot fest, und aus ihm wurden Verwundete getragen.

"Sind dort noch viele geblieben?", fragte das Mädchen den Bootsführer. Jener schwieg. Atmete schwer. Diese Überfahrt hatte ihm schwer zu schaffen gemacht.

"Ach bitte, fahre doch noch einmal hinüber! Siehst du, es beginnt ja schon hell zu werden... Und auch ruhiger wird es sein, die Deutschen werden dann ja wohl frühstücken, nicht?"

Es war zu sehen, daß der junge Mann total erschöpft war. Jede dieser Über-





fahrten hätte durchaus auch seine letzte sein können. Außerdem waren Überfahrten bei Tageslicht untersagt, doch die Sanitäterin, die bat ihn ja so...

"Ich habe Grigori zum sechzehntenmal hinüberschickt", sagte das Mädchen leise, als wollte sie sich entschuldigen.

"Wer ist denn das, dieser Grigori?" fragte ich.

Sie hob erstaunt die Augenbrauen.

"Kennen Sie denn Chlebow nicht?"

Ich kannte andere Bootsführer — Koltschin, Sarenibajew und Iltschuk, die in einer Nacht bis zu 20 Überfahrten vom rechten auf das linke Ufer und umgekehrt schafften. Von Chlebow hörte ich zum ersten Mal.

"Grigori Chlebow?" fragte das Mädchen vorwurfsvoll zurück. "Und Sie wollen Korrespondent sein!"

Wir kamen ins Gespräch, und ich erfuhr, daß sie Anja Bystrowa hieß. Als sich der Krieg den Ufern der Newa näherte, absolvierte sie, ehemalige Werkstattschreiberin des hiesigen Papierkombinats, einen Schnellkursus für Sanitäterinnen und nahm vom ersten Tag der Kämpfe auf diesem Fußbreit Land Verwundete, die vom linken Ufer übergesetzt wurden, aus den Booten entgegen. Kaum vorstellbar, daß dieses äußerlich so zarte Mädchen nächtelang unter ständigem Beschuß ihren Dienst tut. Die Ponton- und Bootsführer wurden auch "Beauftragte der Hölle" genannt. Worte reichen nicht aus, um ihre Arbeit zu beschreiben.

"Nun, und wodurch wurde ihr Grigori Chlebow berühmt?"

Anja sah mich erneut mit erstaunten Augen an.

"Ja, haben Sie denn nichts von der 'Katze' und von dem Floß gehört?"

Ich wußte davon wirklich nichts.

... Bei der fünften Überfahrt wurde mit Hilfe Leningrader Bauleute aus den Pontons eine Art Fähre zum Übersetzen der Panzer gebaut. Das war erfolgreich, die fünfte Überfahrt aber wurde mit besonders intensivem Artilleriefeuer der Faschisten belegt. Überdies hatte es der Feind fertiggebracht, irgendwoher vom Oberlauf der Newa Flöße mit Minenkatzen und Sprengstoff flußabwärts zu schicken. Die "Katzen" brauchten sich nur an die Bretter der Fähre zu heften, ein Sprengsatz explodierte, und das Floß flog zusammen mit den Panzern in die Luft.

Chlebow, der mit den Verwundeten zum rechten Ufer zurückkehrte, blieb mit dem Heck an einer "Katze" hängen. In der Strömung konnte er das Minenfloß nicht loswerden, und es bis zum Ufer zu steuern, hätte bedeutet, das Leben der Verwundeten und aller, die auf unserem Ufer geblieben waren, aufs Spiel zu setzen. Und doch fand Chlebow einen Ausweg. Grigori beschleunigte das Boot nach Kräften, übergab zwei Verwundeten das Ruder, selbst aber sprang er in das eisige flache Wasser, hängte die "Katze" ab und führte das Floß vorsichtig zum Ufer...

Anjas Erzählung wurde wiederholt von Feuerstößen unterbrochen, unterdes aber kehrte Chlebows Boot, die Newa schnell überquerend, bereits zurück. Links und rechts von ihm war das Wasser aufgewühlt, feindliche Scharfschützen wetteiferten offenbar darum, wer als erster das Boot durchsieben würde. Selbst aus der Deckung das zu beobachten, war nicht ungefährlich. Und wie erging es Grigori?

Für einen Moment lenkte mich ein über dem Fluß entbrannter Luftkampf ab — und als ich mich dann umblickte, vernahm ich eine Mädchenstimme:

"Ach danke, mein lieber! Laßt nur, ich stütze euch beim Aussteigen."

Grigori und Anja beeilten sich, die Verwundeten in Deckung zu bringen.

Am gleichen Tag sah ich Grigori und Anja noch einmal. Als das Mittagessen gebracht wurde, kam Anja mit zwei Kesseln in die Küche.

"So klein wie sie ist, aber einen Mordsappetit hat sie", scherzte ein Soldat.

In Leningrad wurde der Hunger immer schlimmer. Offenbar deshalb waren dem Rotarmisten auch die beiden Kessel aufgefallen.

"Das ist für den Bootsführer, Grigori Chlebow. Er schläft noch."

"Mach dir nichts draus, Kleine", sagte ein Pionier. "Gib nur deinem Liebsten zu essen."

Ich folgte Anja im Schützengraben. Chlebow schlief in einer Vertiefung des Grabens, die mit Reisig oder Stroh gedeckt war. Das Mädchen stellte die Kessel auf den Boden und wußte nicht, was sie machen sollte. Offenbar tat es ihr leid, den schlafenden Soldaten zu wecken. Doch sie wollte auch nicht, daß die Suppe kalt wurde. Da berührte Anja ihren Grigori an der Schulter:

"Du, das Mittagessen ist gekommen..."

An der Überfahrtstelle aber war weiter viel los. Nachrichtensoldaten krochen am Ufer längs, stellten Verbindungen her. Die Artilleristen hantierten an den Kanonen, prüften die Zieltabellen. (Werden ja die Verteidiger der Stadt später in 24 Stunden nicht mehr als 5 Geschosse aus einer 122-mm-Kanone, 10 Geschosse aus einer 76-mm-Kanone und 25 Geschosse aus einer 45-mm-Kanone abfeuern dürfen. Die Blockade wirkte sich bereits aus. Man hatte erst gerade eben damit begonnen, die Leningrader Industrie auf Verteidigungserfordernisse umzustellen.)

Schwer hatten wir es an unserem Ufer. Obgleich die Nächte schon immer länger wurden, reichten sie doch nicht aus, um Boote, Pontons und Munition bereitzustellen und die Einheiten zu schützen, die auf das kleine Stück Land übergesetzt werden sollten. Der Leiter einer Übersetzstelle, Oberleutnant Klin, berichtete mir später, daß der Feind nach ungefähren Angaben allein auf seinem Abschnitt bis zum 16. November 27 000 Geschosse und Granaten abgefeuert hatte. Und wie sah es erst



auf dem kleinen Stück Land aus!

Um jeden Preis mußten Menschen, Waffen und Munition dorthin übergesetzt werden.

Ich beschloß, die Newa mit Chlebow zusammen zu überqueren. Doch als ich zum Fluß hinunterging, begegnete ich unerwartet dem Oberpolitleiter Kogan, dem Kommissar der Aufklärungsabteilung unserer 8. Armee. Kogan kannte ich bereits vor dem Krieg: Er leitete das Leningrader Pressehaus.

"Warum das Risiko mit dem Kahn?" rief Kogan aus, wobei er Chlebows Ruderboot meinte. "Wir haben ein ganzes Schiff."

Die Versuchung war groß, und wir fuhren los. Vom Ufer, vom Unterstand aus, schien die Newa ein brodelnder Kessel zu sein, wenn dieser Vergleich auch nur eine bildliche, doch weitaus nicht vollständige Vorstellung vermittelt... Wir fuhren über die tosenden Wellen, um unsere Ohren piffen Splitter und Kugeln, wir waren wie blind durch die ständig am Himmel platzenden Leuchtraketen. Nein, Chlebows Kahn wäre da vorzuziehen. Kaum hatte ich daran gedacht, als es in unserer Nähe einschlug und unser Boot zu sinken begann. Wir alle waren im Wasser. Später erklärten mir Kameraden, die uns vom Ufer aus beobachtet hatten, was geschehen war: Eine feindliche Granate hatte das

Scheweljow und Tschuchnow kennen, die bei einer Attacke als erste in den feindlichen Schützengraben sprangen und auf einen Schlag acht Hitlerfaschisten abschnitten. Sechs versuchten Widerstand zu leisten und wurden von MPI-Feuer niedergemäht, zwei ergaben sich. Man hätte auch sie töten können, doch selbst unter jenen, überaus schweren Bedingungen setzte sich die Menschlichkeit durch. Einer der Gefangenen war Gefreiter Broll, den man für die Einnahme Kretas mit dem "Eisernen Kreuz" ausgezeichnet hatte. Er sagte, daß nach unserer Artillerievorbereitung in ihrem Zug von 25 Mann nur noch acht geblieben waren.

Wir mußten uns durch die feindliche Verteidigung geradezu hindurcharbeiten. An die sechs Stunden dauerte die Handgranatenschlacht, die unsere Soldaten unter Politleiter Gorjunow führten. Die Rotarmisten Sokolow, Schkuro, Morosow und Gorjunow selbst schlugen sich aufopferungsvoll auf dem winzigen Stück Land, das in ihren Händen war, vernichteten bis zu einer Kompanie Hitlerfaschisten. Das war eine große Hilfe für den Panzer von Leutnant Kurganski. Er brach in die Stellung des Gegners ein und begann, obgleich Ladeschütze Galakin verwundet war, mit den Panzerketten feindliche Feuernester, Geschütze und Ge-

Auf dem kleinen Stück Land an der Newa wurden eben jene Wehrmachtseinheiten zerschlagen, die als erste in Leningrad einmarschieren sollten.

Man muß da Armeegeneral Iwan Fedjuninski, dem Befehlshaber der 54. Armee, zustimmen. Er schrieb, daß der Mißerfolg, den unsere Truppen bei Newskaja Dubrowka erlitten, offenbar der Hauptgrund dafür war, daß von dem kleinen Stück Land an der Newa bislang unverzeihlich wenig berichtet wurde. Doch man möchte hoffen, daß die Zeit kommt, wo wir die Namen aller Helden — es waren Tausende — nennen werden, die ihre Pflicht in Ehren erfüllten, als sie für die Heimat kämpften, selbst dann, wenn militärische Operationen aus verschiedenen Gründen erfolglos blieben.

Ebendeshalb hielt ich es für notwendig, sich an die Namen jener zu erinnern, die ich kannte, die ich in meinen Frontberichten von Newskaja Dubrowka erwähnte.

... Der Winter brach an.

Eines Nachts kehrte ich von dem kleinen Stück Land zurück. Die Newa war schon vom ersten Eis bedeckt. Unser Boot näherte sich dem Ufer an der Stelle, wo sich der Hauptgefechtsstand befand. Krylow leitete von dort aus die Übersetzoperationen. Bald würde die Newa ganz zugefroren sein. Leningrader Bauleute hatten zusammen mit Armee-Pionieren Pfeiler für geplante Eiswege vorbereitet. Ich konnte mich vor Müdigkeit kaum auf den Beinen halten, und Krylow bot mir an, in seinem Unterstand auszuruhen. Doch ich mußte dringend in die Redaktion.

"Weißt du, welches Ende die Geschichte unserer beiden Liebenden nahm?" fragte plötzlich Foti Krylow.

Ich erinnerte mich, daß er Anja Bystrowa und Grigori Chlebow so genannt hatte. Ein schlimmes Vorgefühl kam über mich.

"Haben Sie überlebt?" fragte ich.

"Sie schafften es noch, den letzten Verwundeten aus dem Boot zu tragen", berichtete Foti Krylow. "Sie zogen bereits das Boot aufs Ufer, als sie von einer Granate getroffen wurden. Beide wurden begraben — gestern, nebeneinander, in Manuschokino. Jetzt sind sie für immer vereint."

Wir gingen schweigend durch den Schützengraben. Als wir uns voneinander verabschiedeten, fragte der Konteradmiral nachdenklich:

"Ob die Zeit kommen wird, da man auch über eine solche, vom Krieg zerstörte Liebe schreiben wird?"

Im Jahr der 40. Wiederkehr des Sieges gedenken wir jener, die diesen Tag nicht erleben durften. Doch würde ohne ihre Heldentaten, ohne die Glut ihrer hellen Herzen die Sonne über uns scheinen?

Ich muß immer wieder daran denken...



Vorderteil unseres Schiffes und damit direkt auch Kogan getroffen. Er hatte so die anderen gedeckt, doch die Katastrophe konnte er selbst durch seinen Tod nicht abwenden...

Unterdessen kämpften die erschöpften Soldaten für eine Ausweitung unseres kleinen Brückenkopfes. War er ja anfangs kaum zwei Kilometer lang gewesen und nicht mehr als 600 Meter tief. Zeitweise konnte es auf die doppelte Fläche ausgeweitet werden, doch der Gegner setzte frische Kräfte gegen unsere Einheiten ein, die in den Kämpfen um Leningrad ausgeblutet waren, und unser Bereitstellungsraum jenseits der Newa wurde wieder kleiner. Doch auch die Hitlerfaschisten mußten enorme Verluste hinnehmen. Ich lernte die Rotarmisten

Newskaja Dubrowka, Dezember 1941

Fotos: W. Tarassewitsch

fechtsstände zu zermalmten... Nicht lange kämpfte diese Panzerbesatzung, doch dafür vermochte sie, 14 Panzer und Panzerwagen, 30 Panzerabwehrgeschütze und 9 Granatwerferbatterien zu vernichten.

Die Kämpfe auf dem kleinen Stück Land dauerten den ganzen Herbst und den Winteranfang über an. Beide Seiten kosteten sie enorme Verluste. Damals, 1941, gelang uns das Wichtigste nicht — nach Osten vorzudringen. Doch die Bedeutung der Kämpfe bei Newskaja Dubrowka darf nicht unterschätzt werden.



## Auszug der USA aus der UNESCO

# „RESPEKTABLE“ ERPRESSUNG

Viktor ZOPPI

„Als hochmoralisches Volk wollen wir Amerikaner, daß unsere Außenpolitik die Werte und Ideale, für die unser Volk ist, widerspiegelt. Doch als praktisches Volk wollen wir auch, daß sie wirksam ist. Darum fragen wir uns ständig, wie sich unsere Moral mit dem praktischen gesunden Menschenverstand verträgt.“ Das sagte US-Außenminister George Shultz am 9. Dezember in der New-Yorker Yeshiva-Universität. Damit, daß Washington jetzt seinen vorjährigen Beschluß zum Austritt aus der UNESCO bestätigte, hat es gezeigt, daß seine Moral durchaus mit seinem praktischen gesunden Menschenverstand harmoniert.

Die UNESCO — die UNO-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur — besteht seit 1946. Ihre Gründer, zu denen auch die USA gehörten, bestimmten ihre Funktionen: „Durch Zusammenarbeit aller Staaten der Welt in Erziehung, Wissenschaft und Kultur allmählich Ziele wie den Weltfrieden und das allgemeine Wohlergehen der Menschheit zu erreichen.“ In der ersten Zeit, als der UNESCO ungefähr 30 Staaten, vorwiegend kapitalistische, angehörten, benutzten die USA und ihre Bündnispartner diese Organisation zur Verbreitung ihres ideologischen Einflusses auf die übrige Welt. Diese ändert sich aber, u. zw. rasch und unwiderruflich.

Jetzt hat die UNESCO schon 161 Mitglieder. Die Pariser Zeitschrift „L'Expansion“ schreibt: „Die Länder der dritten Welt, die in der UNESCO unverkennbar in der Mehrheit sind und vom kommunistischen Block unterstützt werden, sind sich ihrer Bedeutung bewußt geworden. Jetzt kann keine Rede mehr davon sein, die westliche Weltanschauung als Himmelsgabe anzusehen.“ James Traub schreibt in der „New York Times“: „Die Zeit, als der Westen die UNESCO und alles andere steuerte, ist vorüber. Die radikalen Konservativen, die in Washington regieren, scheinen sich damit nicht abfinden zu können. Ihnen bedeutet die Bereitschaft zu einem ehrlichen Dialog unter Gleichen schon eine Niederlage. Wollen wir denn wirklich der ganzen Welt verkünden, daß Amerika nicht mitspielt, wenn wir dabei nicht obenan sein können?“

Gerade das hat Amerika mit seinem Austritt aus der UNESCO verkündet. Es ist nicht gewöhnt, als gleiche mit anderen zu handeln. Es widerspricht z. B. seiner Moral, daß die UNESCO viel für die Förderung des Schulwesens in den Entwicklungsländern Afrikas, Lateinamerikas und der Karibik tut und beabsichtigt, ihr Bestes zu tun, um bis zu Beginn des 21. Jahrhunderts dem Analphabetentum überall auf der Erde ein Ende zu bereiten. Wozu hat das Amerika nötig? Analphabetische Massen sind ja viel leichter zu gängeln und zu manipulieren.

Im Bildungswesen haben die USA ihre eigenen Sorgen. Die CIA hat sogar unlängst ein Lehrbuch für ihre Agenten in Nikaragua herausgebracht, das Weisungen dafür enthält, wie Leute von der Konterrevolution geködert werden könnten, die von den Washingtoner Lehrbuchverfassern ein „christlicher und demokratischer Kreuzzug“ genannt wird. Eine Kostprobe: „Um euch eindringlicher verständlich zu machen, benutzt Gesten. Außer mit Worten kann man sich auch mit Gebärden und Rückenbewegungen verständlich machen und dabei den Worten eine individuelle Färbung geben.“

Hätte sich die UNESCO in die Erziehung der Menschen und Völker zur Ergebnislichkeit für die USA eingeschaltet, dann hätte deren Delegation in dieser Körperschaft die „ausdrucksvolle Bewegung mit dem Rücken“ unterlassen. Sie wäre vielleicht auch geblieben, wenn es ihr gelungen wäre, die UNESCO ihres humanen Sinnes zu berauben und auf diese Weise zu „neutralisieren“, um genau zu sein, sie zum Verzicht darauf zu zwingen, die moralischen Aspekte des Wettrüstens zu studieren, nach einer „neuen Medienordnung“ zu streben, die der Allmacht der imperialistischen Propaganda in den Entwicklungsländern ein Ende machen soll, den Rassismus und Zionismus zu verurteilen, wie geplant an den Festlichkeiten zum 40. Jahrestag des Sieges über den Nazismus teilzunehmen, die Lebensrechte aller Völker zu wahren usw.

Das wird aber nie geschehen. Die UNESCO ist kein Tochterunternehmen der

NATO geworden und wird nie eins werden. Sie erfüllt nach wie vor ihre Mission und bleibt, wie ihr Generaldirektor, Amadou-Mahtar M'Bow sagte, „ein Forum zur Äußerung verschiedener und sogar entgegengesetzter Ansichten, die die UNESCO-Mitgliedstaaten mit ihrer verschiedenen Kultur, Religion und Ideologie haben mögen“. Damit ist nicht allein die Möglichkeit, sondern auch die Ersparlichkeit der friedlichen Koexistenz und gleichberechtigten Zusammenarbeit der Länder und Völker unter Beweis gestellt. Doch was kümmert das die USA, die alle Länder und Völker nur vom Standpunkt ihrer eigenen „Lebensinteressen“ sehen? Mit diesen Interessen, mit der Moral und dem praktischen Menschenverstand der USA vertragen sich in keiner Weise die Programme der UNESCO zur Förderung des Sports, zur Untersuchung der Sonnenenergie, Meeresressourcen und Rohstoffvorräte, zur Erhaltung des Kulturerbes der Menschheit. Die UNESCO hat es übernommen, Mohendschodaro, eine berühmteste Stadt der indischen Zivilisation, die vor 3000 Jahren bestand, zu retten. Wer braucht so etwas? Ein Programm „Der Mensch und die Biosphäre“? Washington scheint ja schon ein eigenes Programm zur Lösung dieses Problems mit Hilfe eines Kernwaffenkriegs zu haben, nach dem es weder eine Biosphäre noch den Menschen geben wird. Eine Untersuchung der Verschmutzung des Mittelmeers? Das ist ja ein direkter Anschlag auf die strategischen Interessen der USA, denn dieses Meer — ob sauber oder schmutzig — ist ja nur dazu da, daß US-Flugzeugträger darauf fahren können. Und da will die UNESCO, daß die USA diese Vorhaben finanzieren helfen?

Im Jahre 1955 mußte das rassistische Regime Pretorias aus der UNESCO austreten, und das hat niemandem außer vielleicht den USA und Israel leid getan. Jetzt ist Washington dem Vorbild seines liebsten Bundesgenossen in Afrika gefolgt, weil es sich überzeugt hat, daß diese Weltorganisation nicht daran denkt, vor seinem imperialistischen Diktat zu kapitulieren.

Die herausfordernde und unverantwortliche Geste Washingtons gerade zu Neujahr, das die Weltgemeinschaft zu erpressen sucht, wird seinem Ansehen nicht förderlich sein. Darin zeigt sich eigentlich nochmals die Doktrin vom Staatsterrorismus, der jetzt unabdingbar zur Außenpolitik der USA gehört. Mr. Shultz verkündet das Credo der heutigen USA: „Unsere moralischen Grundsätze dürfen uns nicht lahmlegen.“ Das tun sie auch nicht, eher spornen sie sie noch an.





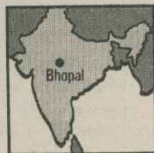
# DIE TRAGÖDIE VON BHOPAL: MULTIS ANGEKLAGT

Nicht wenig Zeit wird es brauchen, bis sich das Leben in der indischen Stadt Bhopal normalisiert haben wird. Heute noch haben die Menschen Angst, dorthin zurückzukehren. Über 2500 Tote und viele Schwerkranke - das sind die Folgen der sträflichen Mißachtung von Leben und Gesundheit der Menschen durch den transnationalen US-Konzern Union Carbide. Doch geht es nur um diesen Konzern! Die Tragödie warf ein Schlaglicht auf den unmenschlichen Charakter der Tätigkeit der westlichen transnationalen Konzerne, die die ganze dritte Welt in ihre unsichtbaren Ketten legen wollen. Für die westlichen Kapitalinvestitionen in die Wirtschaft, für die Zusammenarbeit mit den Monopolen zahlen die jungen Nationalstaaten einen entsetzlichen Preis - nicht nur in Form von Surplusprofiten. Besonders

gefährlich ist die Tatsache, daß das transnationale Kapital untrennbar mit Militär-Industrie-Komplexen westlicher Länder, vor allem der USA, verbunden ist. Nicht von ungefähr zeigen US-Experten für chemische Waffen verdächtiges Interesse für die Folgen der Katastrophe in Bhopal. Offenbar reicht ihnen das mörderische "Experiment" des Pentagon in Vietnams Dschungel und anderen Ländern nicht. Wie vielen Einwohnern der Entwicklungsländer droht noch, Opfer derartiger Verbrechen zu werden! Welche Leiden noch kann das Streben des Imperialismus, die Völker auszubeuten und Weltherrschaft anzustreben, über die dritte Welt bringen! Die folgenden Beiträge heben ein wenig den Vorhang vor einigen Machenschaften der Monopole.

## GIFTWOLKEN- OPFER

### Wie es war



Die Tragödie ereignete sich in der Nacht zum 5. Dezember. Viele Einwohner der um das Union-Carbide-Chemie-werk liegenden dichtbesiedelten Viertel von Bhopal sollten nie wieder aufwachen - sie wurden zu Opfern der Vergiftung durch ein hochtoxisches Gas, das aus unterirdischen Werkslagern austrat. Es handelte sich um Methylisocyanat (MIC). Es diente als Zwischenprodukt bei der Herstellung von Pestiziden nach der Technologie der Union Carbide. (Pestizide sind chemische Mittel gegen landwirtschaftliche Schädlinge und Unkraut.) Ein schwacher Wind trug mit 5 km/h die aus den Gasspeichern austretenden giftigen Dämpfe nach Südost, und da die Nacht kühl war, erhoben sich die Dämpfe nicht, sondern breiteten sich am Erdboden aus. Von einer meterdicken Giftwolke waren Stadtviertel auf einer Fläche von 40 qkm bedeckt. Vor allem die Elendsviertel... 45 Tonnen (!) des Giftstoffes gingen auf die Stadt nieder.

Die indische Nachrichtenagentur UNI nannte die Tragödie in Bhopal die "entsetzlichste Katastrophe der gesamten Industriegeschichte".

... Tausende und aber Tausende, die den Giftstoff eingeatmet hatten, doch sich noch bewegen konnten, verließen fluchtartig ihre Behausungen, die von dichten MIC-Dämpfen eingehüllt waren. Mit starkem Augenbrennen, erstickendem Husten und mit Übelkeitsanfällen. Viele klappten tot auf der Straße zusammen. Weitaus nicht allen, die doch noch die Krankenhäuser, die überstürzt aufgeschlagenen Rotkreuzzelte erreichten, konnte geholfen werden.

Auf dem Bahnhof von Bhopal, 2 km vom Pestizidwerk entfernt, kamen alle Angestellten, die in jener Nacht Dienst hatten, um - darunter der Bahnhofsvorsteher, der Fahrkartenverkäufer, die Dispatcher und wartende Reisende.

Die 2500 Toten und die bis zu 200 000 Verletzten sind ein Viertel der Bevölkerung von Bhopal. So sieht die tragische Statistik dieser Nacht aus.

Ein Journalist verglich die Katastrophe in Bhopal mit der Wirkung der Neutronenbombe: Alle Bauten bleiben unbeschädigt, doch alles Leben im Umkreis kommt um.

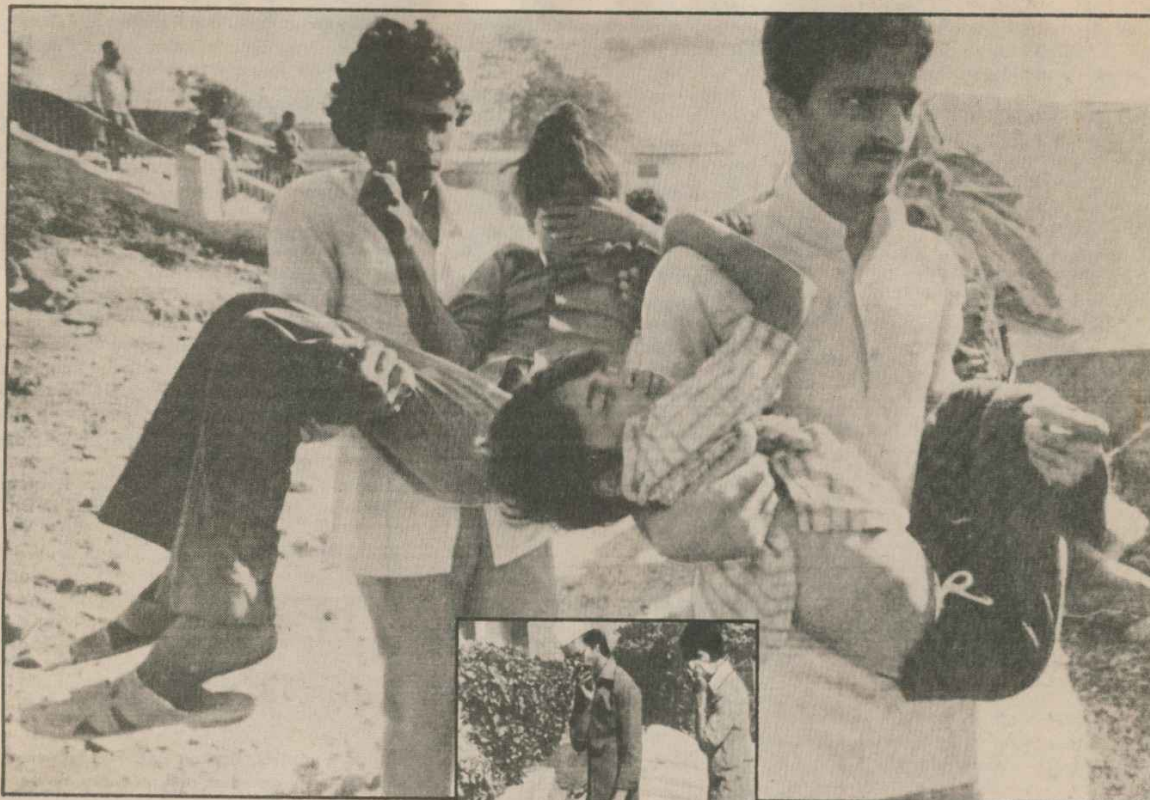
Wir sprachen mit einigen indischen Experten, und die Meinungen anderer Fachleute wurden tagtäglich von der hiesigen Presse zitiert.

Die Ärzte in Bhopal hatten wiederholt die Werksleitung vor der besonderen Gefährlichkeit der in diesem Werk verwandten Giftgase und Chemikate gewarnt. Doch selbst sie konnten nicht alle das ganze Ausmaß der Tragödie vorhersehen.

Der Bürgermeister von Bhopal erklärte, Vertreter des Konzerns hätten ihm wiederholt versichert, der Betrieb sei völlig sicher. "Alles ist okay", sagten sie, "zur Beunruhigung besteht kein Anlaß." Und ein Werksmanager sagte ihm einmal: "Sollte Gas ausströmen, bedecken Sie Gesicht und Mund mit einem nassen Lappen, das reicht."

Übrigens spricht der Direktor der Abteilung Gesundheits- und Umweltschutz des US-Konzerns Union Carbide, Mr. Browning, immer noch davon, daß dieser Stoff keine Befürchtungen hervor-





rief und deshalb keine "besonderen Sicherheitsmaßnahmen" geplant waren. Unterdes wußte man in den USA natürlich von den tödlichen Eigenschaften des MIC. Nicht von ungefähr wurde das entsprechende Werk der Union Carbide in Westvirginia weit entfernt von Ortschaften gebaut.

Die Forschungen über die Einwirkung des MIC auf den Menschen haben gezeigt, daß dieser Stoff, wenn er in größeren Mengen in den Organismus gelangt, eine starke Reaktion mit der dort befindlichen Flüssigkeit eingeht und die Gifte unter hohem Druck setzt. Diese Gase, die schwerer als Sauerstoff sind, drücken diesen aus der Lunge heraus, was einen schnellen Exitus herbeiführt. MIC beeinflusst ferner solche lebenswichtigen Elemente des Organismus wie Nukleinsäuren, Proteine, Fermente, Hormone und Hämoglobin.

Mediziner, u. a. von der Weltgesundheitsorganisation, prophezeien, daß die überlebenden Giftgasopfer Lähmungen des Zentralnervensystems, schwere Lungenerkrankungen, Störungen der Nieren- und der Leberfunktionen und Fruchtlosigkeit erwarten. Sie werden leicht zum Opfer von Infektionskrankheiten und müssen entsetzliche Qualen erleiden.



Doch das ist noch nicht alles.

Das tödliche Gas hat nicht nur entsetzlich viele Menschenleben vernichtet. Es hat auch der Umwelt unermesslichen Schaden zugefügt. Felder und Wege sind voller verendeter Tiere. Nicht einmal die Büffel überlebten. Agrarspezialisten errechneten der Kalkuttaer Zeitung "Amrita Bazar Patrika" zufolge: Das Giftgas hat die Ernte im Umkreis von bis zu 100 Meilen (167 km) "vollständig vernichtet". Und niemand weiß, wie lange die giftgeschädigte Erde noch fruchtlos bleiben wird.

Kein Hitchcock mit seinen Horrorfilmen hätte die entsetzlichen Szenen, die wir Tag für Tag im indischen Fernsehen erleben mußten, ersinnen können. Leichenhaufen vor den Krankenhäusern, Überlebende, die versuchen, Angehörige

**Bhopal, die Lebenden und die Toten. Werden die Väter lange ihren umgekommenen Kindern nachtrauern müssen!**

Telefoto: AP--TASS

zu identifizieren. Massenhafte Leichenverbrennungen (nach hinduistischem Brauch), die Friedhöfe, die mit den moslemischen Toten überfüllt sind.

Die indischen Behörden taten alles nur Mögliche, um der so schwer geprüften Stadt zu helfen, das Los der Überlebenden zu erleichtern und die Ausbreitung von Seuchen zu verhindern. Premierminister Rajiv Gandhi, der seine Wahlkampfreise unterbrach, kam nach Bhopal. Er ordnete an, Mittel für die Katastrophenopfer bereitzustellen.

Mitte Dezember konnten indische Fachleute mit der Neutralisierung jener 15 t MIC beginnen, die noch in den Gasspeichern des Chemiewerkes zurückgeblieben waren. Erst nachdem diese Operation, die mit allen Vorsichtsmaßnahmen durchgeführt wurde, abgeschlossen war, begannen die Überlebenden in die seit gut zwei Wochen leerstehenden Wohnungen zurückzukehren...

Die präzedenzlose Tragödie hat ganz Indien erschüttert. Nach dem kürzlichen



Meuchelmord an Indira Gandhi, von dem sich das ganze Land noch nicht erholt hatte, wurde Indien von einem neuen entsetzlichen Unglück heimgesucht.

Protestdemonstrationen fanden vor den diplomatischen Vertretungen der USA in den größten indischen Städten statt. Auf Mauern und Zäunen tauchten Aufschriften auf wie: "Fort mit dem Mordgas und dem US-Konzern."

Doch kann das, was in Bhopal geschah, einfach ein Unglücksfall sein? Die Nachlässigkeit gewisser Leute? Nein, Indiens demokratische Öffentlichkeit ist davon überzeugt, daß der Vorfall in Bhopal kein Zufall war... "Das ist wahrer Massenmord", schrieb die Zeitung "Patriot". "... Die Bosse des gigantischen transnationalen Konzerns Union Carbide wußten, daß bereits wiederholt das hochtoxische in dem Werk gelagerte Gas das Leben von Unschuldigen gekostet hatte... Sie wußten es, doch sie taten nichts, um die Defekte abzustellen und das Sicherheitssystem zu verbessern. Ausgaben für solche Maßnahmen hätten sich ungünstig auf die Profite des Konzerns ausgewirkt." Und Sicherheitsmaßnahmen wurden sträflich vernachlässigt.

Die Union Carbide hat nur zwei Werke zur Produktion von Pestiziden unter MIC-Einsatz — das eine in der Kleinstadt Institute, US-Bundesstaat Westvirginia, das andere in Bhopal, im indischen Unionsstaat Madhya Pradesh. Jetzt betonen die Bosse der Union Carbide immer wieder, daß beide "prinzipiell gleichartig" sind. Ja, eine Ähnlichkeit besteht. Zugleich aber unterscheiden sie sich prinzipiell voneinander — durch die Sicherheitssysteme. Das Werk in Westvirginia ist mit einem Computer-Frühwarnsystem vor allen Normabweichungen und mit Systemen für die "Notableitung" von Gas versehen, mit automatisch regelbaren Klappen und anderen Vorrichtungen. Nichts Derartiges gab es im Werk von Bhopal. Oberdies hat sich jetzt herausgestellt, daß sich im Werk von Bhopal zum Unterschied von dem in Westvirginia auf dem Steuerpult kein Indikator für ausströmendes Gas befand, ja sogar nicht einmal geplant war.

Die Union Carbide hat, wie aus den USA gemeldet wird, recht strenge Regeln für Sicherheitsvorkehrungen. Doch der Konzern befolgt sie nur in den USA. Auf seine Betriebe in der dritten Welt aber finden sie keine Anwendung.

Die indische Presse schreibt empört über die "doppelten Standards" der Multis. Sie betont, daß die transnationalen Giganten — wir zitieren die Kalkuttaer Zeitung "Telegraph" — "die dritte Welt in einen Müllhaufen für Technologien verwandeln, die im Westen wegen der Gefahren für Gesundheit und Leben der

Menschen verboten sind". Hier wird neben allem anderen unverhohlener Rassismus deutlich.

Heute versuchen die Bosse der Union Carbide im US-Bundesstaat Connecticut die Verantwortung für die Tragödie in Bhopal wem auch immer, insbesondere ihrer indischen Filiale, aufzubürden. In Delhi wird natürlich die Union Carbide (India) Ltd. nicht von ihrem Teil der Schuld freigesprochen. Die von der indischen Regierung eingesetzte Untersuchungskommission muß noch alle Einzelheiten des Unglücks klären. Einstweilen aber hat der bekannte amerikanische Jurist Melvin Belli, der in Indien eintraf, erklärt, daß "die Frage der Verantwortung der Union Carbide" für die Tragödie in Bhopal "völlig klar" ist und die Opfer "zweifelsohne ihren Prozeß" gegen den Konzern "gewinnen werden". Doch welches Geld kann Menschenleben aufwiegen? Etwa die Almosen von 10 Mio

Rupien, d. h. weniger als 1 Mio Dollar, die die Bosse der Union Carbide den Opfern der Tragödie anboten und die die indische Regierung ablehnte.

Welche Gelder mögen sich die Aktionäre dieses Konzerns auf Kosten von "Einsparungen" in Werken der Entwicklungsländer in die Taschen gesteckt haben!

... Bhopal hat eine entsetzliche Tragödie durchgemacht. Der Name dieser indischen Stadt wird nie vergessen werden. Bhopal steht für äußerste Mißachtung von Menschenleben in Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas durch imperialistische Monopole und transnationale Konzerne. Bhopal bedeutet Habgier und Heuchelei des Imperialismus, dem die wahren Probleme der Völker der dritten Welt gar nichts bedeuten.

**Sonderbericht**

Delhi

## WÜRGEGRIFF

### Zum Stammbaum der Multis

Bei seiner Analyse der Entwicklungssätze des Imperialismus verwies Lenin darauf, daß ein kapitalistisches Monopol auf nationalem Boden entsteht, dann aber "über die engen Schranken der nationalstaatlichen Gliederung hinauswächst". Die monopolistischen Kapitalistenverbände, schrieb Lenin, allerlei Kartelle, Syndi-

kate, Trusts, Banken und Handelsfirmen, würden vor allem den Inlandsmarkt unter sich aufteilen, dabei aber nicht haltmachen. Darauf würde unausweichlich der Schritt zur Herausbildung der "internationalen Einheit des Kapitals", zur "Bildung von internationalen Kartellen" erfolgen. Die Formel dieser Bewegung ist

## AUS DEM DOSSIER DES ANGEKLAGTEN

Die Union Carbide Corp. gehört zu den 5 größten transnationalen Gesellschaften der USA. Sie entstand 1917 durch die Fusion mehrerer Firmen. Gegenwärtig produziert die Union Carbide chemische Batterien, Elektroden, Eisenlegierungen, Azetylen, Gase und Giftstoffe für zivile und militärische Zwecke. Insgesamt erzeugt und verkauft sie etwa 800 synthetische Chemiestoffe.

1981 setzte die Union Carbide Erzeugnisse für 10 168 Mio Dollar ab, wobei der Reingewinn 649 Mio betrug. In ihren Betrieben in den USA und in den ausländischen Tochterunternehmen sind 110 000 Personen beschäftigt.

Der Union Carbide gehören über 70 konsolidierte Töchter im Ausland und 20 sonstige Filialen außerhalb der USA. Die chemischen Elektrobatterien werden vornehmlich in lateinamerikanischen Ländern, Chemikalien in Frankreich, Plaste in Schweden, Eisenlegierungen in Norwegen und Industriegase in Belgien und der BRD hergestellt. In Indien haben die Tochtergesellschaften der Union Carbide 13 Betriebe. Einer davon war der Betrieb in Bhopal.



einfach: Maximum an Profit plus Maximum an Herrschaft minus Schranken auf dem Wege zum gesetzten Ziel.

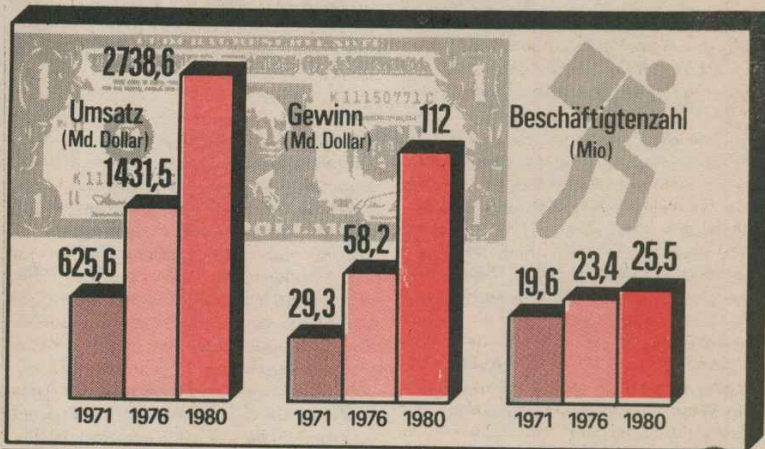
## AUF WESSEN KOSTEN WERDEN DIE MULTIS REICH

Wie die letzten Jahre bezeugen, ist der Imperialismus in das von Lenin vorausgesagte Entwicklungsstadium bereits eingetreten. Charakteristisch für dieses Stadium ist das stürmische Wachstum von Tempo und Ausmaßen der internationalen Monopolisierung der Produktion und der Konzentration von Kapital. Ein überaus wichtiges Merkmal dieses Prozesses ist die Verstärkung der Herrschaft der sogenannten transnationalen Konzerne im nichtsozialistischen Teil der Welt. Bei den TNK handelt es sich um die größten kapitalistischen Monopole, die bereits nicht nur den Handel beherrschen, sondern auch schon Investitionen über die staatlichen Grenzen hinweg vornehmen und solche Kapitalanlagen im Rahmen des internationalen Währungsmarktes und der internationalen kapitalistischen Produktion mit ausländischen Arbeitskräften verklammern.

Gewiß sind internationale Monopole nicht erst heute entstanden. Schon 1901 bestanden 18 US-Konzerne mit Töchtern in anderen Ländern. Kurz vor dem ersten Weltkrieg betrug ihre Zahl 39. Aber nach Charakter und Ausmaßen ihrer Tätigkeit konnten sie den Wirtschaftsmechanismus der weltweiten kapitalistischen Produktion noch nicht wesentlich beeinflussen. Dieser Rolle waren erst die TNK "zweiter Generation" gewachsen: moderne internationale imperialistische Konzerne, deren rapides Wachstum in den 50er Jahren begann.

Zu Beginn der 80er Jahre entfielen auf die TNK im Rahmen der kapitalistischen Weltwirtschaft 80% aller technologischen Entwicklungen, etwa 40% der Industrieproduktion und 60% des Außenhandels. Heute bestehen etwa 650 TNK, davon 382 mit einem Jahresumsatz von 2 Md. Dollar und darüber. Im Jahre 1980 realisierte die führende Gruppe der imperialistischen TNK Waren für 2635 Md. Dollar, was 28% des Bruttosozialprodukts aller kapitalistischen Länder ausmachte.

Unter den größten TNK sind jene aus den USA in der Mehrheit. Sie bestreiten rund 50% der Auslandsinvestitionen aller TNK. Die Profite, die die größten transnationalen US-Konzerne, beispielsweise Exxon oder General Motors, erzielen, liegen über dem Bruttosozialprodukt einiger kapitalistischer Industriestaaten (Dänemark, Österreich, Griechenland). Die führenden imperialistischen TNK haben eine kolossale Wirtschaftsmacht in ihren Händen konzentriert und benutzen sie zur Erweiterung ihrer internationalen Expansion.



Dennoch haben die heutigen TNK, die viel zur "internationalen Einheit des Kapitals" beitrugen, den Imperialismus nicht aus der Zone der ihn ständig erschütternden Krisen herausgeführt, vielmehr Bedingungen für eine noch ernstere Verschärfung der Ausbeutersystem eigenen Widersprüche geschaffen. Die Entwicklungslogik des kapitalistischen Monopols bringt die TNK unweigerlich in Gegensatz zum gesellschaftlichen Interesse, zu den Interessen der überwiegenden Masse der Erdbevölkerung. Das Monopol parasitierte schon immer am gesellschaftlichen Reichtum und war schon immer auf Raub und Gewalt aus. Gerade das kapitalistische Monopol ließ durch sein ständiges Streben nach globaler Expansion die imperialistischen Magnaten die Weltkriege entfesseln, forciert aufrüsten und die internationalen Spannungen anheizen.

Hier nur einige wenige Fakten, die bezeugen, daß die Praktiken der heutigen TNK die Ausbeutung noch ausgeklügelter und härter gemacht haben als früher. In den 70er Jahren stiegen die Auslandsinvestitionen der transnationalen US-Konzerne von 78 Md. auf 193 Md. Dollar und somit auf das 2,5fache. Die Masse des Reinprofits stieg von 9 auf 38 Md. Aber die Profite bleiben den Monopolspitzen vorbehalten. Dagegen gingen die Real-löhne selbst der in Betrieben der TNK beschäftigten amerikanischen Arbeiter in derselben Zeitspanne sogar zurück. Nach amtlichen Angaben lagen sie 1980 um 13% tiefer als 1973.

Ein weiteres Beispiel. Die TNK haben heute im Grunde die wichtigsten und neuesten technologischen Ausarbeitungen bei sich konzentriert. Schon Anfang der 70er Jahre gingen etwa 9 von je 10 in der kapitalistischen Welt verkauften Li-

zenzen an die TNK. In derselben Zeitspanne kontrollierten nur die führenden TNK rund 30% der Produktion neuer Erzeugnisse. Jetzt ist die Vorherrschaft der TNK in den führenden Industriezweigen und in allen Bereichen der aussichtsreichsten Forschung und Entwicklung noch gewichtiger. In den Betrieben der TNK besteht heute der höchste Grad von Automation und Robotereinsatz. Aber die monopolistische Rationalisierung gilt bei den Werktätigen nicht umsonst als Jobkiller. In den 70er Jahren stieg die Arbeitslosigkeit allein im Bereich des entwickelten Kapitalismus auf das Doppelte, in einigen Ländern auf das 3fache, und sie nimmt weiter zu, ganz besonders in der dritten Welt.

Die größte Gefahr aber, die die weitere imperialistische Expansion der TNK mit sich bringt, liegt darin, daß diese Konzerne eifrig ins militärische Geschäft einsteigen und den außenpolitischen Kurs der imperialistischen Mächte mitformen. Die größten transnationalen US-Konzerne sind beispielsweise nicht nur Auftragnehmer des Pentagon, sondern bilden auch faktisch den Kern des Militär- und Industriekomplexes der USA. Die TNK erzielen Superprofite vom militärischen Geschäft, heizen das Wettrüsten und die Kriegshysterie an und marschieren in den ersten Reihen jener, die einen neuen kalten Krieg entfalten möchten. Allein durch Verwirklichung des von den USA aufgezwungenen Plans der "Raketisierung" Westeuropas werden die amerikanischen TNK, die Pershing 2 und Cruise Missiles produzieren, zusätzliche 7-8 Md. einheimsen. Wenn es um Profite geht, können die transnationalen imperialistischen Giganten ihren Würgegriff tödlich machen. Tödlich im wahrsten Sinne des Wortes — das hat Bhopal veranschaulicht.



# GESCHÄFT MIT SCHWEISS UND BLUT

## Wie die Multis die Entwicklungsländer ausplündern

Der ständige NZ-Leser Harry Bradfield (Großbritannien) schreibt an unsere Redaktion: "Die Arbeiterbewegung im Westen braucht unbedingt Material darüber, wie der Kapitalismus in Wirklichkeit funktioniert. In Großbritannien schließen viele Firmen ihre Betriebe, was zur Arbeitslosigkeit führt, oder verlegen sie in die Billiglohngebiete wie Taiwan, Hongkong und die Philippinen." Wir wollen dem hinzufügen, daß sie die Menschen dadurch bisweilen zum Tod verdammen, wie Bhopal zeigte.

### Hintergründe

In New York besteht schon seit Jahren ein UNO-Ausschuß für transnationale Konzerne (TNK). Sein Ziel, für diese einen "Verhaltenskodex" auszuarbeiten, ist bis jetzt nicht erreicht worden. Trotz des Widerstands der Vertreter der führenden kapitalistischen Länder konnte die Mehrheit des Ausschusses Anfang 1984 die Billigung eines Berichts durchsetzen, der dazu aufforderte, schließlich eine völkerrechtliche Urkunde vorzulegen, die dem Wirken der TNK in den Entwicklungsländern Grenzen setzen würde.

Aber über die Aufforderung ging die Sache nicht hinaus. Die Gründe sind wirtschaftlicher und auch anderer Natur. In Guatemala hing der Sturz der nationaldemokratischen Regierung Arbenz 1954 mit der Tätigkeit der US-Gesellschaft United Fruit zusammen. In Chile trug 1973 die ITT, eine nordamerikanische Firma mit Filialen in Dutzenden Ländern, energisch zum Sturz der Regierung Allende bei. Die Dow Chemical assoziiert sich mit dem durch die USA vorgenommenen Einsatz der giftigen "Entlaubungsmittel" und anderer Giftstoffe während der Aggression in Vietnam und im vorigen Jahr auch im brasilianischen Amazonas-Dschungel.

Neben unverhohlenen Fällen von Einmischung der TNK in fremde Angelegenheiten, was mit der Organisation regierungsfeindlicher Verschwörungen, Putsche, Terrorakte und bewaffneter Invasionen einhergeht, haben sie auch viele andere dunkle Geschäfte auf ihrem Konto. Die unabhängigen afrikanischen Länder werfen den TNK beispielsweise vor, das Rassenregime in der RSA zu unterstützen. Die meisten dieser Länder mißbilligen die vielfältigen Formen der indirekten TNK-Einmischung in die inneren Angelegenheiten junger Nationalstaaten. Viele Länder möchten, daß die Nichtanerken-

nung des übernationalen Status, auf dem die TNK bestehen, juristisch fixiert wird, denn ein solcher Status würde die Konzerne der Notwendigkeit entheben, auf die Interessen der Aufenthaltsländer Rücksicht zu nehmen. Einfacher ausgedrückt wollen diese Länder, wenn sie Hilfe seitens ausländischer Gesellschaften in Anspruch nehmen, nicht, daß die Gäste in ihrem Haus sie zuerst beengen und dann gänzlich verdrängen.

Aber vielleicht sind ihre Befürchtungen übertrieben? Vielleicht gibt es Entwicklungsländer, deren Völkern das Wirken der TNK Prosperität gebracht hat? Nein, solche Länder gibt es nicht. Ein Abglanz der Prosperität, ihre äußeren Aspekte — Wolkenkratzer, in denen Banken und Gesellschaften ihren Sitz haben, moderne Straßen und Verbindungsmittel, von denen vor allem die Multis selbst Gebrauch machen —, das ist auch alles. Es ist noch das örtliche Personal da, das am häufigsten im Ausland ausgebildet wird und so oder so Ausländern dient: die örtlichen Verwaltungsangestellten, für die typisch ist, daß sie nach und nach ihre nationale Art aufgeben und überhaupt entwurzeln. Sie haben einen Lebensstandard, an den der ihrer Landsleute nicht heranreicht, aber die Zahl solcher Leute ist gering. Faktisch sind sie Ausländer im eigenen Land und auf die Interessen von Auslandskapital bedacht.

### Lateinamerika

Würden die US-Gesellschaften den Völkern anderer Länder nur Gutes bringen, so käme Lateinamerika in erster Linie in Frage: Wenigstens 100 Jahre lang hinderte sie niemand daran, dieses Gute zu tun. Hier dagegen Angaben des UNO-Ausschusses für Lateinamerika (ECLA) von Mitte November 1984: Etwa 100 Millionen Lateinamerikaner haben keine Möglichkeit, ihre wichtigsten Lebensbedürfnisse zu befriedigen. In den letzten 40 Jahren hat sich die Zahl der armen Leute keineswegs verringert, und die Armut selbst ist noch größer geworden. Wer es früher schlecht hatte, hat es heute einfach miserabel.

In diesem Teil der Erde, wo die nordamerikanischen TNK so lange beinahe uneingeschränkt herrschten, ging das Prokopfeinkommen 1983 um 5,6% und das Bruttosozialprodukt um 3,3% zurück, während die Außenschulden im gleichen Zeitraum um 7% zunahmen. Dazu die

ECLA: "Lateinamerika kann nicht länger darauf warten, daß seine Probleme von außen gelöst werden, denn das erhöht die Verwundbarkeit der Region, öffnet dem Vorgehen der TNK in den nationalen Wirtschaften Tür und Tor, was die entsprechenden Länder mit einer Krise konfrontiert." Es wurde ferner auf die direkte Abhängigkeit der Außenschulden von den TNK-Aktivitäten hingewiesen. Beliefen sie sich 1970 auf 12% des gesamten Produktionsumfangs der lateinamerikanischen Staaten, so stiegen sie 1982 auf 30%; 1983 sah sich Lateinamerika gezwungen, 40% der Exporteinnahmen für die Zahlung allein der Zinsen der Auslandsanleihen auszugeben.

Eine eigenartige Situation: Je mehr Naturreichtümer und Arbeitskräfte ein Land hat, je verlockender es für die TNK ist, in eine desto schwierigere Lage kommt es. Mexiko und Brasilien z. B. haben eine Außenverschuldung von insgesamt rd. 200 Md. Dollar, d. i. mehr als die Hälfte aller lateinamerikanischen Außenschulden (etwa 350 Md.).

### Afrika

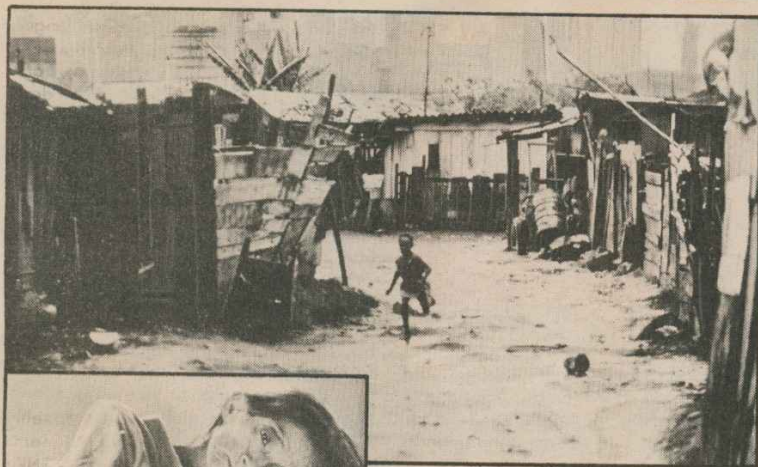
Die TNK kamen nach Afrika, als die Herrschaft der ehemaligen Kolonialreiche dort zu Ende war. Seit Mitte der 50er Jahre entstanden unabhängige Nationalstaaten auf dem Kontinent, aber schon in ihren ersten Jahren mußten sie erfahren, was Neokolonialismus ist. Auf einem Seminar in Liberias Hauptstadt Monrovia im Juli 1983, das speziell das Verhältnis zwischen Entwicklungsländern und TNK erörterte, sagte der Minister für Böden, Mineralien und Energie Liberias, daß die TNK, die gewaltige Naturreichtümer kontrollieren und die Produktion lebenswichtiger Erzeugnisse monopolisiert haben, dadurch den wirtschaftlichen Fortschritt hemmen. Um sich Absatzmärkte zu sichern, zwingen sie den jungen Ländern die "Verbraucherlebensweise" auf.

Der Minister nannte die immer größere Spanne zwischen den kapitalistischen Industriestaaten und den armen Ländern ein Ergebnis der Tätigkeit der TNK.

War der Minister voreingenommen? Keineswegs. Der Assistent des US-Außenministers für afrikanische Angelegenheiten hatte kurz zuvor ähnliches geäußert: "Seit mehr als 10 Jahren stagniert Afrika. In dieser ganzen Zeit war in den meisten afrikanischen Ländern kein Wachstum zu verzeichnen."

Gelegentlich wurden die Gesamtschulden der afrikanischen Länder bei westlichen Gläubigern in der Presse erwähnt: rd. 90 Md. Dollar. Auch hier wird dasselbe Prinzip befolgt: Je mehr Naturreichtümer ein Land hat, desto größer sind seine Außenschulden. Anders gesagt sind die TNK dort am aktivsten, wo ihnen größere Profite winken, und selbstverständlich fließen diese Profite





Slums, Hunger, Rechtlosigkeit — das Los von Millionen Lateinamerikanern, die im Würgegriff der US-Monopole sind.

Fotos: TASS

den Firmen zu, nicht den Ländern, die auf Entwicklungshilfe hofften. Vor kurzem brachte "Le Monde" (Paris) ein Schema, nach dem die Auslandskonzerne in der dritten Welt vorgehen. Ein Entwicklungsland wird gezwungen zu produzieren, was es gar nicht oder so gut wie nicht konsumiert, und zu konsumieren, was es gar nicht oder so gut wie nicht produziert. Das Blatt nannte ein konkretes Beispiel: Marokko, die frühere Kornkammer Frankreichs, importiert gegenwärtig 30 Mio dt Weizen, findet aber keinen Absatz für seine Orangen und Tomaten. Das Land möchte exportieren, hat aber eine importorientierte Wirtschaft bekommen.

Die Rolle der ehemaligen Kolonialmächte hat jetzt der von den USA kontrollierte Internationale Währungsfonds (IWF) übernommen.

## Asien und Ozeanien

Der US-Botschafter auf den Philippinen unternahm den Versuch, zu beweisen, daß die nordamerikanischen TNK eine Wohltat für die Philippiner seien, aber die mehr als 25 Md. Dollar der offiziell anerkannten philippinischen Außenschulden ließen ihn zugeben, daß seine Tätigkeit als Botschafter hochgradig durch die Interessen der amerikanischen TNK im Lande bestimmt wird.

Noch etwas zu Asien: Pakistan ver-

braucht 93% aller westlichen Kredite zur Tilgung der Außenschulden.

Sri Lanka wollte in Washington eine Stundung seiner Kreditzinsen erreichen, und der Abgeordnete R. Patirane klagte im Parlament des Landes über das Diktat der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung und des IWF.

Südkorea — das Paradies der TNK — hat Außenschulden von rd. 60 Md. Dollar. In Thailand gehören die größten Banken und Unternehmen den Finanzkonzernen der USA, Japans, Hongkongs und Großbritanniens. Die Außenschulden Thailands betragen über 10 Md. Dollar.

Die Illusion der Prosperität einiger asiatischer Länder ist der bürgerlichen Statistik zu verdanken, die in die Außenhandelsberichte dieser Länder den Absatz von Waren aufnimmt, die die TNK dort erzeugen, aber in anderen Ländern verkaufen. Die Produktion Singapurs ist zu 90% Ergebnis der TNK-Tätigkeit. Statistiken über die Beschäftigung werden leider nicht regelmäßig publiziert. Nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) soll der Lohn der Arbeiter von Singapur, Hongkong und Südkorea Anfang der 70er Jahre ein 24stel der Löhne der US-Arbeiter in den gleichen Industriezweigen ausgemacht haben; auf Taiwan war es ein 23stel. Die billigsten Arbeitshände sind in Malaysia: Ihr Preis macht nur ein 82stel dessen aus, was in den USA den gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten gezahlt wird. Ähnlich sieht die Lage in Indonesien aus. In all diesen Ländern wird in den Unternehmen der TNK rund um die Uhr in drei Schichten gearbeitet, Streiks sind verboten. In den ersten 10 Jahren werden die TNK meist nicht besteuert. Es sind keine "gemischten" Betriebe, sie sind zu 100% ausländisches Eigentum.

## Und noch ein Opfer

Das passivste der Opfer, die die Länder der dritten Welt durch Zulassung des

transnationalen Busineß bringen, ist die Umwelt. Viele Konzerne verlegen ihre Betriebe (Erdölraffinerien, Produktion von Asbest, Quecksilber- und Benzolverbindungen) nach Südostasien oder Lateinamerika, um im eigenen Land Ausgaben zu vermeiden, die mit den Schutzmaßnahmen für Natur und Mensch verbunden sind. Giftige Produktionsabfälle kommen in die Atmosphäre und ins Wasser und gefährden die Gesundheit, ja das Leben der Menschen. So meint die Panamerikanische Organisation für Gesundheitsschutz, daß schädliches Trinkwasser und schlechte Wasserreinigungsanlagen allein in Kolumbien die Hauptursache für die wachsenden Mortalitätszahlen in der 25 Millionen starken Bevölkerung sind. Das ist der rassistische Doppelstandard der TNK: Was für das eigene Land schlecht ist, mag für die Entwicklungsländer gehen.

Das kleine Hiroshima in Indien, wie die indische Zeitung "Patriot" die Katastrophe von Bhopal nannte, wird zu einer großen Tragödie, wenn man die Sache von höherer Warte aus betrachtet. Die Mißachtung von Leben und Gesundheit der Werktätigen ist ja für die gesamte profitorientierte kapitalistische Produktion typisch. Die Geschichte von Verbrechen, bei denen in der Produktion und um sie zahlreiche Menschen den Tod fanden, ist ebenso alt wie das Privatunternehmertum, und die Enthüllung eines einzigen Verbrechens bewirkt keineswegs die Verhütung weiterer. In den Chemiewerken der deutschen BASF forderte 1921 eine Panne 561 Menschenleben, und im Jahre 1979 ließ ein Betrieb derselben Firma in der BRD erneut 400 t tödliches Phosgen in die Atmosphäre entweichen. Im Jahre 1977 kam es in der französischen Filiale der Union Carbide in Baiziere zum Entweichen des gleichen Methylisozyanats wie in Bhopal.

Großen Schaden bringt auch die veraltete Technologie, die den jungen Nationalstaaten angedreht wird. Dabei kostete der Import dieser Technologie die dritte Welt Ende der 70er Jahre 50 Md. Dollar, und Ende unseres Jahrhunderts können sich diese Ausgaben verdoppeln.

Braucht es da noch zu wundern, daß es, wie "Le Monde" schreibt, "unter den Verhältnissen der zunehmenden Wirtschaftsinternationalisierung und trotz der Krise den transnationalen Konzernen, nach allem zu urteilen, sehr gut geht. Sie verfügen über die nötigen Mittel, um ihre Bauern auf dem weltweiten Schachbrett mit deutlich sichtbarer Hand dorthin zu schieben, wo der höchste Profit herauspringen wird." Dieser Profit stammt aus dem Blut der Werktätigen.

Die Beiträge vorbereitet von:  
V. GUSTSCHIN, L. SHEGALOW,  
W. RUBZOW und A. USWATOW



## Skizzen zum Porträt eines Geschäftspartners

# ALTE UND NEUE TRADITIONEN

Stanislaw POLSIKOW

Der Fahrstuhl bringt die Besucher in rasender Fahrt zu den 170 m hohen Aussichtsplattformen des Donauturms. Das alte Wien, das die Fernrohre dem Betrachter um ein Vielfaches näher gebracht haben, stellt sich den Touristen wie das Bild eines alten Meisters dar. Wir schwenken das Fernrohr und schauen ins Jahr 1985: Vor uns erhebt sich das viele Stockwerke hohe Wiener Internationale Zentrum — der dritte Sitz der UNO, mit seinen 24 000 Fenstern. Der Bau des Zentrums, für Österreich ein Rekordprojekt, begann 1967 — und 12 Jahre später wurde der Hauptkomplex für die mehr als 5000 Mitarbeiter internationaler Organisationen übergeben. 1986 sollen die Bauarbeiten abgeschlossen sein. Die österreichische Regierung übernahm ein Drittel der Baukosten des Internationalen Zentrums und überließ den Komplex der UNO zur Nutzung für 99 Jahre zum symbolischen Preis von 1 Schilling jährlich. Wir drehen das Fernrohr weiter — und vor uns tun sich die Neubauviertel jenseits der Donau auf.

Wien lebt in verschiedenen architektonischen Dimensionen. Die erstarrte Plastik der Palastensembles, die flammende Gotik der Kathedralen und die Schachteln der Standardwohnhäuser. Von Wolkenkratzen hält man hier nichts.

"Wir sind da konservativ, und darauf sind wir stolz", lächeln die Wiener. "Traditionen liegen uns im Blut."

Traditionen... In Jahrhunderten herausgebildet und mit modernem Gehalt erfüllt, bestimmen sie auch heute das Leben des unabhängigen und fleißigen, fröhlichen und musikalischen Volkes. Die Traditionen manifestieren sich auch darin, wie stolz die nationalen Trachten getragen werden. In ihnen fühlt sich der Österreicher nicht austaffiert. In der Alpenrepublik mit ihren 83 800 Quadratkilometern und 7,6 Millionen Einwohnern fühlen sich die Menschen heimisch.

### Geschichtsbewußt

Mit einer dieser Traditionen machten wir uns in unmittelbarer Nähe der Hauptstadt bekannt. Die Straße Nr. 2 führt uns bis zum Hinweisschild nach Leobersdorf, einer Stadt mit 3500 Einwohnern

30 km vor Wien. Wir werden vom Bürgermeister Franz Gobez empfangen. Er lächelt etwas verlegen. Verständlich, wurde er ja zum Gegenstand journalistischen Interesses — von Korrespon-

listen, die als Sieger hierher kamen und in den Herzen der einfachen Österreicher so gute Erinnerungen zurückließen. Reden, rote Nelken auf den grauen Betonplatten, die Goldbuchstaben von 103 russischen Namen...

"Warum gerade hier? Ja, das hat die Gemeinde halt so beschlossen", sagte Franz Gobez. "Irgend jemand muß ja den Anfang machen, und wir haben eben etwas eher mit der Vorbereitung auf den 40. Jahrestag der Befreiung Europas vom Faschismus begonnen. Uns Österreichern, wissen Sie, geht das sehr nahe. Wir brauchen heute die Erinnerung, brauchen solche Gedenkfeiern. Wenn man nicht will, daß die Wahrheit in Vergessenheit gerät, daß sie von einem Lügengeschicht überdeckt wird. Welcher Unsinn wird heute nicht verbreitet!"



Auf den Straßen Wiens

denten aus der UdSSR, von Rundfunk und Fernsehen Österreichs, Zeitungsleuten und Fotoreportern...

"Eigentlich haben weder meine Landsleute noch ich etwas Besonderes getan", sagte der Bürgermeister. "Unsere Gemeinde beschloß nur, den Friedhof, auf dem sowjetische Soldaten ihre letzte Ruhe gefunden haben, neu zu gestalten. Das erfuhren die Nachbarn, und so zog diese Meldung immer weitere Kreise — bis hin zur Presse..."

Ein bescheidener Obelisk, oben mit einem roten Stern, und gleichmäßige Betonherhebungen in einigen Reihen. Ein einfacher Zaun.

Ein schöner Novembertag mit leichtem Wind. Eine Ehrenwache des österreichischen Bundesheeres. Ein Militär-orchester spielt, die Fahne wird herausgetragen, die riesige Fläche voller Menschen. Österreich ehrte die sowjetischen Soldaten, wahre Internationa-

Unvergessen ist, daß 83 000 sowjetische Menschen in den Kämpfen um Wien, für die Befreiung Österreichs und in faschistischen KZ auf österreichischem Boden umkamen.

Wir verließen Leobersdorf. Immer wieder mußten wir an die ausdrucksvollen Gesichter der Versammelten, an die ersten Gesichter der österreichischen Rekruten denken, die wohl bei ihrer Ehrenwache erstmals so nah den Hauch der Geschichte spürten.

Bei einer Begegnung mit Journalisten erklärte Bundeskanzler Fred Sinowatz, daß Österreich traditionell den freundschaftlichen Beziehungen zur UdSSR große Bedeutung beimißt. Sie seien, wie er erklärte, eine Folge der herausragenden Rolle, die die Sowjetunion bei der Wiederherstellung eines freien und unabhängigen Österreich nach dem zweiten Weltkrieg gespielt habe. Dazu gehöre nicht nur die Moskauer Erklärung von 1943, die noch während der Kriegswirren dem österreichischen Volk



Hoffnung auf die Freiheit und die künftige Unabhängigkeit seines Staates gab. Sehr dankbar erinnerten sich die Österreicher, so der Bundeskanzler, auch an die Politik der Sowjetunion bei den langwierigen Verhandlungen von 1955, die zur Unterzeichnung des Staatsvertrages führten und so das Fundament des heutigen neutralen, selbständigen und freien Österreich legten.

Es ist zutiefst symbolisch, daß das österreichische Volk jetzt bereits fast 30 Jahre feierlich den Tag der Verkündung seiner Neutralität begeht. Diese außenpolitische Orientierung bestimmt den Kurs des Landes. Wien tritt für gute Beziehungen zu allen Staaten, unabhängig von deren Gesellschaftsordnung, ein. Der Bundeskanzler betonte, daß eine solche Politik im Sicherheitsinteresse Österreichs liegt, das sich an der Nahtstelle der mächtigen Militärblocks des Ostens und des Westens befindet, sowie den Interessen der europäischen Völker entspricht, denen nicht an fruchtloser und gefährlicher Konfrontation, sondern an Dialog und Zusammenarbeit gelegen ist. Fred Sinowatz betonte, daß dies nicht nur für die Außenpolitik gilt. Der Bundeskanzler erklärte, mit Befriedigung könne er die positive Entwicklung der österreichisch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen konstatieren. In Gestalt der Sowjetunion hätten die Österreicher einen zuverlässigen und freundlichen Handelspartner gefunden, und er meine, daß auch Österreich in der UdSSR mit eben dieser Einschätzung rechnen könne.

### Zu Gast bei Siemens Österreich

Mit Dr. Walter Wolfsberger hatten wir schon vorher ein Treffen vereinbart. Nun werden wir ins Arbeitszimmer des Generaldirektors von Siemens Österreich gebeten.

"Guten Tag. Wie geht es Ihnen? Wir können russisch sprechen. Man muß ja ständig in sprachlicher Form bleiben", sagt unser Gesprächspartner freundlich lächelnd. "Vier Jahre in der UdSSR als Handelsvertreter Österreichs hatte ich sehr herzliche Kontakte mit sowjetischen Menschen. Ich habe ihre Traditionen und Gewohnheiten erleben dürfen und emp-

fand große Achtung für die fleißigen Menschen in Ihrem Land. Die Erinnerung an die in Rußland verbrachten Jahre wird mir für immer bleiben — habe ich ja meine Tochter Tatjana genannt. Sie wurde in Moskau geboren."

Wir verließen das Arbeitszimmer, um das Gespräch bei einer Werksbesichtigung fortzusetzen. 33 riesige Gebäude entstanden vor der Stadt. Heute hat Wien mit seinem dynamischen Wachstum die Grenzen des Werkgeländes eingeholt. Siemens Österreich ist sozusagen eine Firma in der Firma. Dieser Konzern erzeugt die verschiedensten Produkte: Telefone, Computer, medizinische Geräte und Anlagen für Fernsehstudios, Haushaltsgeräte. Die 14 000 Arbeiter, Ingenieure und Angestellten sind nicht nur in der Hauptstadt, sondern auch in den benachbarten Bundesländern tätig.

"Nach der Unterzeichnung des Staatsvertrages begannen wir die Zusammenarbeit mit sozialistischen Ländern, vor allem mit der UdSSR und Ungarn", berichtet Dr. Wolfsberger. "Wir beteiligen uns an gemeinsamen Projekten mit einer so bekannten Firma wie VOEST-Alpine, mit der wir bereits vor 20 Jahren an die Projektierung und den Bau des Hüttenwerkes von Nowolipezk gingen. An der Errichtung des Komplexes von Shlobin haben wir auch nicht geringen Anteil, zusammen mit der Firma Voith liefern wir Anlagen für die Zellulose- und Papierindustrie der UdSSR. Das ist nur ein kleiner Teil der gemeinsamen Projekte und Pläne. Apropos Pläne. Wir arbeiten unsere Vorschläge in Abstimmung mit Ihrem Fünfjahrplan vor. Und das ist von großer Bedeutung. Wichtig ist auch, daß der Kontakt mit sowjetischen Ingenieuren und Wissenschaftlern uns gegenseitig bereichert und wir einander besser verstehen lernen, was letztlich dem Frieden dient."

Wir kehrten ins Verwaltungsgebäude zurück. Ein gepflegter Pfad verlief am Feldrand. Ich fragte, mit welchen landwirtschaftlichen Experimenten sich Siemens befaßt. Unser Begleiter lachte.

**Leobersdorf. 103 russische Namen...**  
Fotos des Autors

"So verwirklichen wir unsere Pläne, und zugleich ist das etwas von der österreichischen Sparsamkeit. Dort, wo jetzt die Felder liegen, werden neue Werkstrakte stehen, doch solange es noch nicht so weit ist, verpachten wir das Land an Bauern. Unser Österreich ist klein, und jedes Stück Boden ist da von Bedeutung..."



**Dr. Wolfsberger:** "Die Erinnerung an die in Rußland verbrachten Jahre wird mir für immer bleiben — habe ich ja meine Tochter Tatjana genannt."

Der Terminkalender des Firmenchefs ist voll verplant, selbst an den seltenen freien Tagen trifft man Dr. Wolfsberger, der auch Vizepräsident der Österreichisch-Sowjetischen Gesellschaft ist, nicht zu Hause an.

"Wissen Sie, die Arbeit in der Gesellschaft bringt mir grobe moralische Befriedigung. Fast 9 Jahre bin ich nun Vizepräsident, manchmal scheint mir aber, man hätte mich gerade erst gewählt. Delegationen aus der UdSSR besuchen uns — Künstler, Wissenschaftler und Staatsmänner — mit denen man sich so angeregt unterhalten und diskutieren kann. Im harten Meinungsstreit sind unsere Gäste sehr kompetent und immer belegen sie das eingestandenermaßen mit Argumenten.

Bedeutend ist der kulturelle und wissenschaftliche Austausch zwischen Tirol und Georgien, Salzburg und Litauen, dem Burgenland und Moldawien, Linz und Saporoschje. Alles läßt sich hier gar nicht aufzählen. Die Gesellschaft entwickelt große Aktivitäten."

### Ladas in den Alpen

Einmal sah ich in der TV-Werbung einen überraschenden Beitrag. Der Lada-2105 rast immer schneller einen Hügel herab ... und landet nach gut einem Dutzend Meter auf allen vier Rädern... Das kann nur ein großer Meister des Automobilsports fertigbringen. Der Vertreter von Avtoexport in Österreich, Wladimir Dshajani, berichtete mir, daß sich österreichische Fachleute lange auf diesen Reklametrick vorbereiteten, ausführen konnte ihn aber nur der bekannte Rennfahrer Rudolf Stohl, Mechaniker der österreichischen Firma ÖAF. Ich wollte den Helden näher kennenlernen und mich über die Arbeit von ÖAF, einem Han-





delspartner von Avtoexport, informieren.

Wir trafen Rudi Stohl in der Werkstatt an. Er unterschrieb irgendwelche Papiere, schaute auf die Uhr und verschwand dann, um die Reparatur eines weiteren Lada zu überprüfen, beriet Nachwuchskräfte. Rudi Stohl kann auf seine Teilnahme und auf Preise bei den schwierigsten Autorallyes zurückblicken. "Warum gerade auf sowjetischen Wagen? Die Autos verzeihen ja selten einen Verrat", ließ sich Stohl vernehmen. "Ich hatte ja bereits 1969 auf einem Moskwitsch mein Debüt, und ich fuhr ihn bis etwa 1975. Dann stieg ich auf einen Lada um und bis heute..."

"Wir werden Stohl noch häufig bei großen Wettbewerben am Steuer eines Lada erleben", sagte mir der kommerzielle Direktor der ÖAF-Abteilung für den Verkauf und den Service sowjetischer Autos. "Das Geschäft läuft nicht schlecht, und der Erfolg des Lada auf dem österreichischen Markt erklärt sich in vielem durch die wirksame Reklame. Wir geben eine eigene Zeitschrift, die 'Lada-Revue', heraus, nutzen Rundfunk und Presse, und die Fernsehwerbung haben Sie wohl schon selbst erlebt. Heute laufen auf Österreichs Straßen über 25 000 sowjetische Kleinwagen. 70% des österreichischen Geländewagenmarktes entfallen auf den Niwa, oder wie man sie hier nennt, Lada-Taiga."

So wird der Wagen im staatlichen Bereich eingesetzt als Taxi und beim Roten Kreuz, bei Förstereien, beim hauptstädtischen Magistrat und bei der Post. Natürlich gibt es Probleme — die Betriebseigenschaften entsprechen nicht immer den geforderten Werten, es gibt auch Reklamationen, doch das Wichtigste ist das gegenseitige Verständnis und das schöpferische Herangehen an die Lösung der auftauchenden Probleme seitens des Werkes in Togliatti und der Vertreter von Avtoexport. Wir können auf 25 Jahre enger Kontakte mit der Sowjetunion und auf feste Positionen auf dem Automarkt verweisen."

Die Politik der Neutralität bringt Österreich nicht geringe wirtschaftliche Vorteile, fördert die intensive Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern. Bei einer Fahrt längs des Donau-Üfers überzeugt man sich von der Richtigkeit der Feststellung, daß der Handel dem Frieden dient. Schiffe unter verschiedenen Flaggen ziehen vorbei. 15 000mal jährlich laufen sowjetische Passagier- und Handelsschiffe Häfen Österreichs an. Sie liefern Rohre, Walzstahl und technische Ausrüstungen an die UdSSR, bringen Erz, Kohle, Werkzeugmaschinen und Autos nach Österreich. Für die Republik Österreich ist die Sowjetunion der sechsgroße Absatzmarkt und der drittgrößte Lieferstaat.

### Nicht nur Touristenparadies

Krems ist eines der ältesten Weinbauzentren der Wachau, deren Geschichte

bis in die Zeiten des Römischen Reiches zurückgeht — und zugleich ist es ein Touristenparadies 75 km vor Wien.

"1193, als der österreichische Herzog Leopold während des dritten Kreuzzuges den englischen König Richard Löwenherz gefangen nahm, lebten hier weniger Menschen", scherzen die alten Kremser.

Die geographische Lage, die Landschaften, weltbekannte Stätten der europäischen Zivilisation — Innsbruck, Salzburg, Eisenstadt und viele andere —, das enge Netz der Wintersportzentren, Stätten, die mit größten Musikern der Vergangenheit verbunden sind — all das brachte Österreich Platz Nr. 1 bei der Zahl der Touristen pro Einwohner.

Doch kehren wir nach Krems zurück, wo man uns in der Firma Eybl erwartet. Vor der Fabrik weht die sowjetische Flagge.

"Unsere gemeinsamen Traditionen", erklärt der Betriebsleiter, Herr Treder, "sind noch jung, nur zwei Jahre alt. 1983 haben wir in die UdSSR 10 000 Kunstpelze geliefert, 1984 — 10 000 Pelzjacken. Und sie haben offenbar bei den Käuferinnen in der UdSSR großen Anklang gefunden."

Wir werden in den Vorführraum der Firma gebeten, wo uns eine bunte Palette von Damenoberbekleidung demonstriert wird — pelzgefütterte Regenmäntel, Pelze und Mäntel, Halbpelze und elegante Jacken...

Im Saal stehen Auto- und Flugzeugessel. Der Generaldirektor der Firma, Herr Treder, schüttelt vorwurfsvoll den Kopf: "Sie haben ja die ÖAF besucht und dabei nicht auf die Sitze geachtet, die nach der letzten Automode von der Firma Eybl bezogen wurden. Die Überzüge machen wir — und man sagt, nicht schlecht. 300 000 Stück jährlich. Wir nähen sie nicht nur für den Lada. Doch am bedeutsamsten für die Firma ist die Produktion von Kunstpelz. Hier sind wir mit 2,5 Mio Meter jährlich führend in der Welt."

In den Fabrikhallen erklärt man uns die Technologie. Vorrichtungssingenieur Walter Schmidt zeigt, wie man allein durch

Auswechseln der Spulen das Pelzprofil verändern und den Pelz gleichsam aus kleinen Teilen zusammensetzen, die Farbtöne abstimmen, die Streifen verteilen und dem Pelz das gewünschte Ornament geben kann.

"Über 540 000 m Kunstpelz mit Nerzimitationen und anderen Mustern, wurden bereits in die UdSSR geliefert", sagt uns zum Abschied der Generaldirektor.

Doch natürlich geht es weitaus nicht allen Betrieben so gut. Die Zeitungen melden öfters Firmenbankrotte, staatliche Betriebe, die den ungleichen Kampf gegen die Multis nicht durchhalten, gehen pleite, kleine Bauernwirtschaften werden Tag für Tag ruiniert und die Arbeitslosigkeit wächst. Das geschieht zwar spürbar langsamer als z. B. in den Nachbarländern BRD und Italien, doch kann das nur für jene ein Trost sein, die in Lohn und Brot stehen...

Das alte Österreich erlebt bewegte Zeiten: In seiner Geschichte gibt es wohl kaum eine Periode, ähnlich der Mitte der 80er Jahre, die durch größte Friedensaktionen gekennzeichnet sind. Zehntausende von Demonstranten verlangten in Wien, Linz, Salzburg, die Stationierung der neuen US-Waffen in Europa zu stoppen.

"Wir sind nicht allzu weit von den Stationierungsorten der amerikanischen Pershing-2-Raketen und der Cruise Missiles entfernt. Bei einem militärischen Konflikt, einem Atomkrieg, wird uns auch die Neutralität nicht helfen", sagten mir Teilnehmer der Antikriegsdemonstration vom Oktober in Linz. "Das Waffentest stoppen", "Arbeit für alle" und "Yankees, Hände weg von Nikaragua" — unter diesen Losungen schritten die Demonstranten, schritten über die Straßen eines Landes, das sich vor militärischer Einmischung sicher wähnt, schritten, weil der Friedenskampf Sache aller ist. Allein der Frieden kann Arbeit und ein menschenwürdiges Leben bewahren. Wien

---

## FÜR SCHÖPFERISCHE BEITRÄGE

---

**Für die besten 1984 erschienenen Beiträge und für rege Mitarbeit an der NZ spricht unser Redaktionskollegium folgenden Autoren Preise zu oder drückt ihnen seine Dankbarkeit aus:**

**Preise erhalten:** A. Antipow, I. Bestushew-Lada, W. Boikow, N. Woloschkin, V. Gussenkow, W. Sagladin, A. Karenin, W. Kusnezow, B. Maruschkin, A. Medwedenko, S. Menschikow, W. Midzew, G. Rjabow, A. Ter-Grigorian, D. Chrenkow und N. Schischlin.

**Die Redaktion dankt:** A. Alexejew, R. Andreassian, P. Bogomolow, A. Wtorow, G. Gabriellian, A. Glotitschkin, W. Demjanow, G. Drambianz, B. Sarizki, W. Lawrenow, S. Lawrenow, L. Medwedko, N. Moltschanow, V. Morosow, W. Nekrassow, G. Stach, V. Sobolew und M. Taratufa.



## DISKUSSION MIT DEM LESER

In einer Ihrer Diskussionen (NZ 28/84) ging es darum, ob es irgendwelche universellen Kriterien für den Vergleich der sozialökonomischen Entwicklungsprozesse in den sozialistischen und den kapitalistischen Ländern gibt. Hat denn W. I. Lenins Hinweis, daß uns nur eine höhere Arbeitsproduktivität den endgültigen Sieg über den Kapitalismus bringen wird, nicht gezeigt, daß es ein solches Kriterium gibt? Nur können wir diesbezüglich noch nicht auf höhere Kennziffern verweisen, und deshalb wollen wir keine für uns unvoreilhaften Vergleiche.

Alexander TSCHISHOW, Student  
Tscheljabinsk, RSFSR



Es diskutiert  
das Mitglied  
des NZ-Redaktions-  
kollegiums  
Viktor  
GUSTSCHIN

Sie haben eine akute Frage aufgeworfen, Alexander. Ja, in den am stärksten entwickelten kapitalistischen Ländern ist die Arbeitsproduktivität einstweilen noch höher. Zugleich ist dabei aber unbedingt zu berücksichtigen, daß die sozialökonomische Natur dieser Kennziffern unterschiedlich ist. Im Sozialismus und im Kapitalismus werden sie unterschiedlich erreicht, dienen sie auf verschiedene Weise den Menschen.

Natürlich haben Sie und ich wie alle sowjetischen Menschen keinen Anlaß, uns an unseren Erfolgen zu berauschen. Die Partei orientiert uns darauf, daß die Arbeitsproduktivität ständig erhöht werden muß. Doch zu Selbstzufriedenheit besteht schon deshalb kein Anlaß, weil einige der Effektivitätskennziffern unserer Wirtschaft einstweilen noch hinter den entsprechenden Zahlen der entwickeltesten kapitalistischen Staaten zurückliegen. Nutzen wir ja noch weitaus nicht vollständig all jene Vorzüge, die dem Sozialismus insgesamt und insbesondere einem solchen Bereich seiner Tätigkeit wie der Steigerung der Arbeitsproduktivität eigen sind. Um den Kapitalismus auch auf diesem Gebiet zu überholen, ist es wichtig, sich nicht nur der Mängel und Irrtümer bewußt zu werden, sondern man muß auch verstehen, von den eigenen Vorzügen Gebrauch zu machen.

Wenn wir sagen, daß eine höhere Arbeitsproduktivität dem Sozialismus den Sieg bringen werde, meinen wir natürlich nicht einfach einen Vergleich der entsprechenden Kennziffern in einem konkreten Produktionsbereich. Es geht nicht um die Arbeitsproduktivität in Industrie bzw. Landwirtschaft allein, sondern um die gesellschaftliche Arbeitsproduktivität, d. h. jene Kennziffer, die eine komplexe

Vorstellung vom Tempo und von den Dimensionen des Fortschritts der gesamten Gesellschaft vermittelt. Sie verstehen sicherlich, daß eine solche Kennziffer nicht eine einfache additive Größe sein kann.

Sie aber sind, wenn ich Sie richtig verstanden habe, davon überzeugt, daß man von höherer Arbeitsproduktivität nur dann sprechen könnte, wenn alle — oder zumindest die wichtigsten — Effektivitätskennziffern in einzelnen Schlüsselbereichen unserer Volkswirtschaft die entsprechenden Zahlen in den kapitalistischen Ländern überbieten würden. Doch das ist nicht richtig. Nehmen wir nur folgendes Beispiel: An einem Wettkampf beteiligen sich zwei Läufer. Der eine ist eher gestartet und hat bereits einen Großteil der Distanz zurückgelegt. Der zweite muß ihn einholen. Er hat sein Ziel noch nicht erreicht, doch der Abstand zwischen den Läufern verringert sich deutlich. Was meinen Sie: Wer von ihnen ist schneller? Natürlich der zweite, wenn er sich auch, um seinen Rivalen zu überrunden, noch tüchtig ins Zeug legen muß.

Doch zurück zur Wirklichkeit. Heute liegen die bedeutendsten kapitalistischen Länder bei diversen Kennziffern für die Effektivität der Produktion und manchmal auch bei deren Gesamtvolumen immer noch vor der Sowjetunion. Und doch wollen wir uns diesen Wettkampf einmal nicht als Momentaufnahme anschauen, sondern verfolgen, wie sich dieser Wettkampf in seiner historischen Dynamik entwickelt.

Im Jahre 1919, als Sowjetrußland das einzige sozialistische Land war, entfielen auf uns nur 3% der gesamten Weltindustrieproduktion. 1937 waren es bereits 10%. Zudem ermöglichte uns das, ein Potential zu schaffen, das den sowjetischen Menschen half, nicht nur den heimtückischsten und brutalsten, sondern wohl auch wirtschaftlich mächtigsten Aggressor, den Faschismus, niederzurufen.

Heute, 40 Jahre nach dem großen Sieg, erzeugen die sozialistischen Länder über 40% der Weltindustrieproduktion. Folglich ist der Abstand zwischen

dem Kapitalismus und dem Sozialismus, der sein Entwicklungstempo beschleunigt, noch geringer geworden. Dies ist das Ergebnis der Vorzüge, über die der Kapitalismus mit seinen hohen statistischen Kennziffern der Arbeitsproduktivität nicht verfügt.

Die Widersprüche, die der Ausbeuterordnung eigen sind, erlauben es ihr nicht, die eigenen wissenschaftlich-technischen Erfolge und das große Wirtschaftspotential zu einem Faktor ständig steigender gesellschaftlicher Arbeitsproduktivität zu machen. Einerseits sind die bedeutendsten kapitalistischen Länder stolz auf die Effektivität ihrer Wirtschaft, andererseits werden sie mit solchen Problemen wie Krisen, Inflation, Arbeitslosigkeit und der unaufhaltsamen Verschlechterung des Lebensniveaus der Werktätigen nicht fertig. Und so kommt es, daß die gesellschaftliche Arbeitsproduktivität im Kapitalismus weit unter der rechnerischen Summe der Branchenkennziffern liegt.

Für den Sozialismus ist der entgegengesetzte Prozeß charakteristisch. In den sozialistischen Ländern läuft natürlich auch nicht alles glatt. Es gibt noch nicht wenige akute Probleme auch in der Wirtschaft. Eines von ihnen ist die Notwendigkeit einer weiteren Steigerung der Arbeitsproduktivität — wenn sie sich auch in der UdSSR im letzten Vierteljahrhundert verdreifacht hat und jetzt allein durch die Anhebung dieser Kennziffer fast der gesamte Zuwachs des Nationaleinkommens gewährleistet wird. Für uns ist diese Zunahme ein Quell gesellschaftlichen Reichtums, nicht aber dient sie dazu, die Profite der Monopole zu mehren. Urteilen Sie jetzt selbst, ob Vergleiche, denen wir angeblich ausweichen, für uns vorteilhaft sind oder nicht. Den prinzipiellen Sieg, von dem W. I. Lenin sprach, haben wir bereits errungen. Unsere Aufgabe ist es, das Erreichte zu mehren. Das ist wichtig.

Sie haben recht, Alexander, in der Erreichung einer höheren Arbeitsproduktivität sah W. I. Lenin die wichtigste, bedeutendste Bedingung für den endgültigen und vollständigen Sieg des Sozialismus. Auch heute steht diese Frage vor uns in jener prinzipiellen Bedeutung, die ihr der Begründer des Sowjetstaates beimaß. Mit anderen Worten, die von Lenin formulierte Aufgabe muß ihrer praktischen Lösung zugeführt werden.

Der prinzipielle Sieg, von dem W. I. Lenin sprach, wird erreicht werden. Nur ist es erforderlich, alle Vorzüge und Reserven, über die unsere sozialistische Wirtschaft verfügt, zu mobilisieren. Das aber hängt bereits auch von uns selbst ab.



## Ein Neujahrs- geschenk



In Bonn erschien ein Kalender für 1985. Ganz nach dem Gusto der Ewiggestrigen. Deutschland ist darin in den Grenzen von 1937 dargestellt. Die Gebiete östlich von Oder und Neiße wurden als "deutsche Gebiete unter polnischer und sowjetischer Verwaltung" gekennzeichnet. Ist das die Publikation eines der zahlreichen Revanchistenverbände, die davon träumen, daß Großdeutschland wiederaufsteht? Nein. Der Kalender wurde vom Bundespresseamt herausgebracht.

## Keine große Begeisterung

Der US-Präsident hat mit seiner offen arbeiterfeindlichen Politik keine Gegenliebe bei den Gewerkschaften gefunden. Weder die AFL/CIO noch der Leiter dieses Gewerkschaftsverbandes, L. Kirkland, wollten dem Nachrichtenmagazin "Newsweek" zufolge Ronald Reagan zu dessen Wiederwahl gratulieren. Kirkland erklärte, er werde in Zukunft um nichts in der Welt mehr in Regierungsausschüssen mitarbeiten. "Sollen sie sich doch selbst aus ihren Schwierigkeiten heraus helfen", sagte AFL/CIO-Sprecher M. Seeger.

## Mittelalter heute

In der italienischen Kleinstadt Polistena (Pro-

vinz Kalabrien) entdeckte die Polizei bei einer Razzia auf Mafiosi in einem dunklen Wandschrank eines Hauses ... eine Frau, die 32jährige Stella Lamanna. Wie sich herausstellte, hatte sie 12 Jahre dort verbracht, nachdem ihre Eltern sie zu 15jährigem "Schrankarrest" verurteilt hatten. Und das, weil sie mit einem jungen Mann aus einer "befeindeten Familie" geflüchtet hatte.

## Trotz aller Verdummung



Unter Hinweis auf Angaben, die eine "Forschungsgruppe für europäische Werte" gesammelt hatte, schrieb die Londoner "Times": 54 Prozent der Arbeiter in der BRD, 57 Prozent in Frankreich und 64 Prozent in Großbritannien sind sich bewußt, daß sie ausgebeutet werden. Und das, wo doch die allmächtigen Massenmedien rund um die Uhr das Hohelied auf "Sozialpartnerschaft" und "gleiche Möglichkeiten" für alle singen.

## Verbunkerte Botschaft!

Die "New York Times" meldete kürzlich, daß das State Department mit der Nationalen Akademie der Wissenschaften einen Kontrakt über die Entwicklung eines "Mustermodells für ein Botschaftsge-

bäude" geschlossen hat, "wobei alle nötigen Sicherheitsanforderungen der Gegenwart berücksichtigt sein würden". Die New-Yorker scherzen: Jetzt seien neue Kontrakte an der Reihe — über explosions sichere Diplomatenwagen, kugelfeste Anzüge, säurebeständige Hüte und feuerfeste Aktentaschen...

## Traditionspflege

Ein Soldat des 212. Panzergrenadierbataillons der Bundeswehr nahm an einer Gedenkkundgebung für die in den Kriegsjahren von den Hitlerfaschisten zu Tode gequälten 65 000 sowjetischen Kriegsgefangenen teil. Dafür bekam er drei Wochen Bau. Eine Woche später aber fand in den Kasernen des Bataillons eine Begegnung von Bundeswehrsoldaten mit ehemaligen Angehörigen des 18. Infanterieregiments der Naziwehrmacht statt, das durch seine brutalen Ausschreitungen gegen die Zivilbevölkerung Belorusslands traurig berühmt geworden ist. Wegen Teilnahme an diesem Treffen wurde nicht einmal eine Rüge ausgesprochen.

## Der Wissenschaft zuliebe

Der Botaniker Jim Reid, tätig auf Tasmanien (Australien), erhielt ein Stipendium von der dortigen Universität, das es ihm erlauben wird, sich sechs Jahre lang mit Erbsen zu befassen. Diese eigentlich nicht sonderlich bedeutsame Meldung interessierte den Reuter-Korrespondenten in Hobart deshalb so, weil der Botaniker an Allergie leidet: Gerade Erbsen lassen ihn ununterbrochen niesen.

## Auf Geldjagd

Geld zu machen — das wird in der kapitalistischen Welt nicht nur im übertragenen, sondern auch im direkten Sinn als Devise verkündet. Kürzlich deckte die

Polizei von Singapur ein großes Verbrechersyndikat auf, das sich dreist von dieser Devise leiten ließ. Die Falschmünzer fabrizierten amerikanische, malayische und Hongkong-Dollar und setzten sie in Ländern Südostasiens ab. Nach Meinung des "Singapur Monitor" ist die Unschädlichmachung des Verbrechersyndikats ein großer Erfolg für die Polizei. Allerdings ein verspäteter: Das Syndikat agierte viele Jahre.

## Prämiert



Kürzlich ging auf einem Konto des Ölkonzerns Shell eine "Geldprämie" von 200 Mio Dollar ein. Von wem diese Riesensumme stammt? Wie sich herausstellte, von der Regierung der rassistischen RSA. Als Dank dafür, daß die Shell niemals das von der UNO verkündete Wirtschaftsembargo gegen die RSA befolgte.

## Berichtigung zur Bibel

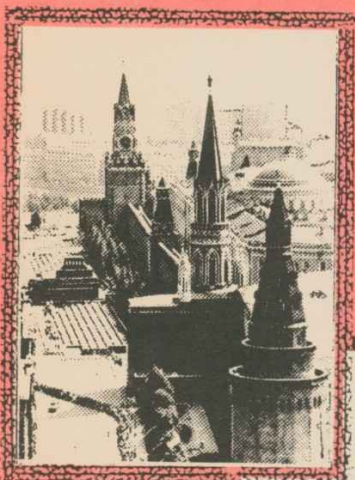
Die Hamburger Zeitschrift "Kosmos" schrieb, daß Eva wissenschaftlichen Angaben zufolge Adam nie einen leckeren Apfel im Paradies hat anbieten können. Im alten Orient gab es damals nur winzige, bittere Äpfel. Die großen und saftigen aber wurden erst viel später in Europa gezüchtet.

## Auch ein Fortschritt

In den 60er Jahren kam in Großbritannien jeder zwanzigste Neugeborene unehe-lich zur Welt. In den 80er Jahren aber ist es dem Brüsseler "Soir" zufolge bereits jeder sechste.

Zeichnungen:  
W. Tschakiridis





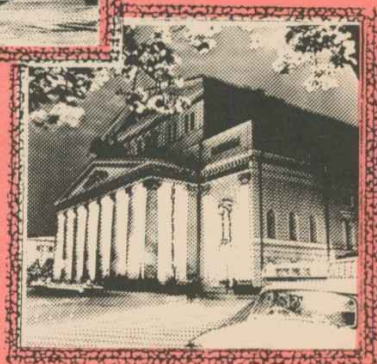
## AEROFLOT LÄDT EIN

zu einer komfortablen Reise  
in die Sowjetunion  
zum Kunstfestival  
„Russischer Winter“.



Ausführliche Auskünfte  
erhalten Sie bei jeder  
Vertretung von Aeroflot  
und Intourist in Ihrem Land.

**MIT AEROFLOT ZUM FESTIVAL  
„RUSSISCHER WINTER“!**



**АЭРОФЛОТ**  
Soviet airlines





Die Monumentalmalerei ist eine wichtige Sparte der bildenden Kunst Mexikos. Die Themen der Wandmalereien fußen auf der Geschichte des Landes und seinen Traditionen und zugleich auf der tagtäglichen Realität. Eine Freske ist nicht nur ein Kunstwerk, sondern eigentlich ein Appell. So sind die meisten Wandmalereien des bedeutenden mexikanischen Malers Alfaro Siqueiros zu verstehen.

Schon mit 13 Jahren stellte er sich in den Dienst der Revolution. Er trat der KP bei, wurde in den 30er Jahren zum Präsidenten der Nationalen Kampfliga gegen Faschismus und Krieg gewählt, kämpfte in Spanien auf seiten der Republikaner usw. Er hat sein ganzes Leben lang gekämpft: gegen Militarismus und Dunkelmännertum, Ungerechtigkeit und Heuchelei. Seine Waffe war vor allem sein Pinsel.

Seine Wandmalereien sprechen von Haß auf alles, was den Menschen knechtet, bedrängt und demütigt. Siqueiros experimentierte kühn mit den Farben und der Technik, sie aufzutragen. Die in Moskau vom mexikanischen Nationalinstitut der schönen Künste gemeinsam mit dem Kulturministerium und der Akademie der Künste der UdSSR veranstaltete Ausstellung umfaßte rund 40 Malereien, Zeichnungen und Gravüren sowie die Farbfotos von Fragmenten der Monumentalwerke des Trägers eines Lenin-Preises „Für Festigung des Völkerfriedens“.

Die Ausstellung hat bei den Moskauern wie auch bei Gästen Moskaus großes Interesse gefunden.

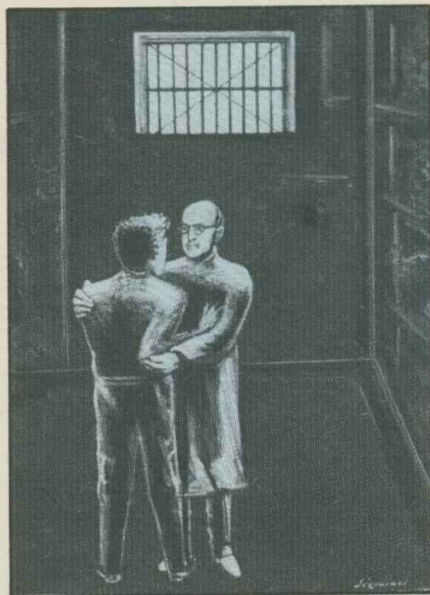
## EINE SIQUEIROS-AUSSTELLUNG IN MOSKAU



In der Ausstellung

Bildnis  
Dr. Bernardo Sepulvedas

Bildnis der Bourgeoisie



Ein eingekerkelter Student.  
Meine Antwort auf die Geschehnisse in Tlatelolco

Fotos: W. Panow

